

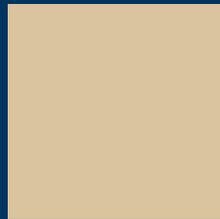
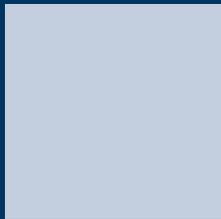
Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



**Die Auswirkungen des Krieges gegen
die Ukraine und die Aktivitäten der
Partnerschaften für Demokratie in
den Förderregionen**

Danksagung

Den Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Federführenden Ämter, die an unseren Befragungen teilgenommen haben, möchten wir an dieser Stelle unseren herzlichen Dank ausdrücken. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS-Frankfurt am Main

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Dezember 2022

Autor*innen

Carlos Becker
(Wissenschaftlicher Mitarbeiter)
Markus Brenn
(Wissenschaftlicher Mitarbeiter)
Eleni Kremeti
(Wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Jan Sassmannshausen
(Wissenschaftlicher Mitarbeiter)
Talisa Schwall
(Wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Dr. Sebastian Winter
(Bereichsleitung „Demokratieförderung“)
Unter Mitarbeit von:
Anna-Lena Kammer
(Projektassistenz)
Lisa Pfeifer
(Studentische Hilfskraft)

Zweiter Schwerpunktbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune“ (Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“) im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020 – 2024)

Gefördert vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
„Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.“

Einleitung

In der Einleitung finden Sie eine kurze Skizzierung der aktuellen krisenhaften Situation, der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie und deren Umgangsweisen mit diesen Kriegsfolgen.

Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen im kommunalen Raum

Zu Beginn wird der Problemdruck hinsichtlich antidemokratischer Kräfte dargestellt, mit dem die Partnerschaften für Demokratie in ihren Förderregionen nach Einschätzung ihrer Koordinator*innen konfrontiert sind. Phänomene in Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges werden dabei gesondert ausgewiesen, z.B. aktuelle Formen von Russ*innen- und Ukrainer*innenfeindlichkeit, Diskriminierung von Rom*nja, Probleme der Ungleichbehandlung von Geflüchteten und Aneignungen des Themas durch die verschwörungsgläubige populistische Protestbewegung. Das Kapitel schließt mit einer Darstellung der Relevanz, welche die Auswirkungen des Krieges für die Partnerschaften gewinnen.

Die Partnerschaften für Demokratie im Kontext des Krieges gegen die Ukraine

In diesem Kapitel wird geschildert, wie im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie mit den Auswirkungen des Krieges in ihren Förderregionen umgegangen wird. Welche Ziele werden verfolgt und welche Maßnahmen werden zur Zielerreichung ergriffen? Insbesondere drei Arbeitsbereiche (Ersthilfe/Integration, präventive Konfliktbearbeitung und Wissensvermittlung) werden dabei herausgearbeitet.

Strategische Schwerpunktsetzungen und förderliche Einflüsse

In diesem Kapitel wird erläutert, wie sich strategische Grundmuster der kommunalen Demokratieförderung („Strategietypen“) auch in der Bearbeitung der aktuellen Krise fortschreiben und spezifische Relevanzsetzungen erklären können. Zum anderen wird identifiziert, wie bestehende Erfahrungswerte der Partnerschaften im Bereich der Geflüchtetenhilfe sich als förderliche Bedingungen für die aktuelle Arbeit erweisen.

Empfehlungen

Der vorliegende Schwerpunktbericht mündet in ausgewählten Handlungsempfehlungen, welche die Partnerschaften für Demokratie für die Auseinandersetzungen in den anhaltend dynamischen Zeiten stärken sollen und sich an die programmgebenden Akteur*innen richten.

Anhang

Eine ausführliche Beschreibung des Untersuchungsdesigns, Literaturangaben und Tabellennachweise sind in diesem Teil nachzuschlagen.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen im kommunalen Raum	4
2.1	Demokratie- und menschenfeindliche Organisationen und Aktivitäten vor Ort	7
2.2	Auswirkungen und Herausforderungen des Angriffskrieges in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie	11
2.3	Relevanz des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften	21
3	Die Partnerschaften für Demokratie im Kontext des Krieges gegen die Ukraine	23
3.1	Zielstellungen	28
3.2	Aktivitäten und Maßnahmen	30
3.2.1	Arbeitsbereich: Integration und Ersthilfe für Geflüchtete	33
3.2.2	Arbeitsbereich: Bearbeitung demokratie- und vielfaltablehnender Konfliktlagen	35
3.2.3	Arbeitsbereich: Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung	37
3.3	Situationsveränderungen und der selbsteingeschätzte Beitrag der Partnerschaften für Demokratie dazu	40
4	Strategische Schwerpunktsetzungen und förderliche Einflüsse: Warum die Partnerschaften welche Ziele verfolgen und Maßnahmen umsetzen	45
4.1	Strategisch bedingte Schwerpunktsetzungen	45
4.1.1	Typ 1: Zurückhaltende Politische Bildungsarbeit in aktuellen Krisenzeiten	46
4.1.2	Typ 2: Umfassende Demokratie- und Vielfaltförderung im Rahmen einer aktiven Zivilgesellschaft	50
4.1.3	Typ 3: Interventionsorientierte Antidiskriminierungsarbeit in urbanen Kontexten	54
4.1.4	Typ 4: Niedrigschwellige Erfahrbarmachung von Vielfalt in politisch passiven Kontexten	57
4.1.5	Typ 5: Teilhabeorientierte Vielfaltgestaltung in der Unterstützung von Geflüchteten	61

4.2	Förderliche Bedingungen: Erfahrungen als Einflussgröße für die aktuelle Arbeit	65
-----	--	----

5	Empfehlungen	70
----------	---------------------	-----------

6	Anhang	74
----------	---------------	-----------

6.1	Literatur	74
6.2	Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	78
6.2.1	Methodisches Vorgehen des ISS e.V.	79
6.2.2	Untersuchungsdesign	80
6.3	Tabellen	83

Abbildung 1:	Angaben der Koordinator*innen zum wahrgenommenen Problemdruck entlang einzelner Phänomenbereiche	6
Abbildung 2:	Angaben der Koordinator*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrem Fördergebiet im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022	8
Abbildung 3:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022	10
Abbildung 4:	Einschätzung der Koordinator*innen zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine in ihrer Förderregion	13
Abbildung 5:	Angaben der Koordinator*innen zum wahrgenommenen Problemdruck in ausgewählten Bereichen	19
Abbildung 6:	Relevanz des Ukraine-Krieges für die Arbeit der Partnerschaften	22
Abbildung 7:	Bearbeitung der kommunalen Kriegsauswirkungen im Rahmen der Partnerschaften	24
Abbildung 8:	Thematische Schwerpunktsetzung bei der Verwendung der Aufstockungsmittel	25
Abbildung 9:	Übersicht der Zielstellungen der Partnerschaften in der Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in ihren Förderregionen	28
Abbildung 10:	Gewichtung der aktuell am häufigsten adressierten Zielstellungen der Partnerschaften	29
Abbildung 11:	Gewichtung der zum Befragungszeitpunkt Juli/August 2022 am häufigsten bereits erfolgreich umgesetzten Maßnahmen	31
Abbildung 12:	Thematische Schwerpunkte in den Zielstellungen der Partnerschaften bezüglich der Auswirkungen des Krieges in ihren Förderregionen	33
Abbildung 13:	Angaben der Koordinator*innen zu den Themengebieten in denen im Rahmen der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie Verschwörungserzählungen bearbeitet werden	39
Abbildung 14a:	Beitrag der Arbeit der Partnerschaften an der Veränderung in unterschiedlichen Zielbereichen innerhalb der Förderregion	43
Abbildung 14b:	Beitrag der Arbeit der Partnerschaften an der Veränderung in unterschiedlichen Zielbereichen innerhalb der Förderregion	44
Abbildung 15:	Überblick über die aktuellen strategietypenspezifischen Schwerpunktsetzungen	46
Abbildung 16a:	Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 1)	48
Abbildung 16b:	Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 2)	52
Abbildung 16c:	Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 3)	56

Abbildung 16d: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 4)	60
Abbildung 16e: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 5)	63
Abbildung 17: Bearbeitung der Auswirkungen des Angriffskrieges durch die Partnerschaften für Demokratie in Abhängigkeit ihrer Erfahrungen im Bereich der Hilfe und Unterstützung geflüchteter Menschen	66
Abbildung 18: Bausteine der Wissenschaftlichen Begleitung durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.	79
Abbildung 19: Untersuchungsdesign zur Realisierung des Bausteins „Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und lokale Bedrohungslagen im Kontext des Krieges in der Ukraine“	82

Tabelle 1: Relevanz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie in Bezug auf wahrgenommene Veränderungen in der Zuwanderung aus betroffenen Regionen in der Förderregion	83
Tabelle 2: Relevanz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie allgemein im weiteren Verlauf des Jahres 2022 (Einschätzung im Frühjahr)	84
Tabelle 3: Relevanz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie allgemein im weiteren Verlauf des Jahres 2022 (Einschätzung im Sommer)	84
Tabelle 4: Problemdruck bzgl. der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	85
Tabelle 5: Problemdruck allgemein	88
Tabelle 6: Problemdruck allgemein im Vergleich 2021 und 2022 (Mittelwerte)	89
Tabelle 7: Problemdruck allgemein, differenziert nach Gebietskörperschaften 2022	90
Tabelle 8: Problemdruck allgemein, differenziert nach Gebietskörperschaften 2021	94
Tabelle 9: Veränderungen der Zuwanderung infolge des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	98
Tabelle 10: Herausforderungen für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie infolge des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	99
Tabelle 11: Anfeindungen und Bedrohungen in den Förderregionen 2022	103
Tabelle 12: Anfeindungen und Bedrohungen in den Förderregionen 2021	104
Tabelle 13: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten in den Förderregionen	105
Tabelle 14: Verankerung demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen	105
Tabelle 15: Einschätzungen zur Existenz demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen	106
Tabelle 16: Einschätzungen zu Aktivitäten demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen	107
Tabelle 17: Einschätzung zur Stärke zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Strukturen in den Förderregionen, differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	108
Tabelle 18: Einschätzungen zur Existenz demokratie- und weltoffene Akteur*innen in den Förderregionen	110
Tabelle 19: Einschätzungen zu Aktivitäten demokratie- und weltoffener Akteur*innen in den Förderregionen	111

Tabelle 20: Einschätzungen zur Existenz von Migrant*innenselbstorganisationen in den Förderregionen	112
Tabelle 21: Ziele der Partnerschaften für Demokratie im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine	113
Tabelle 22: Vorbereitungsgrad der Förderregionen auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	114
Tabelle 23: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine im Rahmen der Partnerschaften; differenziert nach Gebietskörperschaft	114
Tabelle 24: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine im Rahmen der Partnerschaften; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	115
Tabelle 25: Anpassungen der operativen Arbeit der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine	116
Tabelle 26: Ziele der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Gebietskulisse	117
Tabelle 27: Ziele der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	121
Tabelle 28: Maßnahmen der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen Ukraine; differenziert nach Gebietskörperschaft	123
Tabelle 29: Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin	127
Tabelle 30: Einschätzungen von Verbesserungen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Partnerschaften für Demokratie	129
Tabelle 31: Einschätzungen des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie an Verbesserungen (Mittelwerte)	133
Tabelle 32: Aktivitäten im Bereich Integration und grundständige Hilfe	134
Tabelle 33: Aktivitäten im Bereich Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung	135
Tabelle 34: Aktivitäten zum Empowerment von Geflüchteten	135
Tabelle 35: Aktivitäten im Bereich Bearbeitung lokaler Konfliktlagen	136
Tabelle 36: Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine	137
Tabelle 37: Ziele der Partnerschaften für Demokratie im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	138

Tabelle 38: Vorbereitungsgrad der Förderregionen auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Strategietyp	141
Tabelle 39: Einschätzungen des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie an Verbesserungen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	142
Tabelle 40: Erfolgreich umgesetzte Maßnahmen in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	144
Tabelle 41: Einschätzungen zu vielfaltfördernden Aktivitäten und Organisationen in den Förderregionen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	148
Tabelle 42: Einschätzungen zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Arbeitsbereich Integration und grundständige Hilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	149
Tabelle 43: Umgesetzte Maßnahmen in Reaktion auf den Krieg in der Ukraine in den Partnerschaften, differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	151
Tabelle 44: (Geplante) Maßnahmenbereiche zur Bearbeitung lokaler Konfliktlagen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	153
Tabelle 45: Umgesetzte Maßnahmen zur Bearbeitung lokaler Konfliktlagen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	154
Tabelle 46: (Geplante) Maßnahmenbereiche zur Integration und grundständigen Hilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	156
Tabelle 47: Umgesetzte Maßnahmen zur Integration und grundständige Hilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	158
Tabelle 48: Umgesetzte Maßnahmen zur Wissens- und Kompetenzvermittlung; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	161
Tabelle 49: Bearbeitung der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine durch die Partnerschaften, differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	162
Tabelle 50: Einschätzungen von Verbesserungen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Partnerschaften für Demokratie, differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	163
Tabelle 51: Erfahrungswerte der Partnerschaften in den Bereichen Vielfaltförderung und Fluchthilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	165
Tabelle 52: Kommunale Strukturen im Bereich der Vielfalt- und Teilhabeförderung; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	166
Tabelle 53: Mittelwerte zu lokalen Strukturen oder Angeboten der Vielfaltförderung und Hilfe geflüchteter Menschen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	167
Tabelle 54: Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte in den Förderregionen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung	167

Tabelle 54a: Erfahrungen und Strukturen, auf die zurückgegriffen werden kann; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen	168
Tabelle 55: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen	169
Tabelle 56: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Vielfaltförderung	169
Tabelle 57: Ziele der Partnerschaften für Demokratie in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen	170
Tabelle 58: Erfolgreich umgesetzte Maßnahmen in der Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen	173
Tabelle 59: Einschätzungen des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie an Verbesserungen; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen	176
Tabelle 60: Inanspruchnahme der im Frühjahr 2022 bereitgestellten Aufstockungsmittel	181
Tabelle 61: Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme der Aufstockungsmittel	181
Tabelle 62: Themenbezogene Verwendung der Aufstockungsmittel	182
Tabelle 63: Themengebiete der Bearbeitung von Verschwörungserzählungen in den Partnerschaften für Demokratie	182
Tabelle 64: Maßnahmen zur Begegnung von Verschwörungserzählungen	183
Tabelle 65: Verfahren zur Analyse der Ausgangslage (Problem- und Ressourcenanalyse)	183

1 Einleitung

Externe Erschütterungen von Normalität und Sicherheit (u.a. der russische Angriff auf die Ukraine, die Corona-Pandemie und der Klimawandel) treffen auf demokratische Gesellschaften, die schon seit längerer Zeit mit Gefährdungen konfrontiert sind, welche aus ihrem Inneren kommen: einem Rückzug von den Möglichkeiten demokratischer Beteiligung bei gleichzeitigem Erstarken populistischer Bewegungen, die sich in weiten Teilen mit demokratie- und menschenfeindlichen Positionen verschränken. Krisenhafte Zeiten sind stets „gute Gelegenheiten für Populismus und Extremismus“¹ und eine Bedrohung für ein vielfaltsorientiertes Zusammenleben, da Verunsicherungen und Ängste von demokratiefeindlichen Akteur*innen aufgegriffen und in Ideologien und Ressentiments umgeleitet werden können. Krisen sind auch Herausforderungen für das demokratische Engagement, das einer demokratiegefährdenden Instrumentalisierung dieser Ängste entgegensteht. Die Strukturen der demokratischen Zivilgesellschaft müssen gerade in Krisenzeiten gesichert und ihre Akteur*innen in ihrem Engagement gestärkt werden.²

In dieser Szenerie spielen die Partnerschaften für Demokratie eine wichtige Rolle, da sie als kontextsensible und zugleich flexible Arrangements auf krisenbedingte Herausforderungen reagieren und dabei der Heterogenität gesellschaftlicher Kriseneffekte auf lokaler Ebene mit einem breiten Repertoire der kommunalen Demokratieförderung entgegentreten können. Von der individuenzentrierten Unterstützung demokratischer Lernprozesse über die Stärkung der lokalen politischen Kultur bis zu Entwicklung von Teilhabestrukturen im Gemeinwesen setzen die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit ein vielschichtiges Programm der Stärkung von Demokratie und Vielfalt um, das auf deren praktischer Aneignung in Politik, Verwaltung und Bevölkerung abzielt und zugleich der präventiven Abwehr von demokratie- und vielfaltablehnenden Bestrebungen gewidmet ist.³

Dieses vielschichtige Portfolio der Akteur*innen und Kooperationspartner*innen der Partnerschaften ist nun ein weiteres Mal gefordert, sehen sie sich doch mitten in der allmählich abflauenden Pandemie den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gegenüber. Viele Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine, aber auch vor anderen Kriegen und Notlagen geflohen sind, kommen in Deutschland an. Gleichzeitig verbreiten sich Desinformationskampagnen und Propaganda-Narrative über das Internet und werden von der verschwörungsgläubigen Protestbewegung popularisiert, die sich in den letzten Jahren vor allem im Zuge der Pegida- & „Querdenker“-Proteste weiter verfestigt und in scheinbar neuen Koalitionen verschiedener Gruppierungen und politischer Spektren zusammengefunden hat.⁴ Doch es gibt auch starke und fest in den Kommunen verankerte Gegenkräfte, die auf vielschichtige

1 Zick 2021, S. 183.

2 Vgl. zu den Herausforderungen für die Zivilgesellschaft durch Corona und den Rechtspopulismus Grande/Grande/Hahn 2021.

3 Vgl. ISS e.V. 2022, S. 5ff.

4 Vgl. Dilling et al. 2022; Amlinger/Nachtwey 2022.

Weise gefordert sind, mit den Auswirkungen des Krieges umzugehen und sich von der Unterstützung von Geflüchteten bis zur Auseinandersetzung mit vielfaltablehnenden Bestrebungen engagieren.

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. hat die Aufgabe übernommen, diese Tätigkeiten zu evaluieren. Das Vorgehen der Partnerschaften soll dabei eingeordnet werden in ihre übergreifenden Konzepte („Strategietypen“). Dazu gehört auch die Erfassung von antidemokratischen Gefährdungslagen vor Ort allgemein und mit einem Fokus auf die Folgen des russischen Angriffskriegs im Besonderen.

Insgesamt bestätigt sich auch angesichts der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine, dass die Partnerschaften für Demokratie in der Lage sind, flexibel auf unerwartete Herausforderungen kompetent und zügig zu reagieren. Sie nehmen eine wichtige Rolle in der kommunalen Vielfaltgestaltung und Geflüchtetenhilfe ein durch ihre Förderung der vernetzten Zusammenarbeit von lokaler Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik und ihren Aktivitäten in den Arbeitsbereichen der Integration und Ersthilfe für Geflüchtete, der Konfliktbearbeitung sowie der Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung. Zu beobachten ist dabei, dass gegenüber dem anhaltend hohen Problemdruck hinsichtlich der allgemeinen Themen der Arbeit der Partnerschaften in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention die kriegsspezifischen Herausforderungen keine absolute Zentralität gewinnen und die Partnerschaften ihre Arbeitsschwerpunkte eher nicht verändern. Dabei gibt es allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Förderregionen, nicht nur bezüglich der Schwerpunktsetzungen, sondern auch hinsichtlich des Ausmaßes, in dem die Partnerschaften überhaupt von Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in ihrer Arbeit betroffen sind. Insgesamt haben die Partnerschaften – dabei unterstützt durch die Aufstockung der Fördermittel, die im Frühjahr 2022 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zur Verfügung gestellt wurde – kontextsensibel zahlreiche Maßnahmen und Einzelprojekte zur Bewältigung der Auswirkungen des Krieges umgesetzt.

Als besonders herausfordernd erweist sich in der Arbeit der Partnerschaften die weitere Etablierung der verschwörungsgläubigen populistischen Protestbewegung, die sich mit dem Krieg gegen die Ukraine und seinen Auswirkungen ein weiteres Thema angeeignet hat. Der Umgang mit dieser antidemokratischen, aber nicht klassisch „rechtsextremen“, Protestbewegung stellt die Partnerschaften vor Anpassungsnotwendigkeiten und schafft einige Unsicherheiten.

Der vorliegende Bericht ist untergegliedert in vier zentrale Kapitel: Nach dieser Einleitung wird in Kapitel 2 der Problemdruck hinsichtlich antidemokratischer Kräfte dargestellt, mit dem die Partnerschaften für Demokratie in ihren Förderregionen nach Einschätzung ihrer Koordinator*innen konfrontiert sind. Phänomene in Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges werden dabei gesondert ausgewiesen, z.B. aktuelle Formen von Russ*innen- und Ukrainer*innenfeindlichkeit, Diskriminierung von Rom*nja, aus der Ungleichbehandlung von Geflüchteten erwachsene Probleme und Aneignungen des Themas Krieg durch die verschwörungsgläubige populistische Protestbewegung. Das Kapitel schließt mit einer Darstellung der Relevanz, welche die Auswirkungen des Krieges für die Partnerschaften gewinnen.

Kapitel 3 widmet sich dann der Darstellung, wie im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie mit den Auswirkungen des Krieges in ihren Förderregionen umgegangen wird: erstens der Ziele, welche die Partnerschaften in diesem Kontext verfolgen, und zweitens der Maßnahmen, die sie zur Zielerreichung konkret umsetzen. Dabei zeigt sich, dass Partnerschaften auch im Hinblick auf die aktuelle Krise auf vielfältige Weise mit unterschiedlichen Schwerpunkten ansetzen. Drei Arbeitsbereiche (Ersthilfe/Integration, präventive Konfliktbearbeitung und Wissensvermittlung) lassen sich dabei herausarbeiten.

Nach diesem Überblick über die Aktivitäten in der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie konzentriert sich Kapitel 4 auf die Frage nach dem „Warum“ der unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der Partnerschaften. Dazu wird zum einen erläutert, wie sich strategische Grundmuster der kommunalen Demokratieförderung („Strategietypen“) auch in der Bearbeitung der aktuellen Krise fortschreiben und spezifische Relevanzsetzungen erklären können. Zum anderen wird identifiziert, wie bestehende Erfahrungswerte der Partnerschaften im Bereich der Geflüchtetenhilfe sich als förderliche Bedingungen für die aktuelle Arbeit der Partnerschaften erweisen.

Kapitel 4 schließt den vorliegenden Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen ab, welche die Partnerschaften für Demokratie für die Auseinandersetzungen in den anhaltend dynamischen und krisenhaften Zeiten stärken sollen.

2 Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen im kommunalen Raum

In aller Kürze

In diesem Auftaktkapitel (2.) wird zunächst der aus den eingangs dargelegten gesellschaftspolitischen Herausforderungen erwachsende Problemdruck in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie skizziert und sodann ausgewählte Ergebnisse des diesjährigen Monitorings zu demokratiefeindlichen Entwicklungen und Vorfällen dargestellt (2.1). Das folgende Unterkapitel (2.2) beleuchtet speziell die aus den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs resultierenden Herausforderungen vor Ort.

In ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt sehen sich die Partnerschaften für Demokratie mit einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert – manifeste, gut wahrnehmbare Erscheinungsformen im öffentlichen Raum gehören ebenso dazu wie eher schleichende Erosionen des demokratischen Fundaments vor Ort. Bisweilen sind einer demokratischen Kultur hinderliche Faktoren eingeschrieben in die Historien der Förderregionen oder treten kurzfristig im Zuge nur schwerlich vorhersehbarer Ereignisse zu Tage. Vor diesem Hintergrund müssen die Partnerschaften flexibel, reaktionsfähig und somit umfassend über die jeweilige Lage informiert sein. Im Rahmen von Situationsanalysen tragen sie deshalb Erkenntnisse zur Entwicklung lokaler Problem- beziehungsweise Bedrohungslagen zusammen und generieren zugleich handlungsrelevantes Wissen.⁵ Auch aufgrund ihrer hohen Adaptionfähigkeit weisen sie eine ausgeprägte Problembezogenheit auf und geben in ihrer Gesamtheit Aufschluss über Herausforderungen, die sich im Zuge globaler Trends, aufgrund größerer Krisen, aber auch in Folge lokaler Konstellationen ergeben.⁶

Welche Virulenz entfaltet aktuell das dynamische und diverse Spektrum der unter der Zieltrias Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention gefassten Bereiche aus Perspektive der Praktiker*innen?⁷ Auf den ersten Blick lässt sich im Vergleich zum Vorjahr ein

5 Im Jahr 2020 haben 238 (79 % von 300) Partnerschaften für Demokratie „eine Analyse der Ausgangslage über den (informellen) fachlichen Austausch hinaus vorgenommen“. Lediglich an 30 Standorten wurden keine Analysen der Ausgangslage durchgeführt. Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

6 Bereits im April und Mai 2022, als sich die Relevanz des Krieges gegen die Ukraine auch für die deutschen Kommunen abzeichnete, hat das ISS e.V. eine freiwillige Kurzbefragung mit den Koordinations- und Fachstellen von Partnerschaften für Demokratie durchgeführt, in der erste Einsichten zu den Zielstellungen, Themenschwerpunkten und kommunalen Rahmenbedingungen eingeholt wurden, mit denen diese auf die akuten Auswirkungen des Krieges reagiert haben bzw. konfrontiert waren. Zur Vorbereitung des jährlichen Monitorings der Partnerschaften und der darin vertieften Erhebung dieser Auswirkungen und Reaktionsweisen der Partnerschaften wurden neben einer Desktoprecherche sodann sieben explorative, leitfadengestützte Interviews geführt (Juni 2022), die einer themenzentrierten Vertiefung einzelner Schwerpunktthemen gewidmet waren. In der darauffolgenden, standardisierten Vollerhebung im Rahmen des jährlichen Monitorings (Rücklauf 100%; Juli/August 2022) stand im Fokus, wie genau die Partnerschaften mit der aktuellen Situation umgehen, welche thematischen Schwerpunkte sie verfolgen und welche konkreten Maßnahmen dafür umsetzen. Ausgehend von den Ergebnissen und Erkenntnissen der quantitativen Befragung hat die wissenschaftliche Begleitung im Oktober/November 2022 weitere 14 thematisch fokussierte, leitfadengestützte Interviews geführt und in Verbindung mit den quantitativen Daten qualitativ ausgewertet. Auf dieser multimethodischen Datengrundlage basiert der vorliegende Bericht (vgl. zum Untersuchungsdesign Kapitel 6.2.2).

7 Mit der Beantwortung dieser Frage zielt der ISS e.V. einerseits darauf ab, aufzuzeigen, mit welchen antidemokratischen und menschenfeindlichen Vorfällen die Partnerschaften lokal und bundesweit konfrontiert sind (vgl. Kapitel 2). Andererseits tragen die generierten Erkenntnisse auch zu einem tiefergreifenden Verständnis der im Zuge des Angriffskriegs erfolgten Anpassungsleistungen der Partnerschaften für Demokratie bei (vgl. Kapitel 3).

über fast alle Bereiche hinweg unverändert hohes Niveau des Problemdrucks erkennen.⁸ So schreiben die Koordinator*innen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus (162 von 338) sowie Rassismus (161 von 338) in jeweils 48 % der Förderregionen einen hohen oder sehr hohen Problemdruck zu. In den Bereichen Demokratie- und Vielfaltförderung ist dies in 30 % (101 von 338) bzw. 39 % (133 von 338) der Fall. Ebenfalls von großer Bedeutung bleibt die Bearbeitung von Rechtsextremismus (35 %, 118 von 338).⁹ Unter Berücksichtigung der Einschätzungen aus den Vorjahren kann somit weder von einer Entspannung der Lage noch von deutlichen Verschärfungen des Problemllevels etwa im Zuge der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, sondern viel eher von punktuellen Schwankungen die Rede sein, die sich gegenwärtig nicht zu Trends verdichten (vgl. Abb. 1).

Regionalspezifische Entwicklungen – ostdeutsche Landkreise bleiben im Fokus

Zeichnen sich aus dieser übergeordneten Perspektive noch eher geringe Veränderungen ab, werden im Zuge regionalspezifischer Analysen deutliche Unterschiede ersichtlich. So stieg der Anteil der Fördergebiete in ostdeutschen Landkreisen, in denen sich aus Perspektive der Befragten ein hoher bzw. sehr hoher Problemdruck im Bereich der Vielfaltförderung ergibt, binnen eines Jahres um 23 Prozentpunkte von 33 % (20 von 60) auf nunmehr 56 % (34 von 61).

Zwar vollziehen sich entsprechende Entwicklungen vereinzelt auch in ostdeutschen Kommunen (2021: 43 %, 18 von 42; 2022: 49 %, 22 von 45), jedoch in wesentlich geringerem Ausmaß und auch in den Kommunen (2021: 36 %, 43 von 121; 2022: 32 %, 41 von 129) und Landkreisen Westdeutschlands (2021: 30 %, 18 von 61; 2022: 29 %, 24 von 82) bleibt eine weitere Verschärfung aus Perspektive der Koordinator*innen aus.¹⁰ Die besondere Betroffenheit ostdeutscher Landkreise beschränkt sich überdies nicht auf den Bereich Vielfaltförderung, sondern findet sich in abgeschwächter Form auch entlang struktureller Bedingungen für Demokratieförderung (2021: von 40 %, 24 von 60; 2022: 51 %, 31 von 61).¹¹

„Sie haben ja eigentlich seit der Wende hier massive Abwanderungstendenzen. Ist halt [ein, Anm. d. Verf.] strukturschwacher Raum hier. Ja, also Sie sehen es auch bei den Fluchtbewegungen, also Menschen mit Fluchthintergrund, die jetzt hierhergekommen sind seit 2015. Da sind eigentlich die Leute, die sehr viel, also sehr gut hätten Integrationsträger sein können, sind halt schnell wieder abgewandert. [...] Wir haben sie kennengelernt und dann waren sie eigentlich schon wieder auf

8 Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

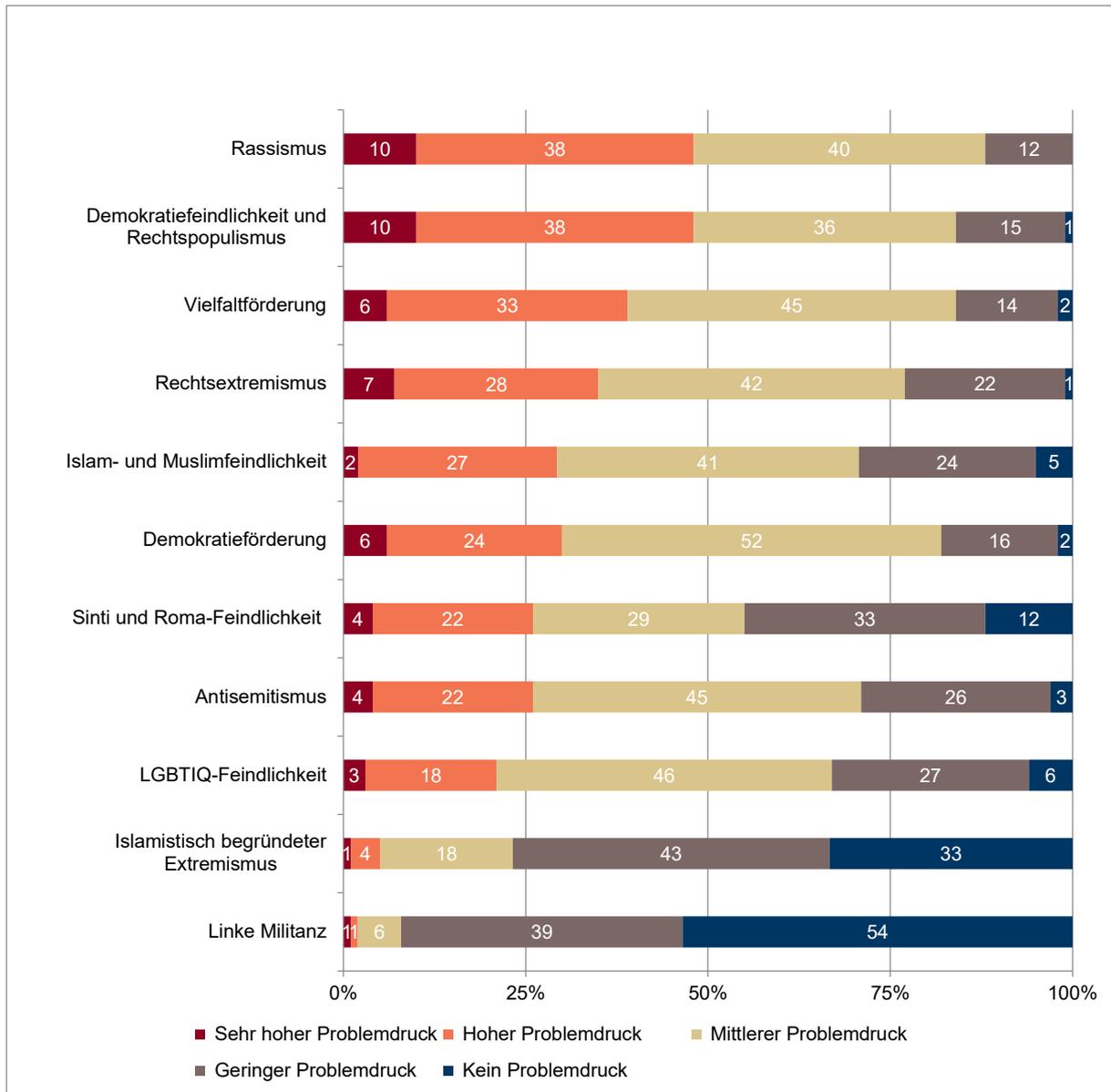
9 Vgl. Tabelle 5 im Anhang. Im Vergleich hierzu berichteten 53 % (160 von 300) der Koordinator*innen im Jahr 2021 von einem hohen oder sehr hohen Problemdruck im Bereich Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus (-5 Prozentpunkte). 50 % berichteten Entsprechendes im Bereich Rassismus (151 von 300, -2 Prozentpunkte), sowie 33 % (99 von 300) im Bereich Demokratie- (-3 Prozentpunkte) und 36 % (109 von 300) im Bereich Vielfaltförderung (+3 Prozentpunkte). Rechtsextremismus entfaltete im Jahr 2021 aus Sicht der Befragten in 41 % (124 von 300) der Förderregionen einen hohen oder sehr hohen Problemdruck (-6 Prozentpunkte). Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

10 Die Unterscheidung von Kommune und Landkreis bezieht sich darauf, ob die jeweilige Partnerschaft für Demokratie in einem städtischen Gebiet angesiedelt ist und ihre Förderregion sich auf dieses beschränkt oder ob sich ihr Einflussbereich über mehrere Kommunen hinweg und die ländlichen Gebiete dazwischen erstreckt. In letzterem Fall, also in Landkreisen, ist vor allem die Einwohnerdichte deutlich geringer.

11 Vgl. Tabelle 5 und Tabelle 8 im Anhang. Schließlich wird auch der Problemdruck im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext“ in den Landkreisen der östlichen Bundesländer überproportional häufig als (sehr) hoch beurteilt (34 %, 21 von 61) (s. etwa Abschnitt 2.2).

dem Sprung, sage ich mal, in die Städte oder gleich nach Westdeutschland. Ja, und Sie haben hier einen massiven Abbau von Industrie [...]. Infrastruktur wird massiv abgebaut. Ja, also das ist spürbar, das sorgt für Frust bei den Leuten und ja, also sie haben inzwischen mit einem großen Teil einfach der Bevölkerung zu tun, und das würde ich höher als 40 Prozent einschätzen, die sehr kritisch, resigniert gegenüber [der, Anm. d. Verf.] Bundespolitik zumindest eingestellt sind und ja.“ (Ukr12_17)

Abbildung 1: Angaben der Koordinator*innen zum wahrgenommenen Problemdruck entlang einzelner Phänomenbereiche¹²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

¹² Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

Rechtsextremismus in den Kommunen – weniger virulent oder schwerer zu erkennen

Auffällig ist ferner der Rückgang des wahrgenommenen Problemdrucks im Bereich Rechtsextremismus insbesondere in den Kommunen der westlichen wie östlichen Bundesländer. So sank der Anteil an Partnerschaften für Demokratie, deren Koordinator*innen einen hohen oder sehr hohen Problemdruck wahrnehmen, in Westkommunen von 31 % (38 von 121) auf 19 % (24 von 129), in Ostkommunen von 64 % (27 von 42) auf 49 % (22 von 45).¹³ Die in den qualitativen Interviews generierten Einsichten hierzu sind so eingängig wie altbekannt: Die befragten Koordinator*innen berichten von einer Vermischung verschiedener Akteur*innengruppen des demokratiefeindlichen Spektrums, welche eine politische Einordnung der Proteste zunehmend schwieriger mache. Gerade in Städten, in denen sich mehrere Gruppen zu größeren Protestaktionen zusammenfinden, bleibe die Zuordnung zu einzelnen Szenen bzw. Gruppierungen schwierig bis unmöglich.

*„Allerdings [...] haben sich [hier, Anm. d. Verf.] eben die ganzen Verschwörungstheoretiker*innen [...] mit den ganzen Rechten zusammengetan: von wegen das sei alles [...] eine Verschwörung, es gäbe gar keinen Krieg und Putin würde das Richtige tun, bis hin zu Amerika hätte da irgendwie ein Marionettenspiel daraus gemacht. Also da hat man alles Mögliche gehört, aber das ist halt wieder dieser Topf, wo sich nicht vereinzelt rausfinden lässt, wer zu welchen Gruppierungen gehört, ob das vor Corona schon der Fall war oder erst durch Corona entstanden ist.“*
(Ukr14_28)

Auch die schon 2020 von Wilhelm Heitmeyer u.a. konstatierte „Ausdifferenzierung, Intellektualisierung und Dynamisierung des rechten politischen Spektrums“¹⁴, welche Tendenzen einer Normalisierung und gegenseitigen Verstärkung gruppenbezogen menschenfeindlicher und antidemokratischer Haltungen mit sich bringe, vermag einen erklärenden Beitrag zu der abnehmenden Sichtbarkeit extrem rechter Phänomene im kommunalen Raum zu leisten.¹⁵ Reduziert doch das in der Bevölkerung durchaus vorhandene Sympathisant*innentum zu rechten Positionen und die „Akteur*innenvielfalt“ bei einschlägigen Veranstaltungen im öffentlichen Raum die Notwendigkeit, gut sichtbar, provozierend und möglicherweise abschreckend aufzutreten.

2.1 Demokratie- und menschenfeindliche Organisationen und Aktivitäten vor Ort

Bundesweit bleibt Rechtsextremismus dennoch einer der dringlichsten Themenbereiche (hoher oder sehr hoher Problemdruck: 35 % (118 von 338)).¹⁶ Rechtsextreme Gruppierungen und

13 Vgl. Tabelle 5 und Tabelle 8 im Anhang.

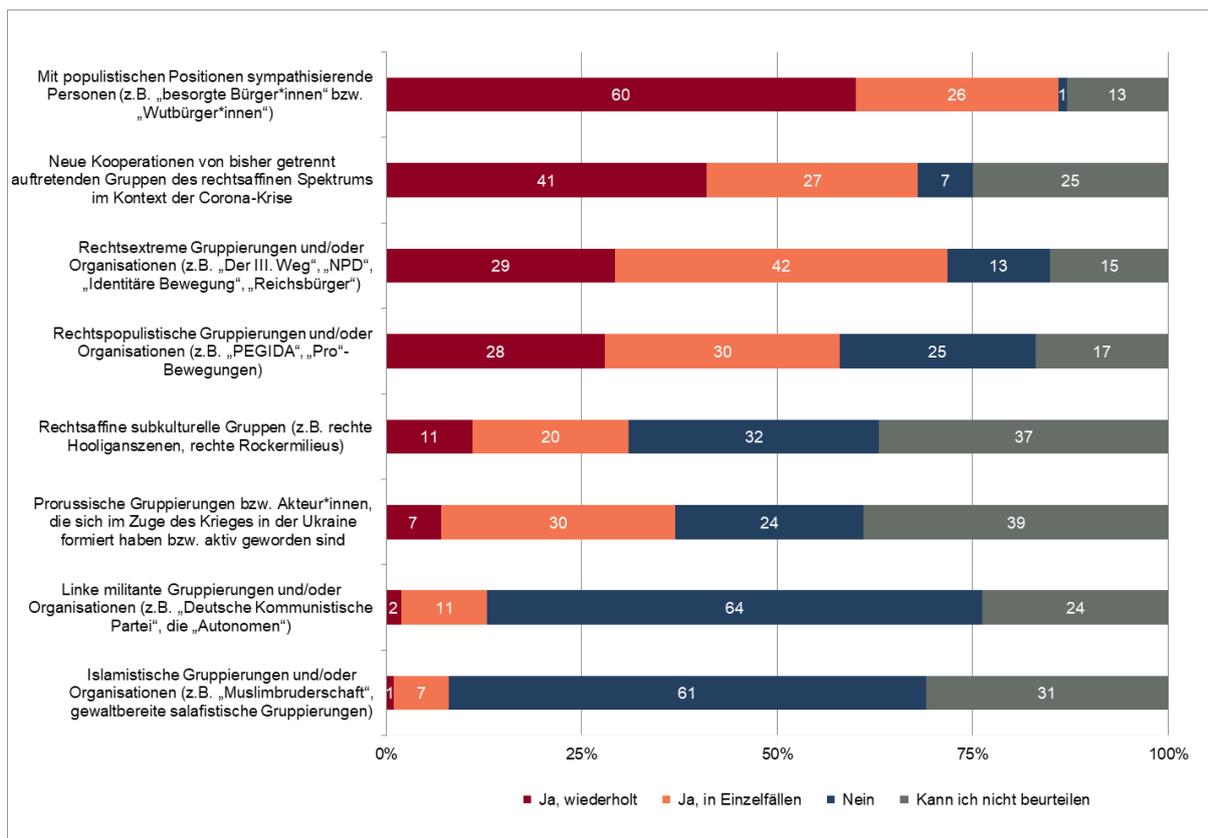
14 Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, S. 11.

15 Auch die Befunde der jüngsten Leipziger Autoritarismus-Studie, wonach sich ein Rückgang des Anteils der Bevölkerung mit geschlossen rechtsextremem Weltbild abzeichnet, stützen die Wahrnehmung eines in der Tendenz eher rückläufigen Problemdrucks des Phänomens in seiner extremen Ausformung. Decker et al. Interpretieren dies allerdings als Ausdruck einer „Objektverschiebung der antidemokratischen Einstellung“ und verneinen explizit einen allgemeinen Rückgang derselben, vgl. Decker et al. 2022a, S. 12.

16 Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

Organisationen sind vielerorts nicht nur aktiv (71 % vereinzelt oder wiederholt, 242 von 338),¹⁷ sondern verwurzelt. In 41 % (140 von 338) der Förderregionen sind sie nach Auskunft der befragten Koordinator*innen demnach fest verankerter Bestandteil des Akteur*innenspektrums.¹⁸ Öffentlich wahrnehmbare Tätigkeiten rechtspopulistischer Gruppierungen wurden aus 58 % der Förderregionen gemeldet (197 von 338), mit populistischen Positionen sympathisierende Personen gar aus 86 % (290 von 338) (vgl. Abb. 2).¹⁹

Abbildung 2: Angaben der Koordinator*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrem Fördergebiet im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022²⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Spätestens seit dem Jahr 2016 wandelt bzw. erweitert sich das einschlägige Akteur*innenspektrum, gewinnt zunehmend Anschluss an „die Mitte“ und nimmt so Züge einer demokratiedistanten Bewegung mit ausgeprägter öffentlicher Präsenz an

Die Landschaft demokratiefernere Akteur*innen unterliegt indes nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg einem deutlichen Wandel. Schon seit dem Jahr 2016 beobachtet der ISS e.V. in

17 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

18 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

19 Vgl. Tabelle 15 im Anhang. Diese Einschätzungen entsprechen weitgehend jenen des Jahres 2021 (vgl. ISS e.V. 2021, S. 42f.).

20 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

seinen jährlichen Berichten die Bildung „neuer Kooperationen“, welche öffentliche Proteste gemeinsam tragen und Anschluss an die vermeintliche Mitte suchen.²¹ Dass diese auch im aktuellen Jahr in 41 % (139 von 338) der Förderregionen wiederholt und in weiteren 27 % (91 von 338) der Förderregionen in Einzelfällen öffentlich wahrnehmbar präsent sind, deutet darauf hin, dass es ihnen gelingt, trotz des weitgehenden Wegfalls der Corona-Maßnahmen kontinuierlich fortzubestehen und themenübergreifend zu agieren.²² Der fortgesetzte Wandel und die Verwobenheit demokratieferner Akteur*innen bildet sich auf inhaltlicher Ebene ab. Vielfältige, bisweilen beliebig anmutende und an die Verunsicherungen der Bevölkerung anknüpfende Themen werden aufgegriffen und zur Bergung der Mobilisierungspotentiale genutzt. So bilden schwelende Ungewissheit und Ressentiments auch weiterhin fruchtbare Anknüpfungspunkte an weitere Teile der Bevölkerung und resultieren in einem nach wie vor hohen Problemdruck entfacht, insbesondere durch rechtspopulistische Ausformungen.

„Da gibt es auch immer wieder Leute, die dann sich drüber äußern, dass einfach die Kaufkraft irgendwie nachlässt, dass es schwierig ist, mit den aktuellen Preissteigerungen umzugehen, [...] dass es wohl auch teilweise dann bei Stromversorgung irgendwie schon Sorgen gibt, dass die Leute die Rechnung nicht mehr bezahlen können oder so. Sehe ich schon als auf jeden Fall realistisches Problem und realistischen Konflikt für den Herbst. Was daraus resultieren könnte, was ich mir auch vorstellen kann, dadurch dass auch XXX [Name eines Bundeslandes, Anm. d. Verf.] weit natürlich die Coronaproteste so ein bisschen umgeschwungen sind [...] teilweise in so Anti-Ukraine-Proteste, dass sich da noch mal mehr Leute anschließen.“ (Ukr10_77)

Angetrieben durch die hohe Protestbereitschaft und die Salienz aktueller politischer Themen zeigen demokratie- und menschenfeindliche Gruppen besonders durch Demonstrationen und Kundgebungen Präsenz, die in mehr als der Hälfte der Förderregionen (54 %; 182 von 338) wiederholt und in 29 % (97 von 338) vereinzelt abgehalten werden.²³ Dabei wird das gemeinsame Protestieren mit extrem rechten Akteur*innen salonfähiger und stellt für einige Gruppen keinen Tabubruch mehr dar.²⁴

„Keine Waffen in die Ukraine. Also die Rechten greifen immer genau das Gegenteil von dem auf, was im Bund entschieden wurde. Das macht es so irre. Was weiß ich, geht das 100-Millionen-Sonderprogramm Bundeswehr irgendwo, greifen die Rechten das auf mit einem Gegenargument. Also es ist eigentlich immer alles falsch, was auf demokratischer Ebene entschieden wurde und sie finden immer Menschen, selbst diejenigen, die demokratische Parteien bisher immer gewählt haben, da finde ich ja immer welche, die sagen: Diese Maßnahme, also das ist ja

21 Vgl. ISS e.V./Camino 2016, S.72ff.; ISS e.V./Camino 2017, S. 74ff.; ISS e.V./Camino 2018 S. 96ff.; ISS e.V./Camino 2019, S. 172ff.; ISS e.V. 2020, S. 9ff.; ISS e.V. 2021, S. 42ff.; ISS e.V. 2022, S. 85ff.

22 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

23 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

24 Dennoch wird der öffentliche Raum keineswegs demokratiedistanten Gruppen überlassen, sondern ist umkämpft. So waren im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 in 91 % (309 von 338) der Förderregionen für Vielfalt engagierte Bürger*innenbündnisse wiederholt oder vereinzelt aktiv (vgl. Tabelle 18 im Anhang). Demonstrationen oder Protestkundgebungen für Demokratie und Vielfalt sind ebenfalls weit verbreitet (wiederholt: 39 %, 133 von 338; vereinzelt: 40 %, 134 von 338) (vgl. Tabelle 19 im Anhang).

wirklich voll daneben. Da laufe ich mal mit. Und vielen war ganz am Anfang überhaupt gar nicht klar, dass diese Gegenargumente, dass die gesteuert worden sind tatsächlich überwiegend von rechts. Und mittlerweile dürfte es klar sein, aber das macht denen jetzt nichts mehr. Und ich glaube, das ist eine Folge des Krieges und der Inflation. Es ist denen scheißegal, mit wem sie laufen, Hauptsache sie laufen. Und darin sehen wir hier vor Ort eine ganz große Gefahr.“ (Ukr15_35)

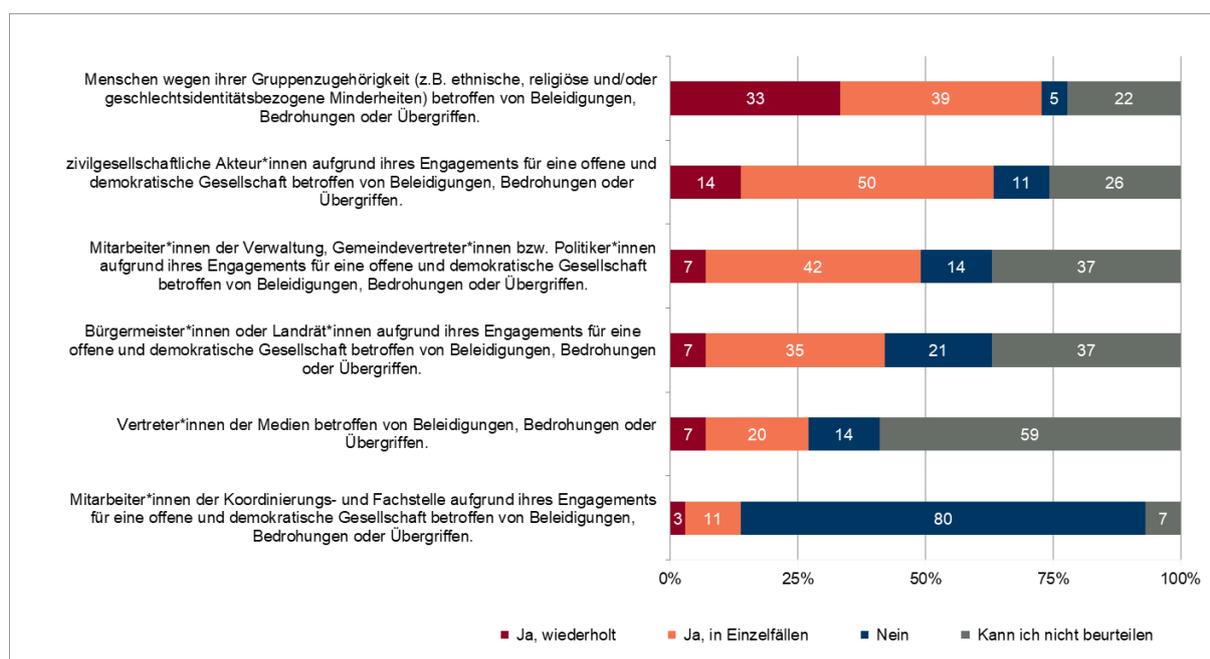
Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe sind vor allem durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit motiviert

Die Kontinuität demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen und die Präsenz demokratiefernere Akteur*innen erzeugt mancherorts ein Klima, in dem entsprechende Anschauungen in Gewaltbereitschaft münden und sich in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen manifestieren. Diese richten sich in 72 % (244 von 338) der Förderregionen insbesondere gegen Menschen aufgrund ihrer zugeschriebener Gruppenzugehörigkeiten.

Diese Vorfälle richten sich keineswegs nur gegen einzelne Personen. Vielmehr sind sie zugleich Ausdruck des Dominanzstrebens demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen, die mitunter gezielt gegen das Fundament der (kommunalen) Demokratie sowie ihre Vertreter*innen und Prinzipien vorgehen. Eine wesentliche Zielgruppe stellt dabei die aktiv für Demokratie und Vielfalt engagierte Zivilgesellschaft dar. In 64 % (215 von 338) der Förderregionen wurden Mitglieder der Zivilgesellschaft aufgrund ihres demokratischen Engagements beleidigt, bedroht oder Opfer von Übergriffen. Engagierte Schlüsselpersonen aus Politik (Bürgermeister*innen, Landrät*innen) waren in 42 % (141 von 338) der Förderregionen, Mitarbeiter*innen der Verwaltung in 49 % (164 von 338) von entsprechenden Tathandlungen betroffen (vgl. Abb. 3).²⁵

²⁵ Vgl. Tabelle 11 im Anhang. Die Einschätzungen entsprechen weitgehend jenen des Vorjahres (vgl. Tabelle 12 im Anhang) Allerdings sind die angezeigten Straftaten gestiegen: Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts, hat die Straftaten gegen Mandatsträger*innen „besorgniserregend“ genannt. Sie hätten seit 2018 um 276 % zugenommen. Vgl. Litschko 2022; Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (motra) 2022.

Abbildung 3: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022²⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

In der Zusammenschau bleiben also die klassischen Themenbereiche relevant (z.B. Rassismus, Rechtsextremismus, Vielfaltförderung). Hinsichtlich des Akteur*innenspektrums sind die aus der Vergangenheit bekannten „Neuen Zusammenschlüsse“ weiterhin aktiv und setzen ihre Aktivitäten auch nach dem Ende vieler coronabedingter Maßnahmen fort. Hinsichtlich der einschlägigen Tathandlungen (Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe) zeichnet sich ebenfalls keine substantielle Entspannung ab, wenngleich die besondere Rolle der zuwanderungs- und geflüchtetenfeindlichen Motivation bei Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angesichts der aktuellen Situation durchaus Besorgnis erregend ist.

2.2 Auswirkungen und Herausforderungen des Angriffskrieges in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie

Schon die eingangs dargestellten Befunde zur allgemeinen Virulenz antidemokratischer und menschenfeindlicher Bedrohungen, zu Übergriffen und Anfeindungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie machen deutlich, in welchen schwierigen Kontexten sich die Engagierten für ein demokratisches Miteinander positionieren. Sie sehen sich mit einem breiten Spektrum allgemeiner gesellschaftlicher Herausforderungen und immer neuen Krisensituationen konfrontiert. Auf die starke Zunahme geflüchteter Menschen in den Jahren 2015 und 2016 folgten im Jahr 2020 die Corona-Pandemie und mit der russischen Aggression gegen die Ukraine nun ein aktiver Krieg auf dem europäischen Kontinent.

²⁶ Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

Neben den gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen sowie pro-russischen Desinformationskampagnen, stellt insbesondere die hohe Anzahl geflüchteter Personen aus den vom Krieg betroffenen Gebieten die anderen europäischen Staaten vor Herausforderungen.²⁷ Am Stichtag 22. November 2022 waren 1.027.789 Ukrainer*innen, die seit dem 24. Februar eingereist sind, im sogenannten deutschen „Ausländerzentralregister“ eingetragen.²⁸ Diese Zahlen finden ihre Entsprechung auch in der Einschätzung des Zuzuges durch die Vertreter*innen der Partnerschaften für Demokratie. 71 % (241 von 338) der Befragten berichten im Sommer von einer starken Zuwanderung Geflüchteter. Weitere 26 % (87 von 338) nehmen einen leichten Anstieg wahr.²⁹

„Dabei tut man gut daran, diese Frage nicht losgelöst von der allgemeinen Migrationssituation in Deutschland zu betrachten. So ist davon auszugehen, dass das Jahr 2022, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Zuwanderung von Menschen aus anderen Krisenregionen, das Jahr mit der höchsten Zuwanderung seit der Wiedervereinigung sein wird (OECD 2022). Dies kann erneut politische Verwerfungen auslösen und einwanderungsfeindliche Stimmungen begünstigen.“³⁰

Die konkreten Herausforderungen durch die aktuelle fluchtbedingte Zuwanderung werden somit flankiert von weitergehenden migrationspolitischen Aufgaben und zugleich den Gefahren gesellschaftspolitischer Verwerfungen, die wiederum – das zeigen gerade die Erfahrungen aus den Jahren 2015/16 – regional sehr unterschiedlich ausfallen können.³¹

27 Vgl. Bundesregierung 2022.

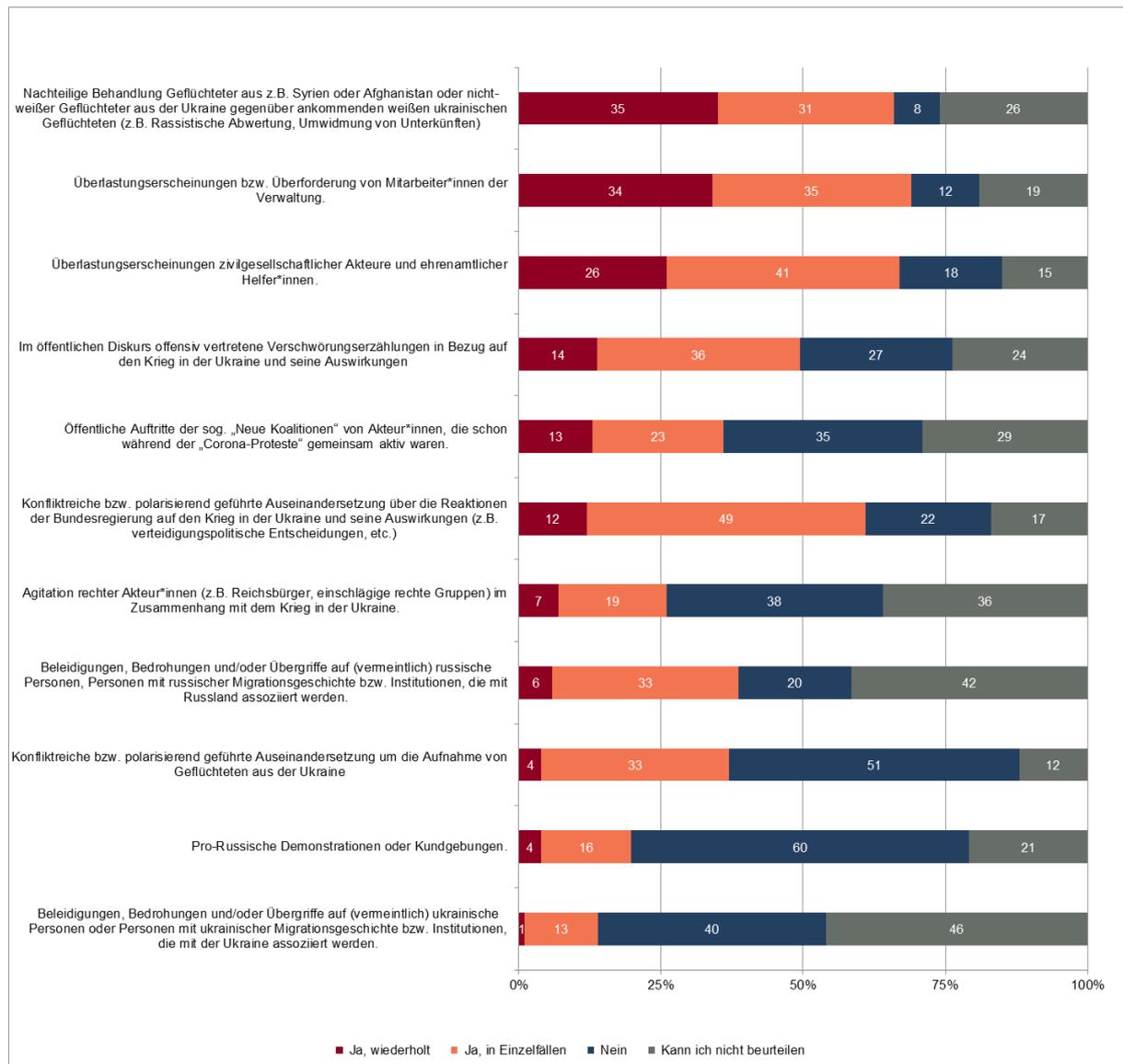
28 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022a.

29 Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

30 Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) 2022, S. 42.

31 Die ankommenden Personen werden nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ auf Grundlage des Steueraufkommens und der Bevölkerungszahl der Bundesländer verteilt. Dies soll eine gerechte Verteilung der Geflüchteten sicherstellen. Nach Aussagen des deutschen Städte- und Gemeindebundes sei dies im Kontext der Aufnahme geflüchteter Personen im Rahmen Angriffskrieges allerdings nicht gelungen. Vielmehr fände eine Konzentration geflüchteter Personen in einigen wenigen Großstädten statt. Vgl. Tagesschau 2022. Vgl. zu den regionalen Unterschieden der kommunalen Betroffenheit von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit ISS e.V. 2020.

Abbildung 4: Einschätzung der Koordinator*innen zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine in ihrer Förderregion³²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Weiterhin hohe Engagementbereitschaft in Politik und Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine

Zuvorderst ist festzuhalten, dass immer noch, aber noch mehr zu Beginn des Krieges, eine quer durch die Bevölkerung reichende, sehr hohe Aufnahme- und Engagementbereitschaft zu verzeichnen ist, die in vielfältigen Aktionen, ehrenamtlichen Unterstützungsleistungen und zivilgesellschaftlichen Projekten gemündet ist.³³ Zwar sinkt mittlerweile in Teilen Europas und gerade auch in den neuen Bundesländern diese Unterstützungsbereitschaft gegenüber geflüchteten Personen und der Ukraine als angegriffener Kriegspartei – vor allem mit Verweis

³² Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

³³ Vgl. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 2022a; 2022b.

auf die wirtschaftlichen Kosten der Kriegsfolgen und Zuwanderung –, doch besteht weiterhin eine breite Basis von zivilgesellschaftlichem Engagement und gesellschaftspolitischer Akzeptanz der Unterstützung und Hilfeleistungen.³⁴ Dies spiegelt sich auch in den Angaben der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie wider, die einschätzen, dass die lokale Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine in der großen Mehrheit der Förderregionen Anerkennung und Unterstützung durch die lokale Bevölkerung erfährt (70 %, 237 von 338).³⁵

Überlastungserscheinungen auf Seiten von Zivilgesellschaft und Verwaltung

Zugleich werden in Bezug auf Strukturen der lokalen Verwaltung und der Zivilgesellschaft vor Ort aus ungefähr einem Drittel der Partnerschaften von wiederholt auftretenden Überlastungserscheinungen berichtet. Diese seien sowohl bei den Mitarbeitenden in der Verwaltung (34 %, 114 von 338) als auch bei zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bzw. ehrenamtlichen Helfer*innen in den Förderregionen (26 %, 88 von 338) zu verzeichnen (vgl. Abb. 4) und werden anteilig häufiger aus den östlichen Bundesländern gemeldet.³⁶ Im Zuge der qualitativen Befragung wurden neben einer allgemein hohen verwaltungsseitigen Belastung etwa im Zuge der Registrierung von Geflüchteten u.a. bisweilen unklare Zuständigkeiten und als starr empfundene Handlungslogiken zurückgemeldet, welche einer flexiblen Organisation von Hilfen wenig zuträglich seien.

„Also zu Beginn, da habe ich auf jeden Fall eine Überlastung wahrgenommen, sowohl in der Verwaltung als auch in der Zivilgesellschaft, weil die Zivilgesellschaft, da hatten wir eben dann auch schon Gruppen, die sehr aktiv waren, was das Thema Unterstützung von Geflüchteten anging. Und die waren dann schnell überfordert, weil eben sich das einfach exponentiell erhöht hat, und auch vielfach so ein bisschen frustriert, weil sie eben gesehen haben, wie anders damit auch umgegangen wird, mit den Geflüchteten aus der Ukraine. In der Verwaltung habe ich auf jeden Fall auch eine Überforderung wahrgenommen, weil zu Beginn auch nicht so richtig klar war, wer ist denn eigentlich zuständig und also ja, wer kümmert sich jetzt zusätzlich zu seinem normalen Workload eben auch noch darum. Und da wurden dann so ein bisschen auch die Verantwortlichkeiten hin und her geschoben.“ (Ukr20_29)

Diese auch bürokratischen Hürden auf der einen Seite treffen nun auf den „Wunsch nach einem schnellen Wiedereinstieg, nach einem schnellen Alltag“ (Ukr10_45) und eine bisweilen mehrfach engagierte Zivilgesellschaft. Gerade der letzteren wird dabei sowohl eine hohe Aufnahme- bzw. Unterstützungsbereitschaft, als auch eine u.a. durch die Vorbelastungen der Corona-Pandemie entstandene „Ermattung“ zugeschrieben.

34 Vgl. dazu umfassend Mercator Forum Demokratie und Migration (MIDEM) 2022; speziell auf die Situation in Deutschland bezogen: S. 41-75; vgl. auch: Höltmann/Hutter/Rößler-Prokhorenko 2022.

35 Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

36 Vgl. Tabelle 10 im Anhang. Aus den östlichen Bundesländern berichten 42 % (45 von 107) der Koordinierungs- und Fachstellen von wiederholt zu beobachteten Überlastungserscheinungen in der lokalen Verwaltung. Aus den entsprechenden Stellen in den westlichen Bundesländern berichten dies 30 % (63 von 210). In Bezug auf Überlastungserscheinungen in der lokalen Zivilgesellschaft zeigt sich ein ähnliches Bild (Ostdeutschland: 39 % (42 von 107), Westdeutschland 20 % (43 von 210) (vgl. ebd.).

„Also die Ehrenamtlichen, das bürgerschaftliche Engagement war eh schon sehr überlastet durch die Coronapandemie. Und dann kam mit dem Ukrainekrieg so eine zusätzliche Belastung. Vor allen Dingen die Ehrenamtlichen, die eh schon überlastet waren, die haben auch wenig dann mitgeholfen, wenn es um die Bedarfe der Ukrainerinnen und Ukrainer ging. Dann war es eben so, dass sich sehr viele neue Ehrenamtliche gefunden haben, die sich um die Ukrainerinnen und Ukrainer kümmern. Aber natürlich ist da auch wieder der Fall, am Anfang waren es sehr viele und jetzt baut es auch wieder stetig ab.“ (Ukr19_47)

Ungleichbehandlungen geflüchteter Menschen werden aus vielen Förderregionen gemeldet und als problematisch wahrgenommen, Verteilungskonflikte könnten ein Thema werden

Neben Überlastungserscheinungen werden häufig auch Ungleichbehandlungen der Geflüchteten berichtet und als problematisch eingeordnet (vgl. Abb. 4). Eine Partnerschaft etwa kritisiert die Diskriminierung von Geflüchteten, die nicht aus der Ukraine stammen, beim Zugang zu medizinischer Versorgung.³⁷

„Sie haben andererseits auch die Situation, dass wenn wir hier für Flüchtlinge Ärzte suchen, wir fahren nach XXX [Name einer Großstadt, Anm. d. Verf.]. Wir müssen nach XXY [Name einer weiteren Großstadt, Anm. d. Verf.] fahren in die Flüchtlingsambulanzen, weil die Hausärzte sich hier weigern. Die nehmen die nicht auf. Wenn Sie mit Abschiebungssituationen zu tun haben, wo Leute psychisch massiv hilfebedürftig sind und natürlich dann auch Hilfe brauchen, sage ich mal, um [...] auch gegen die staatlichen Autoritäten [...] irgendwas in der Hand zu haben: Sie haben hier in ganz XXX [Name eines Bundeslandes, Anm. d. Verf.] nicht viele. Also Psychotherapie für Flüchtlinge? Vergessen Sie es. Also [...] Frauenärzte: Fahr nach XXY [Name einer Großstadt, Anm. d. Verf.].“ (Ukr12_45)

Von derlei Ungleichbehandlungen geht nach Einschätzung der Befragten verglichen mit weiteren Auswirkungen der größte Problemdruck in ihren Förderregionen aus. 66 % (223 von 338) der Vertreter*innen verzeichnen Vorfälle der Ungleichbehandlung wiederholt oder zumindest in Einzelfällen. Hierbei zeigt sich, dass diese in Berlin verglichen mit anderen Bundesländern relativ gesehen häufiger auftreten.³⁸ Neben allgemeinen Bedenken und Unverständnis der Engagierten berichten die Koordinator*innen im Rahmen qualitativer Interviews unter anderem von Frustrationen bzw. von Deprivationserfahrungen seitens nicht-ukrainischer Geflüchteter. Diese seien mitunter schwerer im Rahmen von Projekten etc. erreichbar oder entwickelten

37 Vgl. Ärzte der Welt 2022.

38 Vgl. Tabelle 10 im Anhang. 48 % (10 von 21) der in Berlin ansässigen Partnerschaften berichten von wiederholt auftretender nachteiliger Behandlung während es in den neuen sowie alten Bundesländern respektive 34 % (36 von 107) und 35 % (73 von 210) sind (vgl. ebd.). Gründe für diese Ungleichbehandlungen sind zum einen auf individueller Ebene in Form von rassistischen Einstellungen zu finden. Eine aktuelle Studie der Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) stellt deutliche Einstellungsunterschiede in Bezug auf ukrainische im Gegensatz zu syrischen Geflüchteten, Muslim*innen, und Geflüchteten „aus dem Nahen Osten oder Afrika“ fest (vgl. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) 2022, S. 34, 37, 51; vgl. auch Pro Asyl 2022). Zum anderen liegen die Ursachen aber auch auf der institutionellen Ebene und erwachsen aus der rechtlichen Sonderstellung aus der Ukraine geflüchteter Personen gegenüber Geflüchteten aus anderen Staaten, bedingt durch die Anwendung der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie gemäß der Richtlinie 2001/55/EG des EU-Rates (Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022b).

wiederum Ressentiments gegenüber (vermeintlich) privilegierten Gruppen bzw. der aufnehmenden Gesellschaft.

„Und es ist auch so, dass wir in einigen Einrichtungen, die ehrenamtliche Angebote machen, das Problem haben, dass zum Beispiel früher waren da ganz viele Syrer oder Iraner. Und jetzt sind da mehr die Ukrainer. Und jetzt kommen die anderen nicht mehr. Weil die sich ungerecht behandelt fühlen [...].“ (Ukr19_17)

Die unterschiedliche Verteilung von Ressentiments in der ansässigen deutschen Bevölkerung gegenüber verschiedenen Gruppen von Geflüchteten führe auch zu Missklängen unter diesen. Hier entstehe ein Konfliktpotential, mit dem sich die Partnerschaftsakteur*innen gerade dort auseinandersetzen müssen, wo sie sich mit den ukrainischen Geflüchteten solidarisch zeigen

„Also zum einen natürlich bei den Gruppen, die schon 2015, 2016 sich engagiert haben, da kommt dann zum Teil auch Frust auf und Ärger, was ich auch total nachvollziehen kann. Und zum anderen natürlich auch [...] unter Geflüchteten ist das schon auch ein Thema, dass dann so eine Wut aufkommt: Warum werde ich so anders behandelt? Also ja, was auch Geflüchtete aus Syrien zum Beispiel dann sagen: Ja, also bei mir ist es ja irgendwie genauso schlimm oder noch schlimmer und ich werde hier irgendwie nicht mit offenen Armen empfangen. Und so dieses Gefühl von, dass die Menschen aus der Ukraine eben als gleichwertige Menschen wahrgenommen werden und sie nicht, das haben glaube ich schon viele Geflüchtete, gerade aus so Ländern wie Syrien, Afghanistan und so weiter.“ (Ukr20_83)

Rom*nja erleben starke Diskriminierung und wenig Aufmerksamkeit

In besonderer Weise betroffen von Ressentiments und Diskriminierung sind Rom*nja. So erfährt der Problemdruck im Bereich „Feindlichkeit gegenüber Sinti*zze und Rom*nja“ aktuell einen sehr starken Anstieg. Erneut stechen die Entwicklungen in Berlin hervor. Meldeten im vergangenen Jahr noch 63 % (10 von 16) der Berliner Partnerschaften für Demokratie einen hohen oder sehr hohen Problemdruck, stieg dieser Anteil auf nunmehr auf 81 % (17 von 21) an.³⁹ Gerade mit Blick auf den im Kontext des Kriegs anwachsenden Zuzug vieler ukrainische Rom*nja nach Deutschland, ist diese Entwicklung von besonderer Relevanz. So beschreibt auch ein Bericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus, dass „die Konstruktion von Roma als illegitime Geflüchtete [...] in Berlin eine lange Tradition“ habe.⁴⁰ Dass sich die Thematik nun gerade in Berlin in einem so hohen Problemdruck niederschlägt, könnte zum einen Resultat der besonders hohen Zahlen ankommender Geflüchteter in der Hauptstadt sein, die vor dem Hintergrund der Kontinuität des Ressentiments diesem ein Objekt bieten. Auffällig ist jedoch auch, dass bundesweit insgesamt mehr als jede zweite Partnerschaft angibt, das Vorkommen rom*njafeindlicher Angriffe nicht beurteilen zu können.⁴¹ Die Koordinator*innen der Berliner Partnerschaften für Demokratie sind sich in der Einschätzung der Relevanz der

39 Vgl. Tabelle 5 und Tabelle 8 im Anhang.

40 Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) 2022, S. 4.

41 Vgl. Tabelle 13 im Anhang. Der Wert ist deutlich höher als etwa diejenigen in Bezug auf Muslim*innenfeindlichkeit oder Antisemitismus.

Sinti*zze- und Rom*nja-Feindlichkeit deutlich sicherer und ggf. auch im bundesweiten Vergleich entsprechend sensibilisiert.

Aktuell kann vor dem Hintergrund des Zuzugs vieler ukrainischer Rom*nja auch bundesweit eine Veränderung in der Relevanzsetzung des Themas notwendig werden. Denn deren Diskriminierung findet sich, etwa in Form von Andersbehandlung gegenüber anderen ukrainischen Geflüchteten, selbstverständlich nicht nur in Berlin. So berichtet beispielsweise die Europäische Kommission mit Verweis auf die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus von der systematischen Benachteiligung aus der Ukraine geflohener Rom*nja beim Zugang zu Angeboten der grundständigen Hilfe.⁴² Diskriminierungen finden nicht nur auf individueller, sondern auch auf institutioneller und struktureller Ebene statt. So ließen sich etwa Versuche von Landkreisen dokumentieren, die Aufnahme geflüchteter Rom*nja zu umgehen oder sie lediglich segregiert unterzubringen.⁴³

Der Krieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen werden vielerorts polarisierend diskutiert und fließen in die Positionen demokratiedistanter Protestbewegungen ein, bilden dort jedoch noch keinen programmatischen Kern

Die Folgen des russischen Angriffskriegs bilden sich überdies auch in weiteren demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungsformen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie ab. So berichtet jede*r vierte Koordinator*in, dass extrem rechte Akteur*innen (z.B. „Reichsbürger“, einschlägige extrem rechte Gruppen) diesbezügliche Themen in ihre Agitation aufnehmen (26 %, 87 von 338).⁴⁴ In jeder dritten Förderregion treten zudem pro-russische Gruppierungen öffentlich wahrnehmbar auf, die sich im Zuge des Krieges formiert haben bzw. aktiv geworden sind (37 %, 124 von 338).⁴⁵ Explizit pro-russische Demonstrationen oder Kundgebungen werden zwar nur von 16 % (53 von 338) der Befragten als in Einzelfällen und von weiteren 4 % (12 von 338) als wiederholt vorkommende Ereignisse gemeldet.⁴⁶ Aber solche Standpunkte fließen auch in die übrigen Aktivitäten der populistischen Protestbewegung ein.

„[Pro-russische Positionen sind, Anm. d. Verf.] eingewandert in die ganzen Gegendemos. Dann haben wir natürlich hier auch die Linken, die das ja auch kritisch sehen. Und da würde ich nicht sagen, die Linke, alle, sondern es sind Teile. Es ist da eingewandert. Was ich oft höre: Die Menschen sagen, wir können nicht immer nur Waffen, irgendwann muss doch auch mal eine NATO oder eine EU oder wie auch immer sagen, Selenski, das ist schön, dass du mehr Waffen forderst, und wir unterstützen dich ja auch, aber setz dich doch wenigstens mal mit einer Delegation, mit Putin an den Tisch und nehme jemanden von, keine Ahnung wen, auch immer noch als Moderator dazu. Also das Unverständnis dafür wächst, was dazu führt, dass noch mehr Leute auf die Straße gehen. Das ist so einseitig von rechts

42 Vgl. Europäische Kommission 2022.

43 Vgl. Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) 2022, S. 2f.

44 Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

45 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

46 Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

und von links. Und auch, unter denen, die demokratisch wählen oder eine demokratische Einstellung haben, sehe ich diesen Kritikpunkt sehr wohl auch. Und ich weiß nicht, ob es irgendwann kippt. Keine Ahnung. Wir stellen uns darauf ein, mental. Was wir dann machen sollen, wissen wir nicht.“ (Ukr15_39)

Weiter verbreitet sind polarisierend geführte Auseinandersetzungen über die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen (61 %, 207 von 338). Teil dieses öffentlichen Diskurses sind schließlich auch Verschwörungserzählungen mit Bezug auf den Krieg, die in jeder zweiten Förderregion vereinzelt oder wiederholt (50 %, 166 von 338) offensiv vertreten werden.⁴⁷

Die manifesten Auswirkungen umfassen auch den justiziablen Bereich. In der medialen Berichterstattung wurden seit Beginn des Angriffskrieges bis zum Zeitpunkt der Vollerhebung wiederholt von Übergriffen und Anfeindungen gegenüber ukrainisch und russisch gelesenen Personen und Institutionen berichtet.⁴⁸ Nach Angaben aus dem Bundesministerium des Innern und für Heimat waren bereits im April 383 anti-russische Straftaten und 181 anti-ukrainische Straftaten von Sicherheitsbehörden in Deutschland erfasst worden.⁴⁹ Knapp drei Monate später wurde an gleicher Stelle von einem Anstieg der verzeichneten Straftaten auf respektive 701 und 592 berichtet.⁵⁰

Auch die Befragten aus den Kommunen berichten von entsprechenden Vorfällen. Das Muster, wonach anti-russische Übergriffe bis zum Sommer 2022 häufiger vorkamen als anti-ukrainische, lässt sich hierbei auch in den Angaben der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie erkennen. Während 14 % (48 von 338) von wiederholt oder in Einzelfällen auftretenden Übergriffen auf ukrainische Personen oder Personen mit ukrainischer Migrationsgeschichte bzw. Institutionen, die mit der Ukraine assoziiert werden, berichten, treten Übergriffe auf russische Personen oder (vermeintlich) mit Russland assoziierte Personen und Institutionen deutlich häufiger auf (39 %, 129 von 338). Wieder zeigen hier sich regionale Unterschiede. In den Förderregionen der Partnerschaften der östlichen Bundesländer treten entsprechende Vorfälle nach Angaben der Befragten deutlich seltener auf als in Förderregionen in den westlichen Fördergebieten.⁵¹

47 Vgl. Tabelle 10 im Anhang. Es zeigen sich hierbei ebenfalls regionale Unterschiede. So lässt sich in der Gegenüberstellung der neuen und alten Bundesländer feststellen, dass die Befragten aus den neuen Bundesländern häufiger von wiederholt im öffentlichen Diskurs vertretenen Verschwörungserzählungen sowie „Neuen Koalitionen“ von Akteur*innen berichten als Befragte aus Partnerschaften in den alten Bundesländern (jeweils 22 %, 24 von 107 im Vergleich zu 9 %, 19 bzw. 18 von 210) (vgl. ebd.).

48 Vgl. bspw. Spiegel Online 2022.

49 Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland 2022a.

50 Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland 2022b.

51 Vgl. Tabelle 10 im Anhang. Aus den Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften in den neuen Bundesländern berichten 25 % (27 von 107) der Befragten von wiederholt oder in Einzelfällen auftretenden Übergriffen auf als russisch gelesene Menschen. Im Vergleich hierzu sind es aus den entsprechenden Stellen in den alten Bundesländern 44 % (91 von 210) und aus Berlin 52 % (11 von 21) (vgl. ebd.).

Den klassischen Phänomenen wird häufiger eine (sehr) hohe Virulenz zugeschrieben als jenen, die unmittelbar mit dem Krieg assoziiert sind

Zwar ist es sowohl im Angesicht der skizzierten Meldungen von Übergriffen und Beleidigungen gegenüber geflüchteten Menschen aus der Ukraine⁵² als auch in Erinnerung an die Dynamik der Jahre um 2015, in denen sich die zuwanderungsfeindlichen Stimmungslagen erst durch Ereignisse wie etwa der „Kölner Silvesternacht“ allmählich entwickelt haben, noch zu früh, ein abschließendes Urteil zu fällen. Bislang sind proportional nur wenige dezidiert geflüchtetenfeindliche Vorfälle gegenüber Ukrainer*innen zu verzeichnen.⁵³

Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen einer aktuellen Studie des Mercator Forums Demokratie und Migration wider, die nicht nur im europäischen Vergleich, sondern auch für Deutschland aufzeigen kann, dass es weniger die Auseinandersetzungen um die konkrete Solidarität mit den geflüchteten Personen aus der Ukraine ist, die gesellschaftspolitische Erregungs- und Spaltungspotentiale erzeugt, als die grundlegende Einstellung der deutschen Bevölkerung zu gesellschaftlicher Vielfalt und Zuwanderung.⁵⁴ Diese Einsicht lässt sich auch durch die Einschätzungen der Vertreter*innen der Partnerschaften in der jährlichen Befragung bezüglich ihrer Förderregionen stützen, geben diese doch mehrheitlich einen mittleren bis sehr hohen Problemdruck hinsichtlich der grundlegenden Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht an (66 %, 222 von 338), während in Bezug auf feindliche Einstellungen gegenüber ukrainisch gelesenen Personen diese mehrheitlich keinen oder einen nur geringen Problemdruck zurückmelden (67 %, 225 von 338) (vgl. Abb. 5).⁵⁵

Ergeben sich aus den skizzierten Befunden also erste Hinweise auf programmrelevante Auswirkungen des Angriffskrieges in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie, bleibt die Frage nach dem sich hieraus entfaltenden Problemdruck noch weitgehend ungeklärt. Wie ausgeführt schätzen die Praktiker*innen vor Ort insbesondere die Ungleichbehandlung von Geflüchteten kritisch ein. Konflikten um die Verteilung von Sozialleistungen sowie die Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl werden in 27 % bzw. 21 % (92 bzw. 70 von 338) der Förderregionen ein (sehr) hoher Problemdruck zugeschrieben.⁵⁶ Letztere entfaltet zudem speziell in den Landkreisen der östlichen Bundesländer (34 %, 21 von 61) aber auch in Berlin (33 %, 7 von 21) überproportional häufig eine gewisse Dringlichkeit in der Adressierung. Eine offene Ablehnung von Geflüchteten wie im Jahr 2016 und ihre menschenfeindlichen Manifestationen zeichnet sich bislang nicht in der damaligen Vehemenz ab.

52 Vgl. Siehe zur Einschätzung des auch demokratiepolitischen Gefährdungspotentials der aktuellen Stimmungslage das Interview mit Johannes Kiess in ZEIT ONLINE 2022.

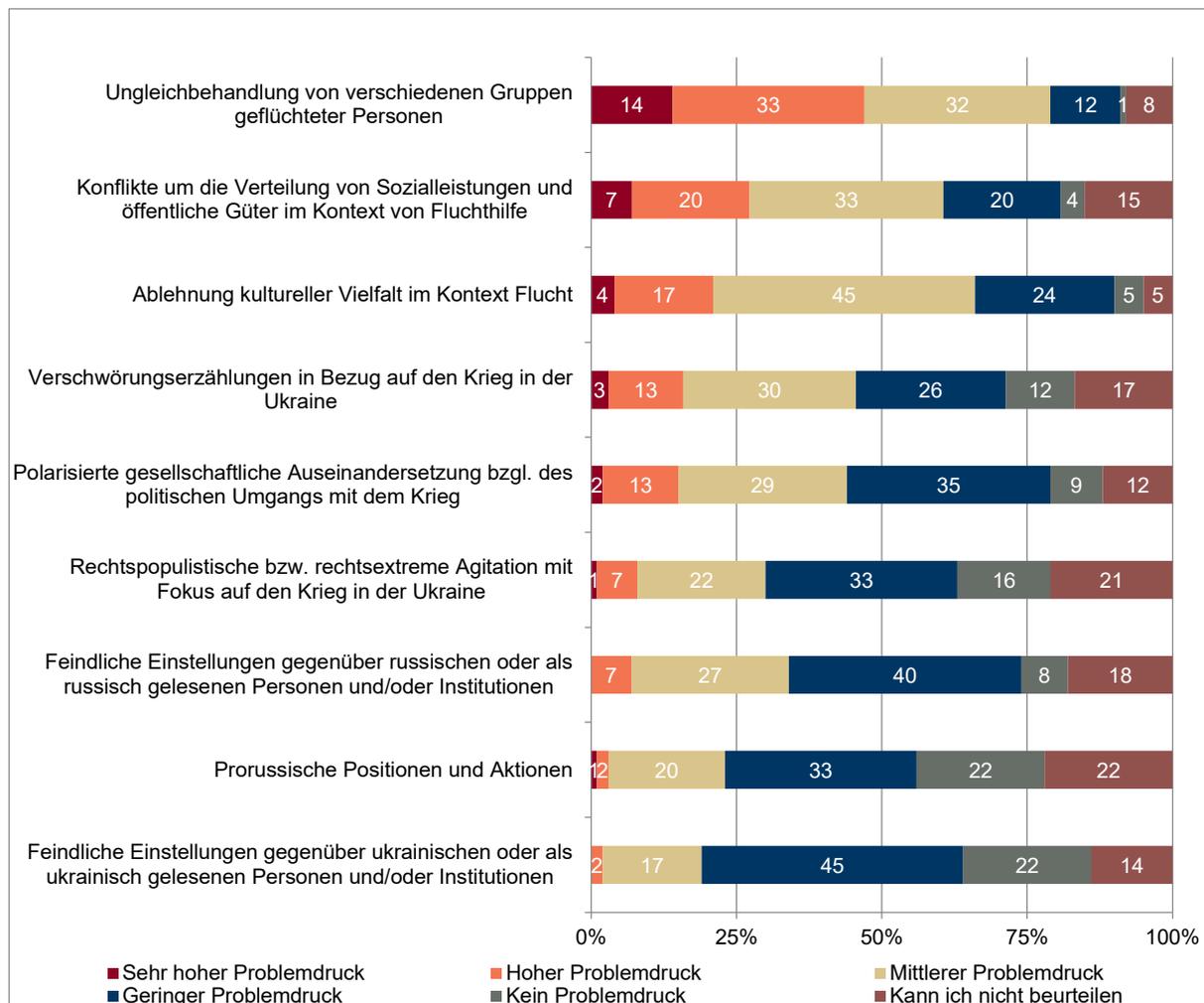
53 Vgl. einordnend und auch zum Zeitverlauf der Übergriffe und Straftaten, die sich auch gegen russisch gelesene Personen richten Mediendienst Integration 2022b.

54 Vgl. Mercator Forum Demokratie und Migration (MIDEM) 2022, S. 24ff.; speziell auf Deutschland und die Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern bezogen: S. 36ff.

55 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

56 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

Abbildung 5: Angaben der Koordinator*innen zum wahrgenommenen Problemdruck in ausgewählten Bereichen⁵⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

In der Konsequenz wird insbesondere den klassischen Bereichen wie etwa Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus, Vielfaltförderung oder auch Rechtsextremismus häufiger eine (sehr) hohe Virulenz zugeschrieben, als dies mit Blick auf die eher kriegsspezifischen Herausforderungen der Fall ist. Eine umfassende Verschiebung bzw. Verdrängung der klassischen Themenschwerpunkte zugunsten der Bearbeitung von Auswirkungen des Ukraine-Krieges scheint aus dieser Perspektive zunächst nicht angezeigt.⁵⁸

⁵⁷ Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

⁵⁸ Vgl. hierzu vertiefender Kapitel 4.

2.3 Relevanz des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften

Die vorangehenden Abschnitte machen deutlich, dass erstens die Aufnahme von Geflüchteten aus den betroffenen Gebieten des Krieges gegen die Ukraine mehrheitlich gut funktioniert hat, wenngleich sich auch Überlastungsanzeigen aus den kommunalen Strukturen anmelden.⁵⁹ Zweitens besteht ein weiterhin hohes zivilgesellschaftliches Engagement, das der solidarischen Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten gewidmet ist, und eine immer noch profunde Unterstützungsbereitschaft diesbezüglich.⁶⁰ Drittens sind bislang relativ wenige dezidiert geflüchtetenfeindliche Übergriffe auf Ukrainer*innen zu verzeichnen.

Die Auswirkungen des Krieges werden (noch) nicht als vordringlich demokratiegefährdend wahrgenommen und entfalten bislang eine mittlere Relevanz für die Arbeit der Partnerschaften

Die beschriebenen gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und zeitbezogenen Tendenzen haben Auswirkungen auf die Praxis der Partnerschaften, können doch das Abflauen der notwendigen Erstversorgung von Geflüchteten sowie das Ausbleiben umfassend demokratiegefährdender Entwicklungen erklären, warum die Koordinator*innen nicht nur im Ganzen die Relevanz der Kriegsauswirkungen für ihre Arbeit weniger hoch als erwartet einschätzen, sondern auch im Zeitverlauf diese Relevanz zur Jahresmitte hin abfällt.⁶¹ Geben noch im April/Mai 2022 im Rahmen einer Kurzbefragung 58 % (123 von 212) der Befragten eine erwartete „(eher) hohe Relevanz“ des Themas für ihre Partnerschaften im weiteren Jahresverlauf an,⁶² zeigt sich wenig später im Juli/August 2022 im jährlichen Monitoring, dass die Angaben zur Relevanz nun deutlich geringer ausfallen. Hier sprechen nur noch 30 % (100 von 338) der Befragten dem Angriffskrieg eine „(eher) hohe“ Relevanz für die eigene Arbeit zu, ebenfalls 30 % (102 von 338) sehen eine „(eher) geringe“ Relevanz (vgl. Abb. 6).⁶³

59 Vgl. etwa das Positionspapier der Deutschen Städte- und Gemeindebundes Deutscher Städte- und Gemeindebund 2022 5.12.2022; vgl. auch Landsberg 2022. Dies deckt sich nicht zuletzt auch mit den übergreifenden Einschätzungen der Vertreter*innen der Partnerschaften. Auf die Frage, wie gut ihre Förderregion auf die programmrelevanten Auswirkungen des Angriffskrieges vorbereitet sei, schätzen immerhin 53 % (60) der Koordinator*innen diese als eher gut bis gut ein. Lediglich 7 % (24) bewerten die Vorbereitung als (eher) schlecht. Vgl. hierzu Tabelle 40 im Anhang.

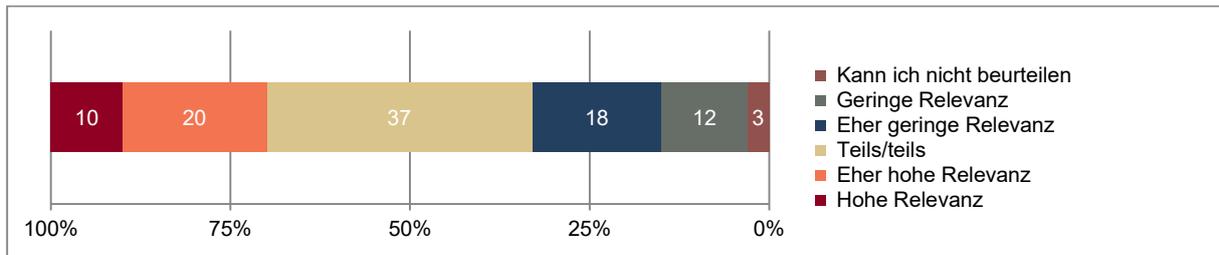
60 Vgl. Höltmann/Hutter/Rößler-Prokhorenko 2022, S. 2ff.; zur Unterstützungsbereitschaft aktuell Dollmann et al. 2022, S. 5ff.

61 In Förderregionen, in denen aktuell viel Zuwanderung von Geflüchteten verzeichnet wird, wird den Auswirkungen des Krieges von den Koordinator*innen der Partnerschaft auch mehr Relevanz zugesprochen (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

62 Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

63 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

Abbildung 6: Relevanz des Ukraine-Krieges für die Arbeit der Partnerschaften⁶⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Dies findet sich auch in den Angaben des qualitativen Samples wieder, das auf Interviews im September/Oktober 2022 basiert.

„[Im] ersten und zweiten Quartal war es das dominante Thema, aber es ist jetzt weniger geworden. Also jetzt ist es so gerade, ich würde so sagen, fünf bis zehn Stunden die Woche habe ich damit noch zu tun, mit dem Thema, aber habe natürlich auch andere Fokusse.“ (Ukr12_83)

⁶⁴ Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

3 Die Partnerschaften für Demokratie im Kontext des Krieges gegen die Ukraine

In aller Kürze

Das folgende Kapitel (3) gibt einen vertieften Überblick zu den Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie hinsichtlich der Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in ihren Förderregionen. Nach einem Einstieg zu ihren Zielstellungen (3.1.) folgt die Darstellung der Maßnahmen, mit denen die Ziele erreicht werden sollen (3.2.). Diese werden in drei Arbeitsbereiche unterteilt (Integration und Ersthilfe, Bearbeitung von Konfliktlagen, Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung). Das Kapitel schließt mit einem Blick auf positive Situationsveränderungen und Einschätzungen der Koordinator*innen über den Beitrag, den die Partnerschaften dazu leisten würden.

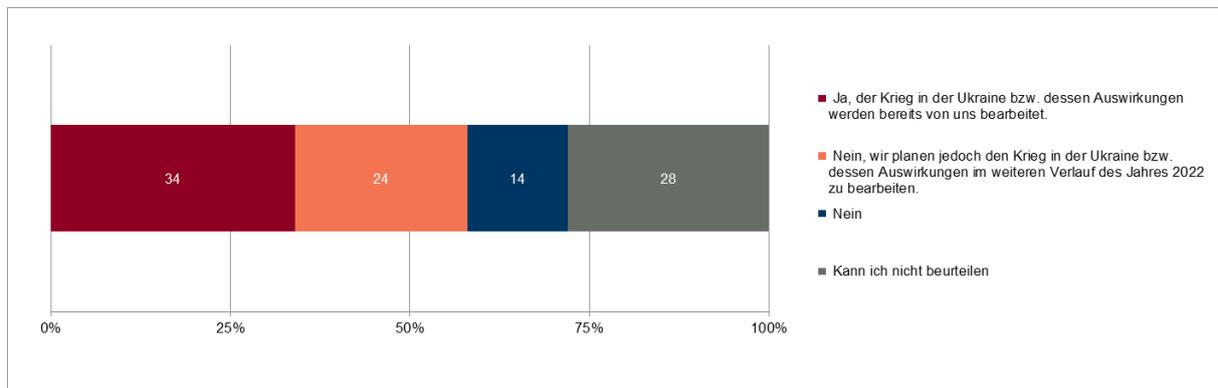
Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus – die altbekannten Herausforderungen bleiben virulent und entfalten auch weiterhin einen hohen Handlungsdruck in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind zugleich deutlich wahrnehmbar und drücken sich insbesondere in Berlin sowie den Landkreisen der östlichen Bundesländer u.a. in einem Handlungsdruck bezüglich der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl aus. Dennoch wurden zum Erhebungszeitpunkt (noch) keine umfassend demokratiegefährdenden Entwicklungen bzw. ein Kippen der Stimmung in der breiten Bevölkerung wahrgenommen. Vielmehr zeichnet sich eine hohe Unterstützungsbereitschaft und umfassendes bürgerschaftliches Engagement ab. In der Konsequenz ist eine Aufgabe der etablierten Kernarbeitsschwerpunkte der Partnerschaften zugunsten der Folgen des Angriffskrieges kaum angezeigt. Dennoch bilden sich u.a. mit der hohen Belastung der Zivilgesellschaft in Folge von Flucht und Zuzug, der Stärkung einer Willkommenskultur bzw. der Prävention möglicher Konflikte spezifische Problemstellungen heraus, die in das klassische Aufgabenprofil der Partnerschaften fallen. Dabei sind diese – das hat die Vergangenheit gezeigt – dazu in der Lage flexibel auf Situationsveränderungen einzugehen und ihr Themenspektrum zu erweitern.

Die Auswirkungen des Krieges werden in den Partnerschaften vielfach und vielfältig bearbeitet

Die Mehrheit der Partnerschaften für Demokratie hatte sich zum Befragungszeitpunkt im Sommer den Auswirkungen des Krieges zugewendet und diese entweder bereits bearbeitet oder vorgesehen, dies noch im weiteren Verlauf des Jahres 2022 zu tun (58 %, 195 von 338) (vgl. Abb. 7).⁶⁵

⁶⁵ Über alle Partnerschaften hinweg geben 34 % (115 von 338) der Koordinator*innen an, dass die Auswirkungen des Angriffskrieges zum Zeitpunkt der Befragung im Rahmen ihrer Arbeit bereits bearbeitet wurden oder aktuell bearbeitet werden. Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

Abbildung 7: Bearbeitung der kommunalen Kriegsauswirkungen im Rahmen der Partnerschaften⁶⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Dabei zeichnen sich in der Bearbeitung des Themas zugleich regionale Unterschiede ab. So fällt auf, dass in den Partnerschaften für Demokratie der östlichen Bundesländern proportional häufiger bereits zum Befragungszeitpunkt im Juli/August 2022 der Krieg gegen die Ukraine bearbeitet wird (40 %, 43 von 107) als in den westlichen Bundesländern (31 %, 66 von 210).⁶⁷ Diese Unterschiede spannen sich besonders zwischen Landkreisen in den östlichen Bundesländern (41 %, 25 von 61) und Kommunen in den westlichen Bundesländern auf (30 %, 39 von 129), in denen sich die dort ansässigen Partnerschaften jeweils über- bzw. unterproportional häufig bereits mit den Kriegsauswirkungen beschäftigen.⁶⁸ Hat dies auch mit dem bereits im vorangegangenen Kapitel beschriebenen, wahrgenommenen Problemdruck hinsichtlich gesellschaftlicher Vielfaltgestaltung und Flucht und dessen regionaler Verteilung zu tun, so liegt die besondere Aufmerksamkeit und Dringlichkeit, mit der die Partnerschaften den Ukraine-Krieg in den neuen Bundesländern bearbeiten, aber auch an der regionalen Nähe zu den Kriegsgebieten.⁶⁹

„Also es sind sehr viele Leute in die Region gekommen. Das ist natürlich auch durch die direkte Grenznähe und über Polen zu flüchten war dann natürlich ja, also kam man hier einfach, nicht automatisch, aber auch vorbei oder hier an. Und es gab ein sehr, sehr, sehr starkes Engagement der Zivilgesellschaft.“ (Ukr8_57)

Die Aufstockungsmittel wurden vor allem für die Förderung der Teilhabe und Integration von Geflüchteten verwendet

Um die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie u.a. bei der Bearbeitung der Auswirkungen des Angriffskrieges zu unterstützen, wurden im Frühjahr 2022 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, welche

⁶⁶ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

⁶⁷ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

⁶⁸ Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

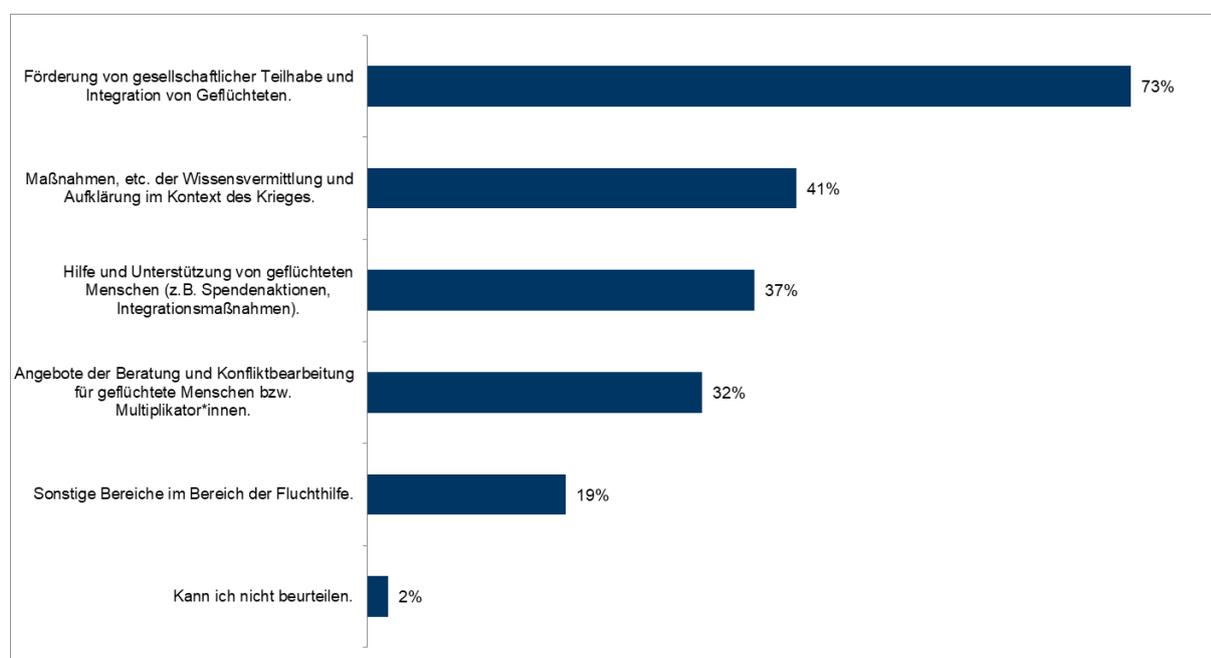
⁶⁹ Vgl. zu der aktuellen Verteilung (Stand Nov. 2022) von Geflüchteten nach Bundesländern Mediendienst Integration 2022a.

die Partnerschaften für Demokratie als themenfokussierte Aufstockung ihrer regulären Mittelzuweisung nutzen konnten. Insgesamt geben 35 % (119 von 338) der Koordinator*innen zum Befragungszeitpunkt an, diese Mittel bereits in Anspruch genommen zu haben.⁷⁰

„Also es wurde ja schon ein Topf, eine Aufstockung in Höhe von maximal 20.000 Euro angeboten. Das haben wir auch angenommen tatsächlich, weil eben so viele Ideen da in dem Themenkomplex waren, der da angeboten wurde, ob es jetzt Frauenfeindlichkeit, Mehrfachdiskriminierung oder der Ukrainekrieg war. Also das war wirklich schon sehr, sehr hilfreich.“ (Ukr14_82)

Auf die Frage nach dem geplanten Einsatz der Aufstockung in Bezug auf den Ukrainekrieg wurde am häufigsten die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Geflüchteten zurückgemeldet. Auch Maßnahmen der Wissensvermittlung und Aufklärung im Kontext des Krieges sowie zur Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen werden als geplante Einsatzbereiche von den Koordinator*innen genannt (vgl. Abb. 8).⁷¹

Abbildung 8: Thematische Schwerpunktsetzung bei der Verwendung der Aufstockungsmittel⁷²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

In ostdeutschen Kommunen geben die betreffenden Koordinator*innen vergleichsweise häufiger an, diese Mittel schon zum Befragungszeitpunkt zu verwenden (42 %, 19 von 45, insg.

70 Vgl. Tabelle 60 im Anhang. Hierzu muss ergänzt werden, dass auf punktuelle Rückfrage ausgewählte Koordinator*innen zurückgemeldet haben, dass die Mittel zum Befragungszeitpunkt noch nicht vorlagen. Dadurch kann es zu Verschiebungen in den absoluten Zahlen kommen zwischen den Partnerschaften, die die Aufstockungsmittel im Jahr 2022 in Anspruch genommen haben, und denen, die dies bereits in der Befragung angegeben haben.

71 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

72 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

35 %, 119 von 338).⁷³ In den qualitativen Interviews wird von den Koordinator*innen betont, dass besonders die flexible und schnelle Nutzung der Mittel in der akuten Krisensituation sehr hilfreich und wichtig war. Diese Flexibilität drückt sich auch in den konkreten, aus Aufstockungsmitteln finanzierten Projekten aus, die von der antirassistischen Multiplikator*innen-Schulung über die Finanzierung eines selbstorganisierten Projektraums für Ukrainer*innen bis hin zur Umsetzung eines großen interkulturellen Festivals reichen.

Der Nichtabruf von Aufstockungsmitteln begründet sich maßgeblich mit anderen thematischen Schwerpunkten, bereits ausgelasteten Engagementstrukturen und bürokratischem Aufwand

Die Mehrheit der Partnerschaften (57 %, 194 von 338) indes geben an, die Aufstockungsmittel nicht in Anspruch zu nehmen.⁷⁴ Diese Entscheidung wird überwiegend (48 %, 93 von 194) damit begründet, dass keine direkte Verwendungsmöglichkeit für diese Mittel im Rahmen der eigenen Arbeit gegeben sei. Der Verzicht auf eine Inanspruchnahme der Mittel wird auch durch einen anderen thematischen Fokus der Partnerschaft begründet (27 %, 53 von 194), von über einem Viertel der Koordinator*innen aber mit dem hohen bürokratischen Aufwand (28 %, 55 von 194).⁷⁵ Dabei sind es in Teilen auch nicht ausgeschöpfte, reguläre Projektmittel, die die Inanspruchnahme der Aufstockung verhindert haben, weil vor Ort etwa durch zivilgesellschaftliche Überlastungserscheinungen oder schlicht zu wenig ehrenamtliches Personal keine weiteren Möglichkeiten der Engagementförderung mehr vorhanden sind.

„Es war aber auch so, weil es ging ja auch darum bei Ihren Fragen, warum wir jetzt diese Zusatzmittel nicht abgerufen haben. Und genau der Punkt war das. Also erstens sind unsere normalen Mittel/ waren nie voll ausgeschöpft. Wir sind zwar jetzt bei einer guten Ausschöpfung bei ungefähr, also auf jeden Fall über 80 Prozent. Ich glaube, es sind 85/87 Prozent. XXX [Name einer Person der kommunalen Integrationsstelle, Anm. d. Verf.] hat aber auch zurückgemeldet, alleine wenn er Ideen gehabt hätte oder etwas machen hätte wollen, er hätte niemanden, der es durchführen kann.“ (Ukr13_25)

Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass die Aufstockungsmittel sehr spezifisch und zielgenau abgerufen worden sind und so ihren Sinn erfüllen. Die fokussierte Verwendung der Aufstockungsmittel spiegelt dabei die thematischen Relevanzsetzungen. Die beiden folgenden Unterkapitel haben die Aufgaben, diese Schwerpunktsetzungen in den adressierten Vorhaben und umgesetzten Maßnahmen detaillierter in den Blick zu nehmen.

73 Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

74 Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

75 Vgl. Tabelle 61 im Anhang.

3.1 Zielstellungen

Wie in der wissenschaftlichen Begleitung über die letzten Jahre deutlich geworden ist, verfügen die Partnerschaften für Demokratie in ihrer Gesamtheit über ein breites Handlungsrepertoire der Stärkung von Demokratie und Vielfalt in dem weiten Spektrum zwischen der „Aneignung von Demokratie“ und der „Abwehr antidemokratischer Gefährdungen“. ⁷⁶ Dabei können die Partnerschaften als kommunale Arrangements der Vernetzung von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung auf der Grundlage ihrer etablierten Strukturen sowohl längerfristige Veränderungsprozesse anstoßen als auch auf akute Krisen schnell und kontextadäquat reagieren. Sie tun dies in ihrer Gesamtheit mit einem vielschichtigen Katalog von Zielen, die je nach lokalen Kontext nicht nur gewichtet adressiert, sondern auch inhaltlich angepasst werden. Trifft dies grundsätzlich auf die Partnerschaften als Akteur*innen der kommunalen Demokratieförderung zu, so bildet sich dieses breite Programm auch in der Bearbeitung der aktuellen Kriegsfolgen ab. Im Folgenden wird im Fokus stehen, welche konkreten Ziele sich die Partnerschaften bezüglich der kommunalen Kriegseffekte und vor dem Hintergrund der im vorangegangenen Kapitel explizierten Herausforderungen setzen.

Die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit verfolgen in der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Krieges in ihren Förderregionen ein multidirektionales Programm von Zielen auf dem Spektrum zwischen Aneignung von Demokratie und Abwehr demokratiefeindlicher Gefährdungen

Auf der Grundlage von Einsichten aus der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie in den vergangenen Jahren und Förderperioden, einer umfassenden Desktoprecherche, der bereits erwähnten Kurzbefragung der Koordinierungs- und Fachstellen im April/Mai 2022, einer Validierung und Einordnung der dortigen Ergebnisse durch die Partnerschaften und einer Reihe von explorativen Interviews – siehe dazu ausführlicher das Kapitel zur methodischen Herangehensweise im Anhang – konnte ein übergreifender Katalog von Zielen herausgearbeitet werden, in denen sich die aktuellen Vorhaben der Partnerschaften in Bezug auf die Auswirkungen des Ukraine-Krieges verdichtet wieder finden (vgl. Abb. 9).

Schon diese erste Übersicht zeigt auf, dass die Partnerschaften sich in ihrer Gesamtheit ein multidirektionales Programm von Zielen vornehmen. Dabei spielen nicht nur die im vorangegangenen Kapitel dargestellten Problemlagen von geflüchtetenfeindlichen Übergriffen und Stimmungslagen eine Rolle, sondern angestrebt wird zugleich auch die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Einbindung von Geflüchteten, die Stärkung der Vielfaltkompetenz von relevanten Akteur*innen in Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung sowie der Willkommens- und Anerkennungskultur sowie die Akzeptanz einer pluralen Gesellschaft in der breiten Bevölkerung. Die Partnerschaften adressieren damit die zwei zu Beginn dieses Kapitels erwähnten Ebenen von Aneignung und Abwehr, die sich zum einen auf die (zivil)gesellschaftli-

76 ISS e.V. 2022, S. 9f.

che Aneignung von Vielfalt, d.h. deren Erfahrbarmachung, Anerkennung und strukturelle Ermöglichung, und zum anderen auf die Abwehr von vielfaltablehnenden Gefährdungen beziehen, d.h. die Sensibilisierung für und die Positionierung gegenüber vielfaltablehnenden Bestrebungen sowie die Überwindung von (strukturellen) Diskriminierungen und Einschränkungen. Dabei setzen sie zugleich auf der individuellen Ebene der Kompetenzentwicklung und Wertevermittlung, auf der kulturellen Ebene der Förderung eines vielfältigen Zusammenlebens und auf der strukturellen Ebene der Überwindung von Benachteiligung und Teilhabeermöglichung an.⁷⁷

Die folgenden Abschnitte nehmen nun in den Blick, welche Ziele die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit aus diesem breiten Handlungsrepertoire besonders häufig adressieren und welche ersten Schlüsse sich daraus ziehen lassen.

Abbildung 9: Übersicht der Zielstellungen der Partnerschaften in der Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in ihren Förderregionen

Mit unserer Partnerschaft möchten wir ...	
... das Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen) stärken.	... die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt) fördern.
... die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen) stärken.	... die Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien) fördern.
... die Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort) fördern.	... die lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten) fördern.
... die Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten) fördern.	... die Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen) fördern.
... das Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten) fördern.	... die Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene) stärken.
... die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion fördern.	... die öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges) fördern.
... die Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen) fördern.	... die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe) fördern.
... die Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung) fördern.	... die Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe fördern.

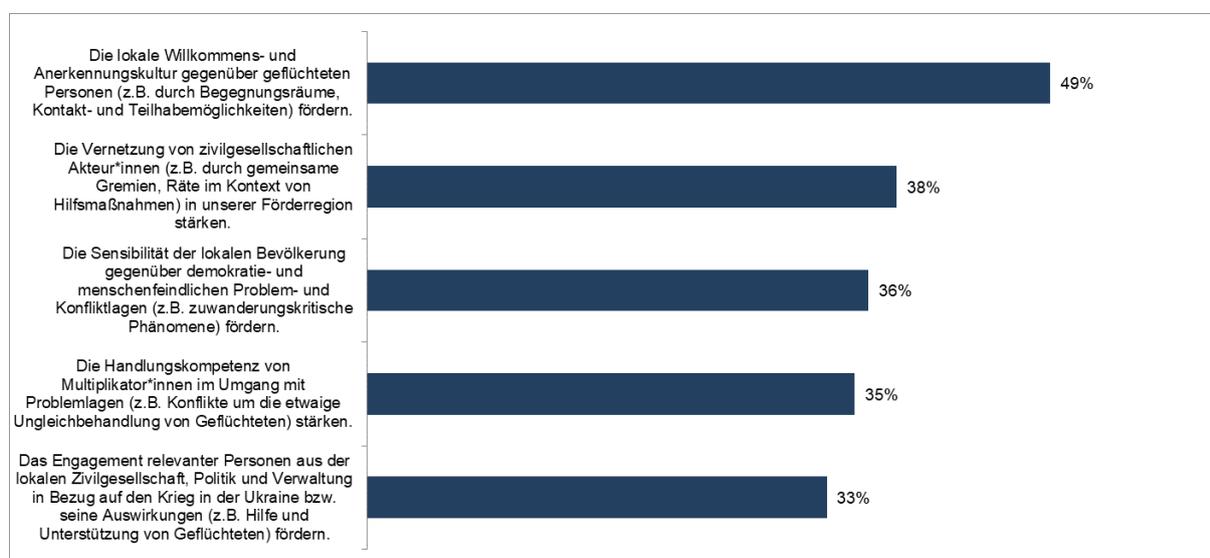
Quelle: Eigene Darstellung

Die Partnerschaften für Demokratie streben an, die Willkommens- und Anerkennungskultur zu fördern und zugleich die Vernetzung und Konfliktkompetenz von Zivilgesellschaft und Bevölkerung zu stärken

77 Vgl. zu diesen grundlegenden Ebenen der Zielstellungen in der Arbeit der Partnerschaften ISS e.V. 2022, S. 7ff.

Drei zentrale Zielstellungsbereiche der Partnerschaften für Demokratie bezüglich ihrer Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges lassen sich feststellen: Die Partnerschaften adressieren erstens in ihrer Gesamtheit besonders häufig die Förderung der lokalen Willkommens- und Anerkennungskultur (49 %, 165 von 338, vgl. Abb. 10).⁷⁸ Dabei zielen sie etwa mit der Schaffung von lokalen Begegnungsräumen und Kontaktmöglichkeiten, wie speziellen Räumen, Festen oder gemeinsamen Veranstaltungs- oder Freizeitangeboten für verschiedene Bevölkerungsgruppen sowie geflüchtete Menschen auf die Förderung von vielfältigen Interaktionen und eine kulturelle Offenheit im lokalen Raum. Dies soll nicht nur Geflüchteten grundsätzlich das Ankommen in der Gesellschaft erleichtern, sondern auch möglichen Ressentiments auf kommunaler Ebene den Nährboden entziehen.

Abbildung 10: Gewichtung der aktuell am häufigsten adressierten Zielstellungen der Partnerschaften⁷⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Angesichts dieser Spannungen im Kontext gesellschaftlicher Vielfalt und Zuwanderung fokussieren die Partnerschaften als Ziel zweitens die Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (36 %, 121 von 338).⁸⁰ Um dies zu erreichen, adressieren sie insbesondere die Erweiterung von Handlungskompetenzen zivilgesellschaftlicher Multiplikator*innen im Umgang mit lokalen Konfliktlagen, die sich etwa um bestehende Diskriminierungsphänomene oder aktiv vielfaltablehnende Bestrebungen gruppieren können.

Gerade vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten Herausforderungen, die sich vor allem durch die Ankunft von Geflüchteten auf kommunaler Ebene stellen, richten die Partnerschaften entlang ihres lokalen Auftrags drittens ihre Arbeit auf die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen

78 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

79 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

80 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

Akteur*innen aus, um lokale Hilfsmaßnahmen zu koordinieren oder Netzwerkstrukturen aufzubauen, die reaktionsschnell auf lokaler Bedarfe reagieren können (38 %, 129 von 338).⁸¹

Partnerschaften in ostdeutschen Landkreisen streben in besonderem Maße die Stärkung der lokalen Willkommenskultur an

Hierbei werden erneut regionale Unterschiede ersichtlich: Die Koordinator*innen von Partnerschaften in ostdeutschen Landkreisen (aus denen auch durchschnittlich ein höherer Problemdruck in der Ablehnung kultureller Vielfalt gemeldet wird, s. Kapitel 2, und in denen die Auswirkungen des Krieges früher bearbeitet worden sind, s. Kapitel 3) sehen eine besondere Notwendigkeit, die lokale Willkommens- und Anerkennungskultur zu fördern (62 %, 38 von 61; insg. 49 %, 165 von 338) und die öffentliche Positionierung von politischen Akteur*innen in den Blick zu nehmen (25 %, 15 von 61; insg. 16 %, 55 von 338). Dies gilt auch für die Bereitstellung grundständiger Hilfe (26 %, 16 von 61; insg. 15 %, 50 von 338).⁸² Diese verstärkte Adressierung der genannten Ziele kann auch mit den Einschätzungen der befragten Koordinator*innen zu den jeweiligen kommunalen Rahmenbedingungen in ihren Förderregionen in Bezug gesetzt werden⁸³ – dies wird in Kapitel 4 nochmals ausführlicher thematisiert.

3.2 Aktivitäten und Maßnahmen

Vor dem Hintergrund der adressierten Ziele steht nun in Frage, in welchen Bereichen und auf welche Weise es den Partnerschaften gelungen ist, konkrete Maßnahmen umzusetzen und auf die Kriegsfolgen inhaltlich zu reagieren.

Dabei fällt zunächst auf, dass im Gegensatz zu größeren strukturellen Anpassungen die Umsetzung von Einzelmaßnahmen und Initiativen als Mittel gewählt worden ist. Mit strukturellen Veränderungen wie der Anpassung der integrierten Handlungsstrategie (39 %, 75 von 195) oder der Fokussierung des Themas im Rahmen eines eigenständigen Arbeitsschwerpunktes (35 %, 68 von 195) reagieren nur knapp mehr als ein Drittel der Partnerschaften, die die Auswirkungen des Krieges bearbeiten oder planen dies zu tun. Auch hier verdichtet sich die schon eingangs formulierte Erkenntnis, dass viele Partnerschaften zwar die Auswirkungen des Krie-

81 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

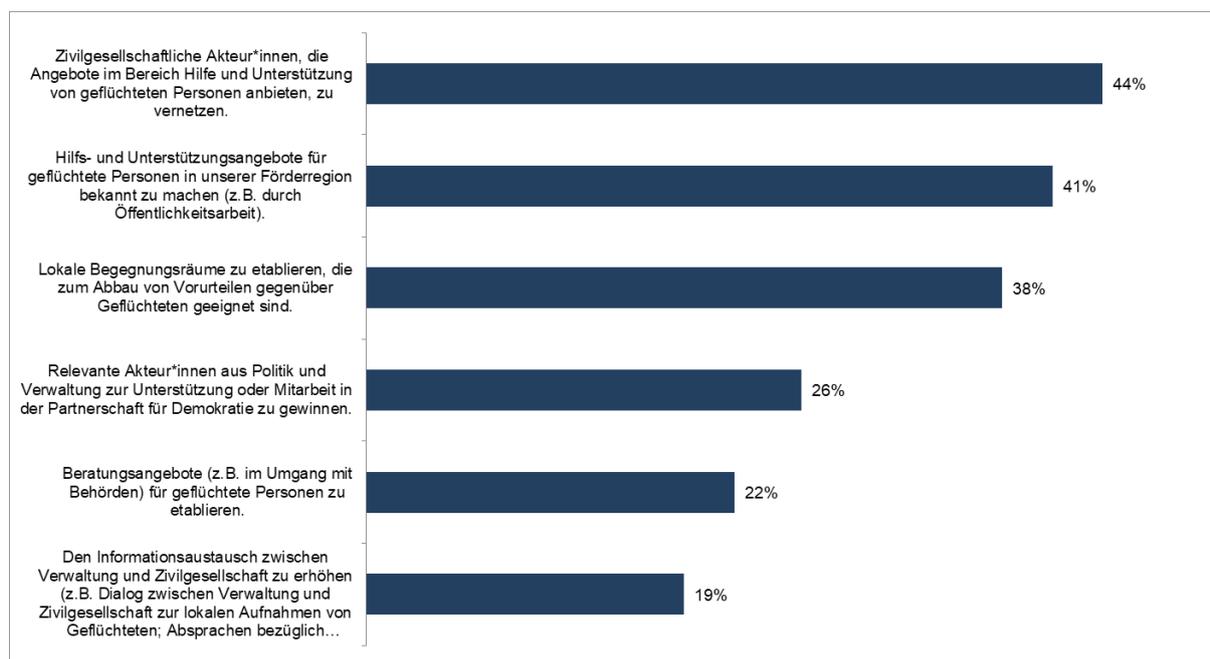
82 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

83 Wie bereits erwähnt wird aus Partnerschaften in den östlichen Bundesländern durchschnittlich nicht nur von stärkeren Überlastungserscheinungen der lokalen Verwaltung sowie zivilgesellschaftlichen Helfer*innen berichtet, sondern auch von stärkeren Belastungen des gesellschaftspolitischen Klimas (Vgl. Tabelle 10 im Anhang). Gleichzeitig sind ihre Förderregionen nach Einschätzung der Koordinator*innen auch weniger gut auf die Auswirkungen des Angriffskrieges vorbereitet (Vgl. Tabelle 40 im Anhang) Vor diesem Hintergrund wenig überraschend adressieren sie nicht nur häufiger Ziele in den Bereichen der Integration und grundständigen Hilfe, sondern fokussieren zugleich auch proportional häufiger Ziele, die sich auf die präventive und direkte Auseinandersetzung mit etwaigen Konfliktlagen ausrichten. Dabei können sie zugleich häufiger an bestehende, interne Strukturen/Erfahrungen anknüpfen, die in den Jahren um 2015 aufgebaut und verfestigt wurden. Auf die förderliche Rolle eigener Strukturen und Erfahrungen in den Bereichen der Vielfaltförderung und Hilfe von geflüchteten Personen bei der Bearbeitung der Auswirkungen des Angriffskrieges wird in Kapitel 4.2 näher eingegangen.

ges zum Gegenstand ihrer Arbeit machen, gleichzeitig aber an bereits bestehenden Themenschwerpunkten weiterarbeiten und keine substantiellen Anpassungen in ihren Strukturen vornehmen.⁸⁴

Auch die zeitliche Dimension ist ein Faktor bei der Auswahl der Maßnahmen. Multiplikator*innen-Schulungen oder zielgerichtete Beratungsangebote benötigen einen größeren zeitlichen Vorlauf als die Organisation von lokalen Begegnungsräumen, Ersthilfemaßnahmen (und deren Anwerbung) oder Netzwerktreffen. Dies spiegelt sich in der Übersicht der bereits zum Befragungszeitraum zwischen Juli und August des Jahres 2022 erfolgreich umgesetzten Maßnahmen bzw. Aktivitäten wider (vgl. Abb. 11).

Abbildung 11: Gewichtung der zum Befragungszeitpunkt Juli/August 2022 am häufigsten bereits erfolgreich umgesetzten Maßnahmen⁸⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Die Partnerschaften für Demokratie sind in ihrer Gesamtheit vor allem in der Vernetzung der Zivilgesellschaft, der Bekanntmachung ihrer Angebote sowie der Ermöglichung von Begegnung aktiv

Am häufigsten geben die Befragten an, dass es ihnen gelungen sei, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu vernetzen, die Angebote im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Personen bereithalten (44 %, 148 von 338), oder lokale Hilfs- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete durch Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit oder Koordination bekannt zu machen (41 %, 139 von 338). Auf paradigmatische Weise wird hier die originäre Aufgabenstellung der Partnerschaften im kommunalen Raum ersichtlich, nämlich die Verknüp-

84 Vgl. Tabelle 25 im Anhang

85 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

fung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und Akteur*innen erfolgreich anzuregen und damit sowohl die Aktivierung und Koordination von Engagementstrukturen vor Ort zu unterstützen. Es zeigt sich hier, dass auch im Handlungsfeld von *Integration und Ersthilfe* für die Partnerschaften nicht die konkrete Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen, sondern eher deren Koordination und Bekanntmachung im Fokus steht. Diese Schwerpunktsetzung lässt sich auch in der häufigen Umsetzung von Maßnahmen erkennen, die sich dem Aufbau von lokalen Begegnungsräumen widmen und damit grundsätzlich auf die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Geflüchtete abzielen, die zugleich vielfaltablehnenden Ressentiments entgegenwirken soll (38 %, 129 von 338).⁸⁶ Nicht nur sollen hier in der Bevölkerung die Akzeptanz und zugleich individuelle *Kompetenzen* im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt erlernt, sondern auch ressentimentgeladenen *Konflikten* entgentreten werden, die sich besonders im sozialen Verteilungs- und Zuwanderungsfragen entspinnen können.⁸⁷

Auf der Grundlage der vorgestellten Zielstellungen und umgesetzten Maßnahmen der Partnerschaften können nun drei zentrale Schwerpunkte benannt werden, nach denen sich die aktuelle Arbeit der Partnerschaften in Reaktion auf den Krieg in der Ukraine gruppieren lassen (vgl. Abb. 12).

Die Partnerschaften engagieren sich:

- *Erstens* in der Förderung der Integration und grundständigen Hilfe geflüchteter Personen: Darunter fallen Ziele und Maßnahmen, die zum einen die Einbindung und Teilhabe geflüchteter Personen in die lokale Bevölkerung und Zivilgesellschaft vor Ort anvisierten und zum anderen die Bereitstellung von Ressourcen bzw. deren Koordination in den Blick nehmen, die es Geflüchteten ermöglichen, ihren Alltag bedarfsgerecht zu gestalten.
- *Zweitens* in der Bearbeitung lokaler Konfliktlagen in Bezug auf demokratie- und menschenfeindliche Positionen und Akteur*innen: Ziele und Aktivitäten in diesem Bereich bewegen sich zwischen Vorhaben, die auf das aktive Eingreifen in und die intervenierende Bearbeitung von lokal bestehenden Konfliktlagen abzielen, und solchen, die auf die Sensibilisierung gegenüber vielfaltablehnenden Phänomenen und die Überwindung von bestehenden Diskriminierungen fokussiert sind.
- *Drittens* in der Stärkung der Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung von relevanten Akteur*innen: Dieser Bereich umfasst Vorhaben und Maßnahmen, die auf das Vermitteln von Wissen und praxisrelevanten Kompetenzen sowohl in Politik und Verwaltung als auch für zivilgesellschaftliche Multiplikator*innen und die breite Bevölkerung abheben, die für die kontextadäquate Bearbeitung Auswirkungen des Krieges zentral sind.

⁸⁶ Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

⁸⁷ Hat sich schon in der Adressierung von Zielen gezeigt, dass die Partnerschaften in den neuen Bundesländern sich hinsichtlich der Bearbeitung der aktuellen Kriegsfolgen mehr vornehmen, so findet sich dieses Muster auch in ihren Aktivitäten wieder. Das gilt insbesondere für ostdeutschen Landkreise, in denen die Partnerschaften gerade bei der Schaffung von lokalen Begegnungsstätten (48 %, 29 von 61; insg. 38 %, 129 von 338), bei der zeitnahen Umsetzung von adäquaten Formaten, die die Situationskenntnis von Politik und Zivilgesellschaft zu den aktuellen Herausforderungen erhöhen sollen (30 %, 18 von 61; insg. 17 %, 57 von 338), beim Aufbau von festen Kooperationsstrukturen von Zivilgesellschaft zu örtlichen Behörden (25 %, 15 von 61; insg. 16 %, 54 von 338) und bei der Bekanntmachung von lokalen Hilfsangeboten für Geflüchtete (49 %, 30 von 61; insg. 41 %, 139 von 338) angeben, dass es ihnen in diesen Bereichen gelungen ist, erfolgreich Aktivitäten durchzuführen. Vgl. hierzu Tabelle 28 im Anhang.

Abbildung 12: Thematische Schwerpunkte in den Zielstellungen der Partnerschaften bezüglich der Auswirkungen des Krieges in ihren Förderregionen



Quelle: Eigene Darstellung

Diese drei Schwerpunkte der Arbeit der Partnerschaften in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine werden in den folgenden Abschnitten im Hinblick auf aktuell umgesetzte Maßnahmen nochmals vertieft und an Praxisbeispielen kurz illustriert.

3.2.1 Arbeitsbereich: Integration und Ersthilfe für Geflüchtete

Der Arbeitsbereich der Integration und Ersthilfe für Geflüchtete umfasst sowohl Aufgaben in der Erstversorgung und -orientierung als auch die darauffolgenden mittel- bis langfristige Integration in die Gesellschaft und ihre Teilhabestrukturen. Bereits im Kontext des zahlenmäßig starken Zuzugs von Kriegsgeflüchteten in den Jahren um 2015 hat sich deutlich gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement hierbei eine zentrale Funktion erfüllt, wenngleich die Kernaufgaben genuin bei den Kommunen und anderen staatlichen Institutionen liegen.⁸⁸ Wie damals sind auch in der aktuellen Lage zahlreiche zivilgesellschaftliche Helfer*innen aktiv geworden, um den Geflüchteten ihr Ankommen zu erleichtern.⁸⁹ Vor diesem Hintergrund engagieren sich auch die Partnerschaften für Demokratie sowohl in der Organisation und Koordination von Ersthilfemaßnahmen, wie auch in der langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe von Geflüchteten und deren „struktureller Integration“⁹⁰ in die gesellschaftlichen Teilsysteme wie den Arbeitsmarkt und die Bildungsinstitutionen.

Während den Partnerschaften qua Förderauftrag bei der Erstversorgung von Geflüchteten vor allem eine vernetzende und koordinierende Rolle zukommt, wird die Ermöglichung von Integration und Teilhabe von ihnen über demokratie- und vielfaltfördernde Projekte angestoßen, etwa indem Formate des Zusammenkommens etabliert oder Veranstaltungen/Beratungen angeboten werden, die für strukturelle Benachteiligungen sensibilisieren sollen.

⁸⁸ Vgl. Bohn/Alicke 2016, S. 53ff

⁸⁹ Vgl. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt 2022.

⁹⁰ Vgl. Heckmann 2022.

Niedrigschwellige Begegnungen schaffen und Teilhabe am gesellschaftlichen Alltag ermöglichen

Dieser Eindruck verfestigt sich auch in den Angaben des Monitorings, geben die Vertreter*innen der Partnerschaften doch deutlich am häufigsten an, im Bereich der Ersthilfe und Integration Angebote der Freizeitgestaltung umzusetzen (45 %, 152 von 338),⁹¹ die auf die niedrigschwellige Einbindung von Geflüchteten und zugleich den Kontakt zwischen der lokalen Bevölkerung und den neu zugewanderten Menschen setzen. In den Interviews wird oft von „Begegnungscafés“ und von der Organisation von Stadtfesten gesprochen, die ukrainischen Geflüchteten die Möglichkeit geben soll zusammenzukommen oder aber auch die Gelegenheit schafft mit Geflüchteten aus anderen Ländern und Ortsansässigen in Austausch zu treten.⁹² Erst mit großem Abstand folgen Aktivitäten, die auf die Integration in den Bildungsbereich (17 %, 56 von 338) oder die Ermöglichung von Kinderbetreuung für Geflüchtete abzielen (15 %, 51 von 338).⁹³

Partnerschaften übernehmen vorrangig Koordinationsfunktionen im Handlungsfeld der Geflüchtetenhilfe, müssen aber in Einzelfällen auch direkte Hilfe leisten und organisieren

Alle bisher genannten Maßnahmen fallen in den Bereich der strukturellen Integration von Geflüchteten. Auch förderlogisch bedingt übernehmen die Partnerschaften für Demokratie bezüglich der Ersthilfe vor allem organisierenden Aufgaben, indem von ihnen zivilgesellschaftliche Akteur*innen vernetzt oder entsprechende Angebote bekannt gemacht werden. Hier fungieren die Partnerschaften, wie auch in den qualitativen Interviews betont wird, als koordinierende Schnittstelle der lokalen Hilfemaßnahmen vor Ort.⁹⁴ In den quantitativen Daten zeigt sich aber auch, dass die Partnerschaften über diese Koordination von zivilgesellschaftlichen Angeboten hinaus in Einzelfällen auch direkt in die Durchführung von Ersthilfemaßnahmen einsteigen müssen, wenn etwa die kommunalen Akteur*innen und Institutionen nicht in ausreichendem

91 Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

92 In diesen Bereich fällt bspw. auch die Einrichtung einer Website, die darauf abzielt, über die Abfrage von Bedarfen von geflüchteten Menschen aus der Ukraine zur Sichtbarkeit bestehender Problemlagen beizutragen und damit die Vernetzung und das Empowerment zu fördern: *„Und was wir jetzt schon seit Längerem haben, ist ein Projekt, wo eine Webseite entwickelt wird, die letzten Endes dazu dienen soll, Anliegen von geflüchteten Menschen erst mal überhaupt abzufragen und zu klären, welche Bedarfe gibt es da oder für die Zukunft Zusammenkünfte zu organisieren. Also einerseits so ein bisschen so diese Selbstorganisation, Empowerment so ein bisschen. Aber auch noch mal irgendwie verschiedene Bubbles ein bisschen zusammenzubringen. Und die war eigentlich ausgelegt gewesen für Leute aus Syrien und Afghanistan. Und soll jetzt aber noch erweitert werden, dass es da entsprechend auch ukrainische Informationen geben soll. Und da noch mal so stärker für eine Vernetzung sorgen soll.“* (Ukr10_61).

93 Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

94 Vgl. dazu auch den folgenden Abschnitt aus dem qualitativen Sample: *„Ja, also wir dienen in erster Linie da als Knotenpunkt quasi, so um Ideen/ also Probleme natürlich zu erkennen und diese Ideen dann quasi weiterzugeben an unsere Vereine und Organisationen, die sich in erster Linie um die Sachen kümmern möchten und auf der anderen Seite auch nicht überall sein können, das heißt, diese Probleme erst gar nicht oder zu spät meistens erst sehen. Und wir sind daher als Nabe des Rades quasi hier in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] dann doch so ein bisschen die Vermittler oder irgendwie eher Knotenpunkt der ganzen Sachen und vermitteln das halt quasi weiter.“* (Ukr14_48).

Maße auf die lokalen Bedarfe reagieren (können).⁹⁵ Auch in den qualitativen Interviews bestätigt sich dieser Eindruck, dass Partnerschaften in solchen Kontexten – ermöglicht auch durch ihre Flexibilität – in Teilen als Ersatzakteur*innen einspringen (müssen).

„Das liegt vielleicht gar nicht mal so an dem Willen der Mitarbeitenden, sondern viel mehr an den Systemstrukturen, die einfach da sind, je nachdem. Und die letztendliche Aussage hat mich dann noch mehr schockiert – Ja, na, Sie müssen an sich alle Kindergärten einzeln abtelefonieren und nachfragen, ob da ein Platz frei ist. Wo ich gedacht habe, das ist jetzt nicht Ihr Ernst. Wie sollen das bitteschön die Geflüchteten machen? [...] Und es gibt ja niemanden erst mal Strukturelles, also es gibt ja keine Struktur, also niemand in der Verwaltung erklärt sich bereit, das zu tun, sondern das haben wir dann wieder gemacht, so an der Stelle [...]. Also wir haben wirklich Jobs übernommen teilweise, wo ich gesagt habe: Leute, ist eigentlich euer Job.“ (Ukr18_101)

3.2.2 Arbeitsbereich: Bearbeitung demokratie- und vielfaltablehnender Konfliktlagen

Der Arbeitsbereich der Konfliktbearbeitung umfasst Maßnahmen zur Prävention und Eindämmung kommunaler Konflikte, die sich auf die Kriegsfolgen beziehen. Insbesondere werden hierbei Ressentiments bearbeitet. Laut der aktuellen Leipziger Autoritarismusstudie ist in der deutschen Bevölkerung ein deutliches Misstrauen gegenüber Russ*innen oder Ukrainer*innen feststellbar.⁹⁶ Ebenso ist die Ungleichbehandlung von Geflüchteten ein Konfliktthema, dass auch zwischen Geflüchtetengruppen für Spannungen sorgt.⁹⁷ Besonders an Orten wie der Schule, in der Geflüchtete unterschiedlicher Herkunft aufeinandertreffen, kann sich die aus der Ungleichbehandlung folgende Neiddebatte in Anfeindungen äußern.⁹⁸ Der Arbeitsbereich der Konfliktbearbeitung zielt dementsprechend darauf ab, Ressentiment entgegenzuarbeiten, Ungleichbehandlung zu adressieren und Konfliktpotentiale zwischen Gruppen über Begegnungsformate zu entschärfen.

Mediationsformate zwischen Konfliktgruppen werden eher selten angeboten. Konfliktprävention findet mehrheitlich über Begegnungsformate statt

Maßnahmen für eine Beilegung möglicher Konfliktlagen im Hinblick auf die Unterbringung von Geflüchteten (8 %, 27 von 338), zwischen geflüchteten Menschen und vielfaltsablehnenden Gruppen (11 %, 36 von 338), zwischen unterschiedlichen Gruppen geflüchteter Menschen (7 %, 25 von 338), zwischen geflüchteten Menschen und Menschen aus sozial schlechter gestellten Schichten (11 %, 37 von 338), z.B. über Mediationsangebote wurden im Rahmen der

95 Am häufigsten geben die Befragten an, Projekte umzusetzen, die sich auf die Organisation von Sach- und Kleiderspenden (14 %, 48) oder die Vermittlung von Sprachkursen (14 %, 48 von 338) beziehen. Gerade wenn es um die Frage von Wohnen und Unterbringung (7 %, 23 von 338) oder gar die medizinische Versorgung geht (2 %, 7 von 338), setzen die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit kaum Maßnahmen um. Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

96 Vgl. Decker et al. 2022c.

97 Vgl. MDR 2022 und Kapitel 2.2. des vorliegenden Berichts.

98 Vgl. Kuhn 2022.

Partnerschaften für Demokratie insgesamt eher selten umgesetzt.⁹⁹ In über der Hälfte der Partnerschaften (54 %, 183 von 338) wurde dagegen die basale Schaffung von Begegnungsräumen oder anderen Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zwischen unterschiedlichen Gruppierungen (z.B. von geflüchteten und ortsansässigen Menschen) realisiert.¹⁰⁰ Eine Form der Begegnung kann dabei die Umsetzung eines gemeinsamen Projektes darstellen. Die Zusammenarbeit in Projekten kann auch Personen, die andere Wertvorstellungen haben, zusammenbringen und somit für die Beteiligten die Möglichkeiten eröffnen, nicht nur die Differenz des Anderen zu sehen, sondern Gemeinsamkeiten kennenzulernen. Wie ein solcher Fall aussehen kann, wird in einem Interview beschrieben.

„Also zum Beispiel in diesem Dörfchen, [...] im Zuge der Corona-Krise waren die Leute untereinander auch massiv verstritten. Also da gab es eben die Befürworter und dagegen, wie auch immer, und die dann miteinander nicht mehr reden wollten, wo aber dieses Projekt jetzt, sage ich mal, dazu geführt hat, dass die erst mal wieder zusammenkommen und eine Bank zusammen schrauben sage ich mal, und mal wieder merken okay, wir haben auch gemeinsame Interessen und können etwas gemeinsam tun.“ (Ukr12_173)

Praxisbeispiele für Begegnungsformate und Maßnahmen zwischen Geflüchteten und Ansässigen wurden bereits im vorangegangenen Kapitel unter dem Arbeitsbereich der Geflüchtetenhilfe und Integration kurz skizziert. Konfliktprävention und Integration gehen in diesen Begegnungsformaten Hand in Hand: Zwei Koordinator*innen berichteten von einer Schule, an welcher nach der Einschulung ukrainischer Kinder Konflikte mit geflüchteten Kindern anderer Herkunft entbrannten, worauf mit Unterstützung der Partnerschaft reagiert wurde.

„Da machen wir jetzt in Form von Projekttagen, zwei Projekttagen mit acht Workshops unterschiedlichster Art, zur Integration, zum Kennenlernen, zum Austausch, für das gegenseitige Verständnis und die Erkenntnis, Fluchterfahrungen haben alle. Also wir greifen da schon ein.“ (Ukr15_23)

Zur Konfliktprävention wird auch auf das Empowerment von Geflüchteten gesetzt

Ein Drittel aller Partnerschaften für Demokratie setzt auf Maßnahmen, die auf das Empowerment geflüchteter Personen abzielen (32 %, 108 von 338).¹⁰¹ Die Gründung und Weiterentwicklung von Selbstorganisationen von Geflüchteten unterstützen die Maßnahmen jeder fünften Partnerschaft (21 %, 70 von 338).¹⁰²

„Und der andere Fokus durch zwei größere Projekte ist auf jeden Fall Empowerment von Geflüchteten. Und da ist einerseits durch natürlich die Geflüchtetenankunftswelle von 2015, im Nachgang war das dann vorrangig von Menschen, die aus Syrien und Libyen und also Nordafrika kommen im weitesten Sinne, obwohl es nicht nur so ist. Es sind auch Personen aus, keine Ahnung, Südamerika

99 Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

100 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

101 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

102 Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

*und so da und jetzt aber auch dieses Jahr frisch die Geflüchteten aus der Ukraine. [...] Mit diesen Aufstockungsmöglichkeiten haben wir da den Fokus daraufgelegt, einen Treff für Ukrainer*innen zu unterstützen und deswegen so, genau, der Support.“ (Ukr8_9)*

Wie durch den*die Koordinator*in angedeutet, können Menschen in geteilten prekären Lebenslagen über Strukturen des Austauschs gestärkt werden. Damit soll der Vereinzelung marginalisierter Personen entgegengewirkt und ihre Stimmen hörbarer gemacht werden.

Diskriminierungen von Geflüchteten wird insbesondere durch Sensibilisierungsworkshops entgegengewirkt

In einem Drittel der Partnerschaft werden Maßnahmen im Arbeitsbereich der Konfliktbearbeitung- und -prävention in Form von Workshops organisiert (32 %, 109 von 338), die der Förderung subjektiver Diskurs- und Handlungskompetenzen dienen (z.B. zu interkulturellen Kompetenzen oder Argumentationstrainings).¹⁰³

Gerade die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen kann dabei helfen, rassistische Ressentiments zu bearbeiten. Dementsprechendes Verhalten vonseiten der Ehrenamtlichen, etwa durch diskriminierendes Sprechen, kann in Workshop gezielt adressiert werden.

*„Workshop für Ehrenamtliche, wo es auch um das Thema diskriminierungsfreie Sprache geht, sodass man da auch/ Also weil das sich halt auch gezeigt hat, also gemäß städtischen Kolleg*innen, die mir das zurückgespielt haben, dass es da halt auch öfter mal Seitens von Ehrenamtlichen primär verbal übergriffiges Verhalten einfach gibt im Umgang mit Geflüchteten.“ (Ukr16_81)*

Im Gegensatz zu solchen Sensibilisierungsworkshops werden Maßnahmen, die sich gezielt für die Überwindung von Formen der institutionellen Benachteiligung (z.B. rechtlich, politisch) von geflüchteten Personen einsetzen, in den Partnerschaften eher selten (16 %, 53 von 338) umgesetzt.¹⁰⁴

3.2.3 Arbeitsbereich: Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung

Dieser Arbeitsbereich umfasst Vorhaben, die auf das Vermitteln von Wissen und praxisrelevanten Kompetenzen sowohl in Politik und Verwaltung als auch für zivilgesellschaftliche Multiplikator*innen und die breite Bevölkerung abheben, die für die kontextadäquate Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges zentral sind.¹⁰⁵

103 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

104 Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

105 Dieser Bereich umfasst folgende Ziele: Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen); Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in ihrer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen); Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bzgl. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort); Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten).

Von den zugehörigen Zielstellungen adressieren die Partnerschaften dabei vor allem die Vermittlung von Handlungskompetenzen an Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (35 %, 119 von 338), sowie die Verbesserung der Situationskenntnis relevanter Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen (20 %, 69 von 338).¹⁰⁶ In einem Drittel der Partnerschaften werden Veranstaltungen (z.B. Diskussions- oder Informationsveranstaltungen) durchgeführt, die der Aufklärung (z.B. über Verschwörungserzählungen oder die Hintergründe von Krieg und Flucht) gewidmet sind (35 %, 118 von 338).¹⁰⁷

Im Monitoring wurde – um die Inhalte konkreter zu eruieren – bezüglich der Angebote zur Wissensvermittlung und Sensibilisierung im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine nach deren Themensetzungen gefragt. Die Partnerschaften setzen hierbei insgesamt betrachtet drei Schwerpunkte: Am häufigsten werden Veranstaltungen zur lokalen Aufnahme von Geflüchteten (15 %, 51 von 338) angeboten bzw. solche für die Geflüchteten selbst (17 %, 59 von 338). Die Hintergründe und der Verlauf des Angriffskrieges sowie russische Desinformationen und Verschwörungsnarrative werden etwas weniger häufig adressiert.¹⁰⁸ Da Beratungs- und Informationsangebote zur Aufnahme von Geflüchteten bereits in den Ausführungen zu den Arbeitsbereichen der Integration und Ersthilfe für Geflüchtete und der Konfliktbearbeitung behandelt worden sind, konzentriert sich der folgende Abschnitt auf die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie bezüglich Verschwörungsnarrativen.

Auf Desinformation und Verschwörungsnarrative reagieren die Partnerschaften für Demokratie mit einer Vielfalt von Aufklärungsaktivitäten

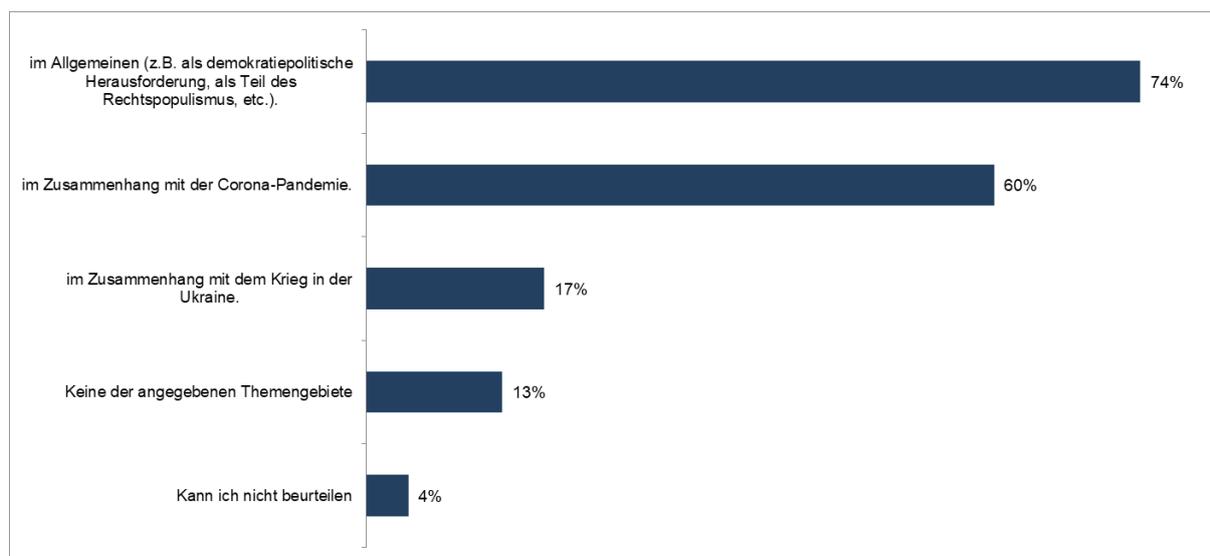
Von den Partnerschaften für Demokratie werden nicht nur Verschwörungsnarrative bearbeitet, die sich auf den Krieg gegen die Ukraine beziehen, sondern in sehr viel stärkerem Ausmaß – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im Juli – solche mit Corona-Bezug. Drei Viertel der Partnerschaften setzen sich in ihrer Arbeit mit der Verschwörungsmentalität im Allgemeinen explizit auseinander und bieten dazu Veranstaltungen zur Wissens- und Kompetenzvermittlung an.

106 Vgl. Tabelle 27 im Anhang.

107 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

108 Vgl. Tabelle 33 im Anhang. Vgl. zu den pro-russischen Verschwörungserzählungen Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) 2022.

Abbildung 13: Angaben der Koordinator*innen zu den Themengebieten in denen im Rahmen der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie Verschwörungserzählungen bearbeitet werden¹⁰⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Um Verschwörungsideologien zu begegnen, greifen sie auf unterschiedliche Formate zurück, v.a. Informationsveranstaltungen, Gesprächsreihen und Podiumsdiskussionen (52 %, 176 von 338) sowie Workshops (42 %, 141 von 338). Nicht wenige Partnerschaften produzieren aber auch eigene Informationsbroschüren zum Thema (18 %, 60 von 338, vgl. Abb. 13).¹¹⁰

Es werden Gesprächsformate umgesetzt, die der Polarisierung entgegenwirken sollen, und zugleich alternative Deutungen zur „Kanalisation“ des „Unbehagens“ anbieten

Neben Informationsveranstaltungen, auf denen mit Fakten den Gerüchten der Verschwörungsgläubigen begegnet wird, wird im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie auch versucht, Alternativen zu den scheinbaren „Antworten“ aus dem verschwörungsgläubigen Lager anzubieten. Dafür ist es notwendig, auszugehen von der „Unzufriedenheit“, die in der Verschwörungsmentalität einen verzerrten Ausdruck findet:

"Also das wird man nicht schönreden können hier, was immer da kommt, aber man kann es vielleicht kanalisieren, sage ich mal, in Richtung die nicht rechts-außen abgegriffen werden. [...] Wir gucken auch ein bisschen, dass wir Gewerkschaften mit reinkriegen. [...] Wir gucken auch, dass wir digitale Formate jetzt anbieten, also so wo wir einfach einen Raum geben für eine Stunde einem Akteur, zwei Akteuren, die einfach so über Auswirkungen einer möglichen Energiekrise oder dem, was jetzt schon da ist, auch auf ihre Bereiche [...]. Also dass wir irgendwie versuchen Räume zu schaffen, sage ich mal, diese Unzufriedenheit, die ja da ist und kommen wird, Ängste und so weiter, aufnimmt, kanalisiert. [...] Ich hoffe, dass das gelingt, weil [...] wenn das in der Wahrnehmung der Leute von links kommt, da werden die nicht draufhüpfen. Aber wenn es in der Wahrnehmung der Leute eben aus der

109 Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

110 Vgl. Tabelle 64 im Anhang.

konservativen, gemäßigt konservativen Ecke kommt, sehe ich da größere Chancen.“ (Ukr12_101)

Der kritischen Auseinandersetzung mit den Verschwörungsideologien liegt in den Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie oftmals das Konzept zugrunde, die Adressat*innen bei ihrem realitätsgerechten Unbehagen und ihren Sorgen abzuholen, ihnen Gegenangebote zu machen und die gesellschaftliche Umwelt als demokratisch gestaltbaren erlebbar zu machen. So soll die Umleitung der Ängste in Demokratiefeindlichkeit und Ressentiments verhindert werden.

Gegenrede bedarf der Einordnung des Gegenübers, was bei der verschwörungsgläubigen populistischen Protestbewegung ein Problem darstellt

Die Ressentiments der verschwörungsgläubigen populistischen Protestbewegung lassen sich nur schwer gezielt bearbeiten. Die Heterogenität der Personen, die sich Montagsspaziergängen und ähnlichen Veranstaltungen anschließen, besitzt durch ihre fehlende Eindeutigkeit ein hohes Gefahrenpotential. Ihre Unbestimmtheit entzieht Akteur*innen, die sich für Demokratie engagieren, die Grundlage der Konfliktbearbeitung. Ein Problem bei den stärker auf Gegenrede und Gegenwehr setzenden Maßnahmen, so schildert es ein*e Koordinator*in, besteht genau darin:

*„Ja. Allerdings bedarf es für eine konkrete Gegenrede auch, glaube ich, ein deziertes Verständnis dafür, was eigentlich deren Ziele sind in diesem rechten Bereich und das ist halt schwierig. Also ich glaube, die Reaktionen beziehungsweise diese Gegenbewegung ist schwieriger denn je, weil eben nicht klar ist, wogegen man ankämpfen muss, ob es die Verschwörungstheoretiker sind, ob es jetzt irgendwelche Impfgegner*innen sind oder ob es rein rechtsradikale Gruppierungen sind. Das ist halt irgendwie, glaube ich, da ein bisschen schwierig, um effektiv dagegen vorzugehen.“ (Ukr14_78)*

Die Uneindeutigkeit der Bewegung schränkt die Gegenmaßnahmen hierzu in ihrer Effektivität ein, da diese nicht gezielt ein Problem ansprechen können, sondern an der der Heterogenität des Problemgemenges immer wieder abzapfallen drohen.

3.3 Situationsveränderungen und der selbsteingeschätzte Beitrag der Partnerschaften für Demokratie dazu

Die vorangehenden Kapitel haben deutlich gemacht, wie sich die Partnerschaften für Demokratie in heterogenen Kontexten für ein demokratisches Miteinander einsetzen. Ob und wie sich die Situationen vor Ort verändern und welche Rolle das Engagement aus den Partnerschaften hierbei spielt, ist Gegenstand der folgenden Absätze.¹¹¹

Nach Einschätzung der Koordinator*innen leistet die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie einen relevanten Beitrag zur Verbesserung der Situation vor Ort

Wie entwickelt sich also die Lage in den Förderregionen entlang der durch die Partnerschaften anvisierten Zielstellungen? Zunächst ist festzuhalten, dass seit Beginn des Angriffskrieges bis in den Sommer des Jahres 2022 über sämtliche Zielbereiche hinweg leichte bzw. mittlere Verbesserungen wahrgenommen werden.¹¹² Verschlechterungen werden, wenn überhaupt, nur vereinzelt berichtet. Insbesondere im Schwerpunktbereich (1) „Förderung der Integration und grundständigen Hilfe“ können aus Perspektive der Befragten wesentliche Fortschritte erzielt werden.¹¹³ Aber auch die berichteten Veränderungen in den Schwerpunktbereichen (2) „Aktivierung und Vernetzung von Politik und Zivilgesellschaft“¹¹⁴ sowie (3) „Stärkung der Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung“ weisen eine ähnlich positive Entwicklung auf.¹¹⁵ Hinsichtlich der „Bearbeitung lokaler Konfliktlagen“ hingegen zeichnen sich häufiger als in den vorangehend genannten Bereichen eher Stabilisierungen als Verbesserungen ab.¹¹⁶

111 Dabei ist die Frage nach der ursächlichen Zuschreibung möglicher Veränderungen in den Förderregionen der Partnerschaften kaum abschließend zu beantworten, denn diese zielen u.a. auf weiche, nicht unmittelbar erfassbare Größen (z.B. Meinungen, Wissen, Einstellungen), so dass sich etwa Herausforderungen bezüglich Operationalisierung und Erhebungsverfahren stellen, welche angesichts des hier maßgeblichen zeitlichen Rahmens bzw. der zur Verfügung stehenden Ressourcen kaum zu bewältigen sind. Auch die enorme Vielfalt unterschiedlicher Zielgruppen und die pluralen Wirkmechanismen (z.B. Projekte/Einzelmaßnahmen, Fachstellen, Netzwerke etc.) vor Ort verhindern, dass den Forderungen nach quasi-experimentellen Gold-Standards an dieser Stelle nachgekommen werden kann. Um sich diesem dennoch anzunähern wurden die Koordinator*innen im Rahmen der quantitativen Befragung sowohl um eine Einschätzung zur Veränderung der Situation vor Ort in relevanten Bereichen, als auch zum Beitrag der Partnerschaften gebeten. Die Einschätzung wurde entlang von 16 Statements anhand einer siebenstufigen Antwortskala (1=Deutliche Verschlechterung bis 7=Deutliche Verbesserung) erfasst. Der Beitrag der Partnerschaften wurde ebenfalls entlang der 16 Statements und einer siebenstufigen Antwortskala erhoben (1=Sehr geringer/kein Beitrag bis 7=Sehr großer Beitrag).

112 Die Befragten wurden darum gebeten, die Veränderung innerhalb ihrer Förderregion in den von ihrer Partnerschaft adressierten Zielbereichen einzuschätzen. Das N, welches den im Folgenden dargestellten Ausführungen in diesem Abschnitt zugrunde liegt, bezieht sich jeweils auf die Anzahl der Partnerschaften, in denen ein bestimmter Zielbereich bearbeitet wird.

113 Genauer schätzen 46 % (23 von 50) jener Koordinator*innen, die in einer Partnerschaft mit Relevanzsetzung in der Bereitstellung grundständiger Hilfe und Unterstützung aktiv sind, die Situation als deutlich verbessert ein, weitere 24 % (12 von 50) nehmen eine mittlere Verbesserung wahr. Auch die lokale Willkommens- und Anerkennungskultur entwickelt sich vergleichsweise positiv. Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

114 So verbesserte sich die Vernetzung der Zivilgesellschaft im entsprechenden Zeitraum 16 % (21 von 129) der Förderregionen mit entsprechenden Zielstellungen deutlich, in 24 % (31 von 129) mittel und in weiteren 37 % (48 von 129) leicht. Das Engagement relevanter Personen nahm eine ähnliche positive Entwicklung. Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

115 Unter anderem verbesserte sich etwa das Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in 10 % (4 von 42) der Förderregionen der Partnerschaften mit entsprechender Relevanzsetzung deutlich und in 12 % (4 von 42) zumindest mittel und in 48 % (20 von 42) leicht. Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

116 Entsprechend ist davon auszugehen, dass der Handlungsbedarf in diesem Schwerpunktbereich bis zum Befragungszeitraum geringer als beispielsweise in den Bereichen der Integration und Bereitstellung grundständiger Hilfe oder der Vernetzung und Aktivierung war und eine Stabilisierung der Situation durchaus ein Indiz einer gleichbleibend geringen Frequenz entsprechender Konfliktlagen in den Förderregionen darstellt. Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

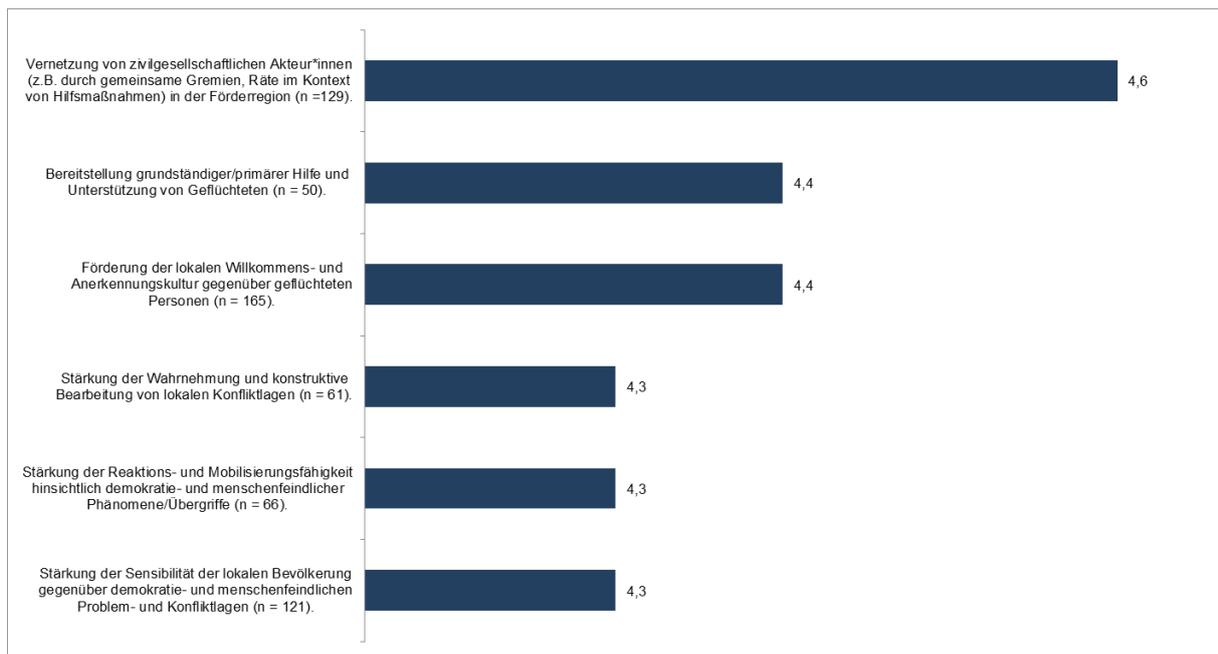
Eine Vielzahl an Akteur*innen oder Ereignissen kann zu Veränderungen vor Ort beitragen. Wie schätzen die Koordinator*innen den Einfluss ihrer jeweiligen Partnerschaften ein? Abbildung 14 verdeutlicht zunächst einerseits, dass sich das gemeinsame Engagement durchschnittlich in einen mittleren Beitrag der Partnerschaften zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation vor Ort übersetzt. Andererseits zeigt sich, dass sich der Beitrag aus dieser übergeordneten Perspektive recht wenig zwischen den Zielbereichen unterscheidet (M zwischen 3,8 und 4,6). So erscheint es durchaus denkbar, dass sich angesichts der zeitlichen Perspektive sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen ein gewisser Korridor des Leistbaren ergibt.

Vernetzung, Koordination und Wissensgenerierung – Partnerschaften bringen die ihnen eingeschriebenen Stärken gewinnbringend ein

Die Stärkung eines kooperativen Zusammenwirkens möglichst vieler relevanter Akteur*innen im Sinne der Programmziele ist schon im strukturellen Arrangement der Partnerschaften angelegt und Teil sowohl ihres genuinen Auftrags als auch ihres bewährten Handlungsrepertoires. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass der deutlichste Beitrag im Bereich der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wahrgenommen wird ($M=4,6$, vgl. Abb. 14a).¹¹⁷ Die Mobilisierung und Koordinierung des Engagements bzw. die Nutzung des Wissens und der Kompetenzen der im Netzwerk Aktiven als zentrales Charakteristikum erfolgreicher Partnerschaften bildet sich überdies auch in dem vergleichsweise großen Beitrag derselben in der Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfen und Unterstützung von Geflüchteten ($M=4,4$) ab. Mag dieser Befund zunächst überraschen, wird er unter Berücksichtigung der sich hinter dieser Zielstellung verbergenden Maßnahmen umso plausibler. So geht es an dieser Stelle weniger um die unmittelbare Bereitstellung solcher Hilfen als vielmehr um das Zusammenführen und die Koordinierung relevanter Akteur*innen oder auch die Bekanntmachung vorhandener Angebote.

117 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

Abbildung 14a: Beitrag der Arbeit der Partnerschaften an der Veränderung in unterschiedlichen Zielbereichen innerhalb der Förderregion¹¹⁸

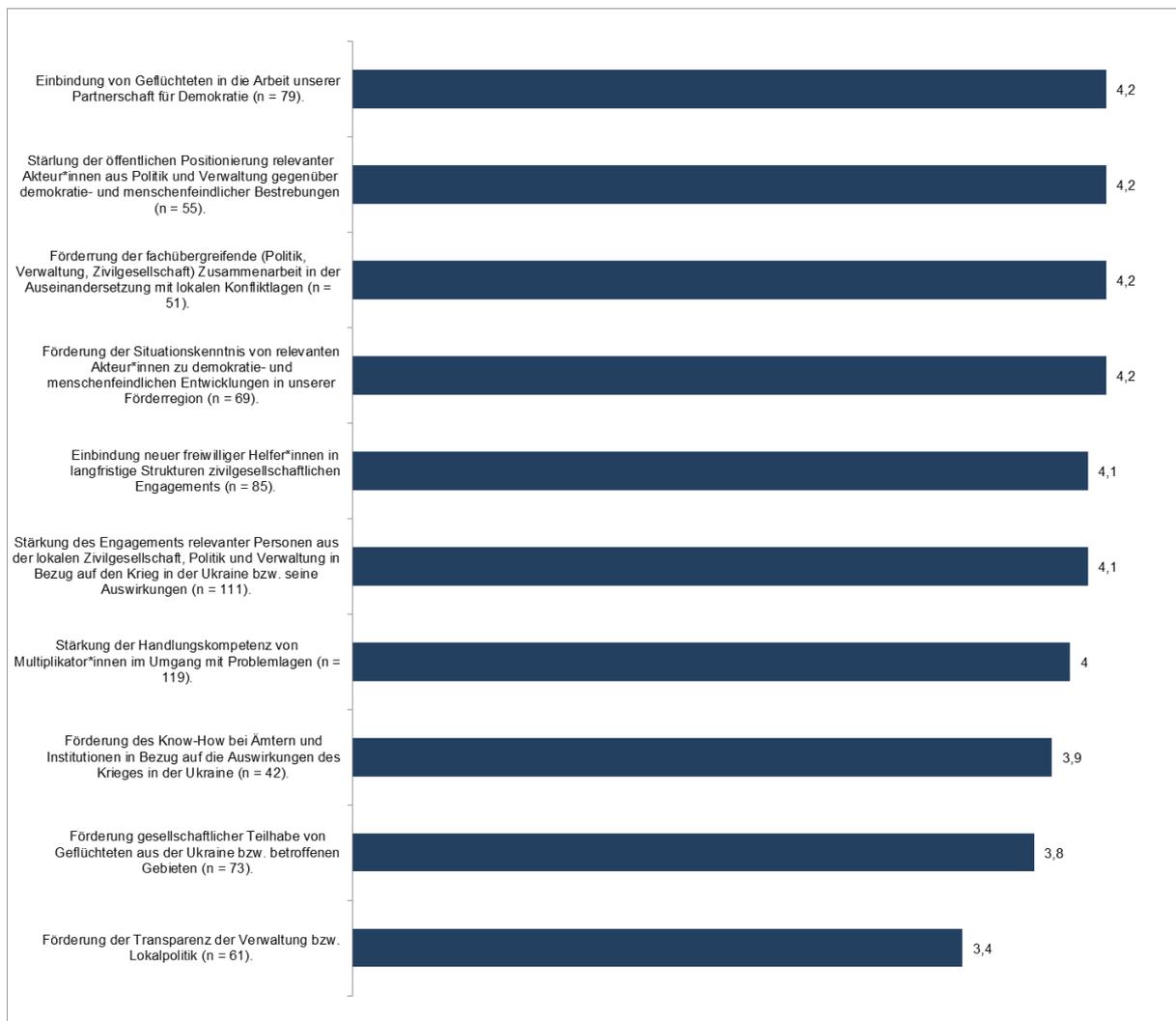


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 mit entsprechenden Relevanzsetzungen. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Kein oder sehr geringer Beitrag“) bis 7 („Sehr großer Beitrag“) berechnet (N=338).

„Also es gibt einfach auch viel Interesse an Unterstützung, gerade wenn es um so beispielsweise die Fluchtbewegung aus der Ukraine geht [und, Anm. d. Verf.] auch relativ hohes Interesse [...] an so demokratischen Themen insgesamt oder auch eine relativ gute Kenntnis darüber [...] und eine ganz breite Trägerstruktur. Also sowohl jetzt bei uns direkt im Landkreis, da gibt es einfach relativ viel als auch dadurch, dass wir gerade auch mit den anderen PfdS auch noch mal vernetzt sind, dadurch, dass wir einfach im selben Haus sitzen und mit anderen Landkreisen durch unsere jahrelange Arbeit über Schulen, über Jugendhilfe-Trägern und so weiter vernetzt sind, kann man da schon auf eine Menge Ressourcen zurückgreifen.“ (Ukr10_23)

118 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

Abbildung 14b: Beitrag der Arbeit der Partnerschaften an der Veränderung in unterschiedlichen Zielbereichen innerhalb der Förderregion¹¹⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 mit entsprechenden Relevanzsetzungen. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Kein oder sehr geringer Beitrag“) bis 7 („Sehr großer Beitrag“) berechnet (N=338).

Ganz ähnlich wird überdies der Beitrag an der Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur ($M=4.4$), bzw. jene zur Stärkung der Wahrnehmung und konstruktiven Bearbeitung lokaler Konfliktlagen oder etwa der Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung eingeschätzt.

In der Gesamtschau überwiegen nach dem Dafürhalten der Befragten eindeutig die positiven Situationsveränderungen. Dabei gelingt es den Partnerschaften nach eigener Wahrnehmung vielerorts, einen Beitrag zu dieser Entwicklung zu leisten. Die dem bewährten Instrument kommunaler Demokratieförderung eingeschriebenen Stärken wie etwa profunde Situationskenntnisse, ausgeprägte Vernetzung bzw. bewährte Kooperationsbeziehungen etc. bilden sich dabei in einem recht charakteristisch anmutenden Beitragsprofil ab.

119 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

4 Strategische Schwerpunktsetzungen und förderliche Einflüsse: Warum die Partnerschaften welche Ziele verfolgen und Maßnahmen umsetzen

In aller Kürze

Das folgende Kapitel richtet den Blick zum einen auf die inhaltlichen und kontextbezogenen Gründe, die erklären, warum bestimmte Partnerschaften spezifische Ziele mehr oder weniger häufig verfolgen, und zum anderen auf die förderlichen Einflussfaktoren, die es Partnerschaften erleichtern, sich in der Bearbeitung der aktuellen Krise Ziele zu setzen und Maßnahmen vor Ort erfolgreich umzusetzen.

Nach der Darstellung, wie die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine reagieren, liegt der Fokus von Kapitel 4 auf der Frage nach den Unterschieden, die sich in den Reaktionsweisen erkennen lassen, und den Einflussfaktoren, welche die Unterschiede erklären können. Warum werden von Partnerschaften welche Ziele und Aktivitäten verfolgt?

Zur Beantwortung dieser Frage werden zwei zentrale Einflussfaktoren herausgestellt: Erstens wird in den Blick genommen, inwieweit sich die Strategietypen der Partnerschaften, wie sie vom ISS e.V. in dem Schwerpunktbericht *Kommunale Demokratieförderung. Begriff, Modell und Praxis* (2022) herausgearbeitet worden sind, auf ihre aktuellen Zielsetzungen auswirken (4.1). Zweitens steht im Fokus, wie sich die aus vergangenen Jahren vorliegenden oder nichtvorliegenden Erfahrungswerte besonders in der Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten auf die momentane Arbeit auswirken (4.2). Es wird so ein mehrdimensionales Bild gewonnen, das zeigen kann, *warum* Partnerschaften mit bestimmten inhaltlich-strategischen, kontextuellen oder erfahrungsbezogenen Voraussetzungen bestimmte Ziele verfolgen und es den betreffenden Partnerschaften dabei zum Teil besser oder weniger gut gelingt, die aktuellen Herausforderungen zu bearbeiten.

4.1 Strategisch bedingte Schwerpunktsetzungen

Im letztjährigen Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie konnten fünf idealtypische Strategiemuster der kommunalen Demokratieförderung erschlossen werden (vgl. Abb. 15).¹²⁰ Zwischen den Polen der „Aneignung von Demokratie“ und der „Abwehr antidemokratischer Gefährdungen“¹²¹ lassen sich mit den Strategietypen idealtypischen Verknüpfungen zwischen kontextuellen Bedingungen/Problemlagen, zivilgesellschaftlichen Ressourcen vor Ort und inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten erkennen und Grundmuster strategischer Schwerpunktsetzungen der lokalen Demokratiewerkarbeit von Partnerschaften ausmachen.

¹²⁰ Vgl. allgemein zu den Strategietypen ISS e.V. 2022, S. 45-111.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 9f.

Abbildung 15: Überblick über die aktuellen strategietypenspezifischen Schwerpunktsetzungen



Quelle: Eigene Darstellung

Strategische Relevanzsetzungen prägen auch die aktuellen Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie

Im Folgenden wird herausgearbeitet, inwieweit diese Typen Einfluss auf die aktuellen Zielstellungen und Maßnahmen haben, die die Partnerschaften in der Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in den Blick nehmen. Es zeigt sich dabei, dass die Charakteristika der Strategietypen sich auch hier wiederfinden lassen und großen Einfluss darauf ausüben, wie die Partnerschaften den aktuellen Herausforderungen begegnen.¹²² Nicht nur lassen sich inhaltliche Schwerpunkte wiedererkennen (z.B. ein Fokus auf die präventiv-konfliktorientierte Adressierung von gesellschaftlicher Vielfalt), sondern auch kontextuelle Einflussfaktoren, die bestimmte strategische Entscheidungen prägen (z.B. die Auswirkungen zivilgesellschaftlich passiver Engagementstrukturen vor Ort).¹²³

4.1.1 Typ 1: Zurückhaltende Politische Bildungsarbeit in aktuellen Krisenzeiten

In mehrheitlich ländlichen bzw. klein- und mittelstädtischen Kontexten, in denen antidemokratische, besonders demokratieskeptische und rechtspopulistischen Positionen auch Resonanzen in breiten Bevölkerung erzeugen und zugleich die lokale Zivilgesellschaft von einer eher passiven Beteiligungskultur gekennzeichnet ist, setzen die Partnerschaften dieses Typs (n = 50) einen Fokus auf die langfristige Unterstützung und Stärkung demokratischer Überzeugungen besonders bei jungen Menschen, die nachhaltig in ihrer demokratischen Standfestigkeit gefördert werden sollen. „In der Hoffnung, die demokratische Resilienz der vermeintlichen

122 Die im folgenden beschriebenen Zusammenhänge beziehen sich nur auf jene 300 Partnerschaften, die an der Online-Befragung im März 2021 teilgenommen haben und auf deren Grundlage die Strategietypen im Herbst 2021 gebildet worden sind. Vgl. zu den methodischen Hintergründen ISS e.V. 2022. Die Nummerierung der Strategietypen weicht in diesem Bericht von der Nummerierung im letztjährigen Schwerpunktbericht 2021 ab. Aus Gründen einer vereinfachten Datenverarbeitung wurden Typ 3 und Typ 4 im vorliegenden Bericht getauscht. Typ 3 im Schwerpunktbericht 2021 ist im vorliegenden Bericht Typ 4, Typ 4 (2021) ist Typ 3 (2022).

123 Dabei erweisen sich insbesondere die anvisierten Ziele als aufschlussreich, da hier Einsichten auch von solchen Partnerschaften zu gewinnen sind, die zum Befragungszeitpunkt im Juli/August 2022 erst wenig Maßnahmen in die Praxis umgesetzt haben.

*Mitte zu stärken und ihr Abrutschen zu verhindern*¹²⁴, werden dafür vor allem erlebnispädagogische Maßnahmen gefördert, die auf demokratische Dialog- und Konfliktkompetenzen von Individuen und zugleich auf eine vorsichtige Sensibilisierung der breiten Bevölkerung für antidemokratischen Tendenzen abzielen. Die konfliktorientierte Adressierung von antidemokratischen Phänomenen geschieht hingegen zumeist nur in der Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen oder politischen Schlüsselpersonen, wobei sich letztere in den betreffenden, kommunalen Kontexten oft auch nur wenig offensiv gegenüber demokratieskeptischen Einstellungen positionieren, was zugleich die direkte Ansprache bestimmter Phänomene für die genannten Partnerschaften erschwert.

Thematisch lose Adressierung der kommunalen Kriegsfolgen in durchaus engagierten Sozialräumen

Entgegen der grundsätzlich passiven Beteiligungs- und Engagementstruktur der Förderregionen dieses Strategietyps beschreiben die betreffenden Koordinator*innen die zivilgesellschaftlichen Strukturen im Angesicht der aktuellen Krise als durchaus vital. Nicht nur sehen sie vor Ort etwas häufiger positive Entwicklungen bei der Handlungskompetenz von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der Sensibilität der lokalen Bevölkerung und der lokalen Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit bei möglichen, menschenfeindlichen Problemlagen.¹²⁵ Auch schätzen sie die lokalen Strukturen vergleichsweise als durchschnittlich gut vorbereitet auf die aktuellen Herausforderungen ein ($M=3,7$; insg. $M=3,7$), was sich nicht zuletzt im Vorhandensein von etablierten Reaktionsplänen zum Umgang mit geflüchteten Menschen zeigt ($M=3,9$; insg. $M=3,7$).¹²⁶

Die betreffenden Partnerschaften nehmen sich den Auswirkungen des Krieges vor dem Hintergrund dieser durchaus vitalen Engagementlandschaft vor Ort in einer eher grundständigen und wenig fokussierten Weise an. So setzen sich die betreffenden Partnerschaften im Vergleich zu allen anderen Partnerschaften überraschend selten spezifische Ziele, die sich auf die Bearbeitung der kommunalen Kriegsfolgen beziehen, und geben überdurchschnittlich häufig an, dass sie keine expliziten Ziele verfolgen (28 %, 14 von 50; insg. 23 %, 68 von 292).¹²⁷

Im Rahmen einer generellen Zurückhaltung in der Adressierung von spezifischen Zielen überwiegen solche, die sich auf Fragen der Politischen Bildung beziehen

Diese Zurückhaltung in der Adressierung von Zielen betrifft dabei vor allem solche Bereiche, die die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen oder das Engagement relevanter Personen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung adressieren. Ebenso selten wird ein

124 Ebd., S. 57.

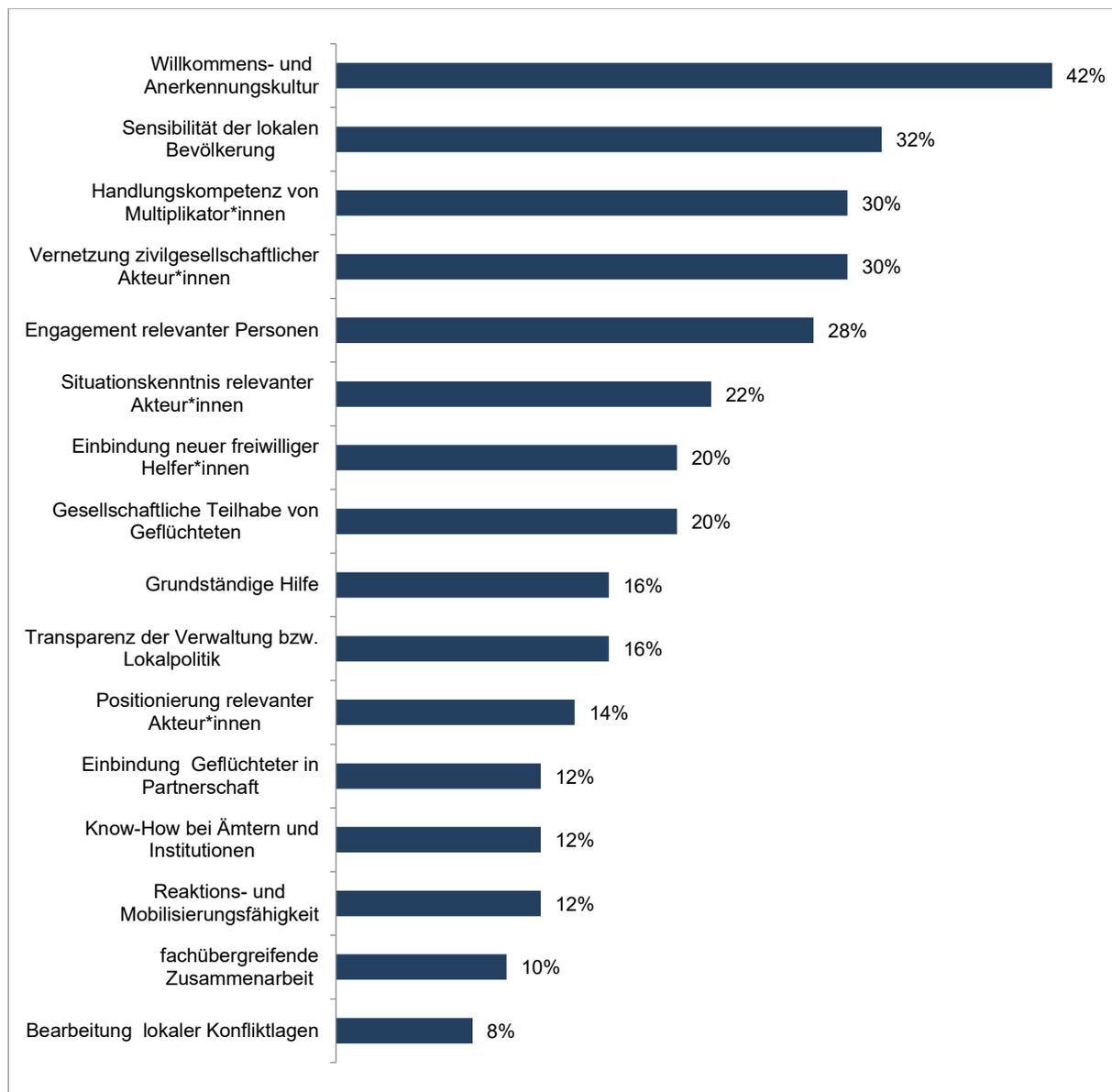
125 Im Einzelnen: Handlungskompetenz von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ($M=5,3$; insg. $M=5,1$); Sensibilität der lokalen Bevölkerung ($M=5,3$; insg. $M=4,9$) sowie lokale Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit ($M=5,2$; insg. $M=5,0$). Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

126 Vgl. Tabelle 38 und Tabelle 52 im Anhang.

127 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

Fokus auf die Einbindung neuer Helfer*innen oder geflüchteter Personen in die Arbeit der Partnerschaft gelegt (vgl. Abb. 16a).¹²⁸

Abbildung 16a: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 1)¹²⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=50).

Spielt damit die Vernetzung und Aktivierung von Zivilgesellschaft und relevanten Personen auffallend selten eine größere Rolle, so liegt die Aufmerksamkeit der betreffenden Partner-

128 Siehe hierzu auch die entsprechenden Angaben der Koordinator*innen zu den adressierten Zielen: Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (30 %, 15 von 50; insg. 42 %, 122 von 292), Förderung des Engagements relevanter Personen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung (28 %, 14 von 50; insg. 33 %, 97 von 292) bzw. die Einbindung neuer Helfer*innen (20 %, 10 von 50; insg. 27 %, 78 von 292) sowie geflüchteter Personen in die Arbeit der Partnerschaft (12 %, 6 von 50; insg. 24 %, 70 von 292). Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

129 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

schaften eher auf Vorhaben, die sich der grundsätzlichen Information und Sensibilität gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Konfliktlagen oder gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen verschreiben und damit stark im Bereich der Politischen Bildung zu verorten sind.

Entsprechend dieser strategietypischen Relevanzsetzung der betreffenden Partnerschaften auf die individuenzentrierte Stärkung demokratischer Sozialisations- und Aufklärungsprozesse bzw. der Stärkung individueller Dialog- und Konfliktkompetenzen werden auch im Kontext der Kriegsfolgen vor allem Ziele häufiger als andere verfolgt, die etwa die Sensibilität der lokalen Bevölkerung (32 %, 16 von 50; insg. 37 %, 107 von 292) oder die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (22 %, 11 von 50, insg. 22 %, 64 von 292) erhöhen sollen.¹³⁰ Im Fokus steht damit die Förderung von Handlungskompetenzen im Umgang mit den Herausforderungen einer vielfältigen Demokratie, die vor allem mit diskursiven und individuenzentrierten Bildungsformaten erreicht werden soll.

Partnerschaften für Demokratie als Nebenakteurinnen in einer durchaus aktiven Zivilgesellschaft

Diese Ausrichtung spiegelt sich auch in den Maßnahmen der Typ1-Partnerschaften wider. Seltener als andere Partnerschaften haben sie konkrete Maßnahmen in Reaktion auf die Kriegsfolgen bereits zum Befragungszeitpunkt erfolgreich umgesetzt.¹³¹ Gerade weil die betreffenden Koordinator*innen zugleich den lokalen Beitrag ihrer Partnerschaften an der Erreichung der genannten Zielstellungen durchweg geringer einschätzen als alle anderen Partnerschaften,¹³² verdichtet sich der Eindruck, dass diese zwar durchaus engagiert und gewillt sind, auf die kommunalen Herausforderungen des Krieges zu reagieren, sie aber eher als Nebenakteurinnen in einer durchaus vitalen Zivilgesellschaft vor Ort agieren.

Diskursive Formate und grundständige Bildungsarbeit im Fokus der aktuellen Maßnahmen

Die Nebenakteurinnen-Rolle der Partnerschaften für Demokratie des Typs 1 hat einen Grund auch in ihrer primär diskursiv-individuenzentrierten Ausrichtung auf Formate der politischen Bildung, die sich in den umgesetzten Maßnahmen zeigt. Der auf die langfristige, demokratische und vielfaltfördernde Kompetenzentwicklung ausgerichtete Blick findet seine Entsprechung in der leicht überdurchschnittlichen Durchführung von Maßnahmen, die Fort- und Wei-

130 In beiden Fällen wird auch hier die unterdurchschnittliche Adressierung der betreffenden Zielbereiche offenbar, jedoch zeigt sich, dass diese Ziele im Binnenvergleich der von Typ 1 adressierten Ziele entweder am zweithäufigsten (Sensibilität) oder ausnahmsweise so häufig wie in der durchschnittlichen Verteilung fokussiert werden (Situationskenntnis). Über alle Ziele hinweg wird die Förderung der „Lokalen Willkommens- und Anerkennungskultur“ (42 %, 21 von 50, insg. 52 %, 152 von 292) zwar am häufigsten verfolgt, jedoch auch hier weitaus weniger oft als in den Partnerschaften der übrigen Strategietypen. Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

131 Wie auch in den adressierten Zielen, gelingt es den Partnerschaften des ersten Strategietyps über alle Maßnahmen hinweg auffallend seltener konkrete Aktivitäten oder Projekte zum Befragungszeitpunkt Juli/August 2022 umzusetzen. Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

132 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

terbildungsformate bzw. Schulungen zu potentiellen Konfliktthemen für Vertreter*innen relevanter Ämter und Institutionen (16 %, 8 von 50, insg. 10 %, 29 von 292) oder dementsprechende Informations- und Aufklärungsangebote (18 %, 9 von 50; insg. 15 %, 43 von 292) umfassen.¹³³ Ausgehend von der übergreifenden Idee, vor allem die demokratische Standfestigkeit in der lokalen Bevölkerung zu fördern, wird auch deshalb ein Fokus auf die diskursive Konfliktprävention gelegt, die vor allem über informierende und sensibilisierende Veranstaltungen bzw. Workshops erreicht werden soll. Dies jedoch vor allem durch eine grundständige Vermittlung von Wissen, etwa zu Einordnung aktueller politischer Entscheidungen und ihren historischen oder zu den akuten Kriegsereignissen.¹³⁴ Diese eher vorsichtige und basale Form der Förderung von Konfliktkompetenzen lässt sich auch auf den lokalen Kontext der betreffenden Partnerschaften zurückführen, in dem – wie eingangs beschrieben – (rechts)populistischen Tendenzen und entsprechender Problemlagen durchaus virulent sind und zugleich nur partiell Gegenwehr in der lokalen Bevölkerung und Zivilgesellschaft erfahren.

Vor diesem Hintergrund wird eher auf grundsätzlicher Ebene an Urteils- und Handlungskompetenzen angesetzt und auf übergreifende Bildungs- und Veranstaltungsformate auch im Kontext der aktuellen Kriegsfolgen gesetzt. Diese eher an der Wurzel ansetzende, präventive Ausrichtung zeigt sich im Umkehrschluss auch darin, dass die betreffenden Partnerschaften zugleich auffallend selten, lokale Konfliktlagen direkt bearbeiten, die sich aus den Auswirkungen des Krieges aktuell ergeben.¹³⁵ Dies findet sich auch in den geringen Adressierung entsprechender Zielstellungen wieder,¹³⁶ werden doch entsprechende Problemlagen eher indirekt und wenig konfrontativ thematisiert – nicht zuletzt auch – wie sich in den übergreifenden Charakteristika des ersten Strategietyps zeigt – um etwaige antidemokratische Gegenreaktionen aus der Bevölkerung zu vermeiden.¹³⁷

4.1.2 Typ 2: Umfassende Demokratie- und Vielfaltförderung im Rahmen einer aktiven Zivilgesellschaft

In proportional zur Gesamtverteilung der Partnerschaften zugleich kommunal wie ländlich angesiedelten Förderregionen mit eher unterdurchschnittlicher infrastruktureller Anbindung und sozioökonomischer Lage, die mit Phänomenen der sozialen Fragmentierung zu kämpfen haben, entsteht teilweise ein politisches Klima, das zwar von sozialem Engagement, aber zugleich von „Formen der politischen Entfremdung, von Demokratieskepsis, Politikermisstrauen

133 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

134 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

135 So geben die betreffenden Koordinator*innen über verschieden Konfliktbereiche – von Auseinandersetzung zwischen der lokalen Bevölkerung und geflüchteten Personen bis hin zu sozialen Verteilungskonflikten vor Ort – durchweg seltener an, dass ihre Partnerschaften in diesem Bereich aktiv sind. Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

136 So geben die betreffenden Partnerschaften von Typ 1 etwa an, dass die „Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe“ (12 %, 6 von 50; insg. 20 %, 58 von 292), die „Fachübergreifende Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen“ (10 %, 5 von 50; insg. 16 %, 46 von 292) oder die „Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen“ (8 %, 4 von 50; insg. 19 % 55 von 292) teilweise auffallend geringer adressiert wird als in der Gesamtheit der anderen Partnerschaften. Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

137 Vgl. dazu ISS e.V. 2022, S. 57ff.

oder schlichter Beteiligungsmüdigkeit“¹³⁸ gekennzeichnet ist. Zugleich sind rechtsextreme Gruppierungen in den Förderregionen sichtbar. „Diese mitunter klar umrissenen, demokratiefeindlichen Ausformungen bilden ein prägendes Element des partnerschaftlichen Blicks auf die Förderregionen.“¹³⁹ Die Partnerschaften dieses Strategietyps (n = 70) verfolgen einen im Vergleich auffallend breiten Ansatz, der bewusst konfliktorientiert-intervenierende mit niedrigschwelligen Bildungsangeboten kombiniert, welche auf die Stärkung demokratischer Sozialisationsprozesse und die Förderung der demokratischen Kultur vor Ort abheben. In einem zivilgesellschaftlichen Kontext, in dem ein erfahrener, etablierter und aktiver Kern von engagierten und gut vernetzten Personen/Organisationen agiert und auch politische Akteur*innen sich für die Programmziele einsetzen, können die Partnerschaften ausgehend von diesem Rückhalt auch im Sozialraum auf die selbstbewusste, direkte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen setzen und zugleich eine im Vergleich sehr breite Palette von Maßnahmen umsetzen, die im Bereich der Demokratiestärkung und Vielfaltgestaltung angesiedelt sind. Ziel ist es, damit insgesamt das demokratische Fundament in der Region auf der individuellen und kollektiven Ebene zu festigen, zugleich offen gegen demokratie- und menschenfeindliche Phänomene vorzugehen und Grenzen zu antidemokratischen Tendenzen deutlich zu markieren.

Der breite thematische Fokus der Partnerschaften von Strategietyp 2 findet sich auch in der umfassenden Adressierung von Zielen in der Bearbeitung der kommunalen Kriegsfolgen wieder. In Kontexten, die von den Koordinator*innen als vielfältig problembelastet durch antidemokratische Vorfälle, Akteur*innen und einen hohen Problemdruck in den Bereichen Populismus und Rechtsextremismus beschrieben werden, setzen die betreffenden Partnerschaften des Strategietyps 2 auch im Kontext des Ukraine-Krieges einen auffälligen Fokus auf die direkte Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen.

Partnerschaften des zweiten Typs begeben sich in die direkte Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen

Es sind drei Schwerpunkte, die sie dabei setzen: Erstens adressieren sie im Vergleich zu den anderen Partnerschaften besonders häufig Ziele, die auf die „öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen“ (29 %, 20 von 70; insg. 17 %, 50 von 292) und die „Fachübergreifende Zusammenarbeit“ (23 %, 16 von 70; insg. 16 %, 46 von 292) von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft angesichts antidemokratischer Phänomene abheben (vgl. Abb. 16b).¹⁴⁰ Diese Zielsetzung lässt sich auch aus der Spezifik des Strategietyps ableiten, für den das zivilgesellschaftliche Netzwerk die Basis bietet, auch Politik und Verwaltung zu einer stärkeren Auseinandersetzung und Positionierung im Angesicht menschenfeindlicher Vorfälle zu animieren – und dies nach Einschätzung der betreffenden Koordinator*innen durchaus erfolgreich, geben

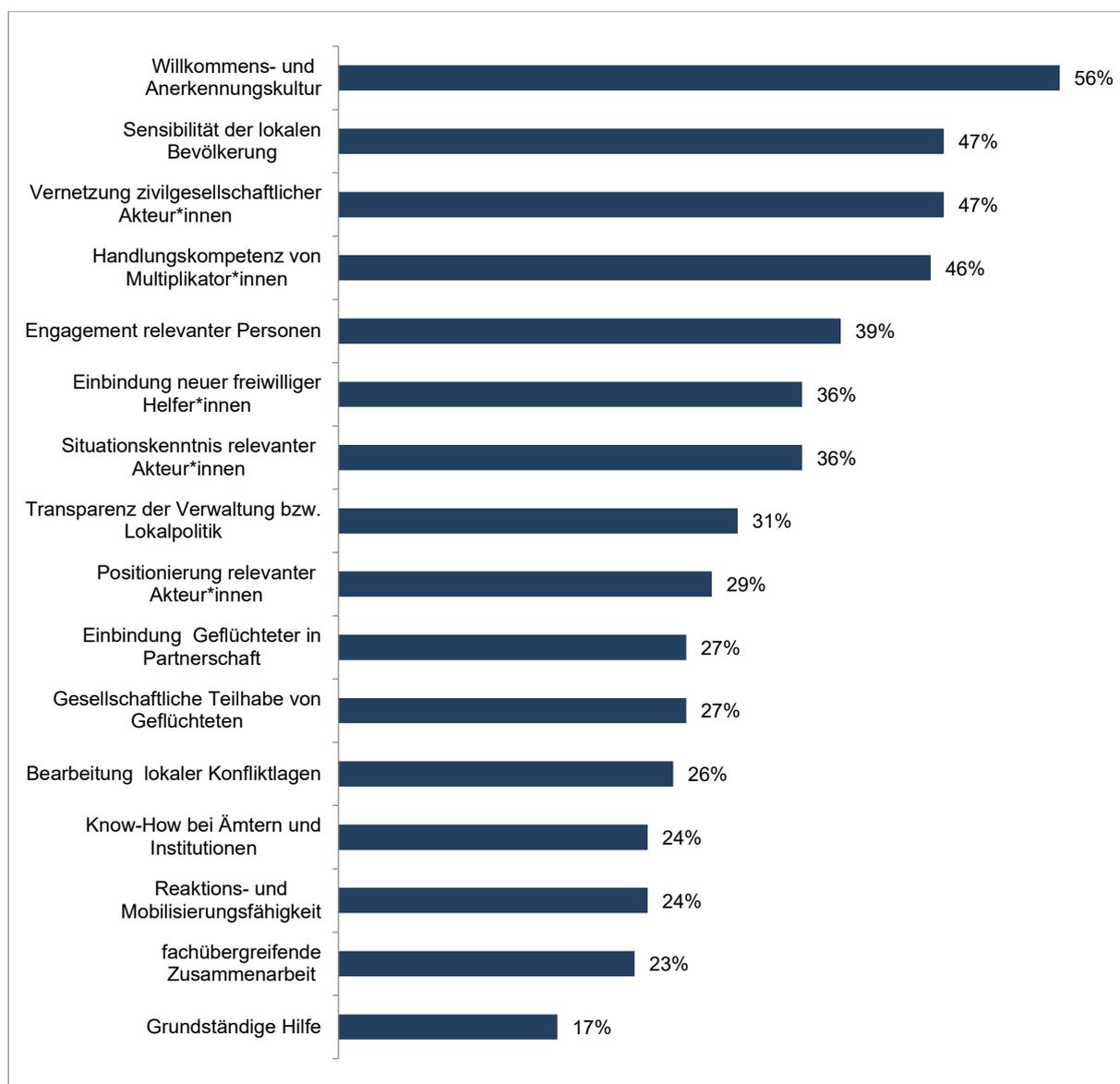
138 ISS e.V. 2022, S. 64.

139 Ebd., S. 65.

140 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

die entsprechenden Partnerschaften doch überdurchschnittlich oft an, dass es vor Ort gelungen ist, Maßnahmen in diesem Bereich umzusetzen.¹⁴¹

Abbildung 16b: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 2)¹⁴²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=70).

Wissensvermittlung und Sensibilisierung als Teile eines breiten Programms der Demokratie- und Vielfaltförderung

Zweitens stellen sie die Sensibilisierung von Bevölkerung, Multiplikator*innen und lokaler Politik/Verwaltung in den Fokus. Dafür wollen sie wiederum im Vergleich zu den anderen Partnerschaften überdurchschnittlich oft zum einen das „Know-How“ (24 %, 17 von 70; insg. 13 %, 38 von 292) und die „Transparenz“ (31 %, 22 von 70; insg. 19 %, 56 von 292) von Ämtern und

141 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

142 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

Lokalpolitik zu den Auswirkungen des Krieges fördern und zum anderen die „Situationskenntnis“ (36 %, 25 von 70; insg. 22 %, 64 von 292) und „Handlungskompetenz“ (46 %, 32 von 70; insg. 36 %, 104 von 292) von relevanten Akteur*innen der lokalen Zivilgesellschaft stärken und grundsätzlich die „Sensibilität“ (47 %, 33 von 70; insg. 38 %, 107 von 292) der Bevölkerung vor Ort hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Vorfälle und Tendenzen vorantreiben.¹⁴³ Hier spiegelt sich auf charakteristische Weise die Spezifik des zweiten Strategietyps wider, der im Sinne eines bewusst umgreifenden Ansatzes der kommunalen Demokratieförderung sowohl auf eine breite Zielgruppenansprache als auch eine umfassende Abwehr von antidemokratischen und vielfaltablehnenden Tendenzen abzielt.

Als Fundament des breiten Engagements der Partnerschaften dient eine starke Zivilgesellschaft und deren kontinuierliche Erweiterung und Vernetzung

Wie oben angedeutet, gelingt Partnerschaften des Strategietyps 2 die Verfolgung eines solchen breiten Katalogs von Zielen vor allem deshalb, weil sie über ein stabiles zivilgesellschaftliches Netzwerk und durchaus etablierte Kanäle in die lokale Politik verfügen.¹⁴⁴ Wenig verwunderlich verfolgen sie vor diesem Hintergrund auch im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen drittens Ziele mit einem Schwerpunkt auf die Aktivierung und Erweiterung der lokalen Zivilgesellschaft. Dabei wird sowohl die Förderung des „Engagements“ (39 %, 27 von 70; insg. 33 %, 97 von 292) als auch die „Vernetzung“ (47 %, 33 von 70, insg. 42, 122 von 292) von relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und damit die Stabilisierung und Erweiterung von lokalen Engagementstrukturen auch im Hinblick auf die aktuellen Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine in den Blick genommen.¹⁴⁵

Dieser Fokus auf die Stärkung der lokalen Widerstandskraft demokratischer Strukturen und Werte orientiert sich stark auf die breite Bearbeitung von Gefährdungen, die von antidemokratischen Akteur*innen und Positionen ausgehen. Vor diesem Hintergrund sind jedoch die Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und auch die Arbeit mit Geflüchteten nur Ziele unter anderen und werden auch aktuell nicht prioritär – wie in anderen Strategietypen – behandelt. Vielfaltgestaltung tritt in den betreffenden Partnerschaften zurück bzw. an die Seite von einer eher auf die Verteidigung und Stärkung von kommunaler Demokratie ausgerichteten Strategie – dieses Muster lässt sich letztlich auch in den Zielstellungen der Partnerschaften von Typ 2 in der Bearbeitung der kommunalen Kriegs-Folgen beobachten.

Während die betreffenden Partnerschaften somit zwar strategisch weniger stark Ziele im Bereich der Vielfaltgestaltung und Geflüchtetenhilfe adressieren, so setzen sie dennoch gerade im Bereich der grundständigen Hilfe und in der Auseinandersetzung mit Konflikten, die sich um die Aufnahme von Geflüchteten entspannen, teilweise sogar mehr Maßnahmen um als die anderen Partnerschaften.¹⁴⁶ Auch dies spricht dafür, dass es den Typ 2-Partnerschaften gelingt, selbst in Zielbereichen, die nicht in ihrem expliziten Fokus liegen, vergleichsweise viel

143 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

144 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

145 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

146 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

umzusetzen und damit auch in der aktuellen Krise den breiten strategischen Ansatz mit einer überdurchschnittlichen Aktivität bei der Maßnahmenumsetzung zu verknüpfen. Sie schätzen denn auch fast durchweg ihren eigenen Beitrag bei der Realisierung von Zielen im lokalen Gemeinwesen höher ein als die anderen Partnerschaften.

4.1.3 Typ 3: Interventionsorientierte Antidiskriminierungsarbeit in urbanen Kontexten

Die Partnerschaften für Demokratie des Typs 3 können in ihren großstädtisch geprägten Förderregionen vor allem in den alten Bundesländern auf umfassende infrastrukturelle und zugleich breite zivilgesellschaftliche Ressourcen zurückgreifen. Trotz soziostruktureller Prosperität sind die betreffenden Räume aber durchaus konfliktbehaftet – nicht nur durch das Auftreten rechtsextremer Gruppierungen, welche die Großstädte als öffentliche Bühnen nutzen, sondern vor allem entlang der Achse sozialer Ungleichheit sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und (strukturell) rassistischer Phänomene. Diesen Spannungen setzen die Partnerschaften des vorliegenden Strategietyps (n = 48) einen Ansatz entgegen, der nicht nur das Zusammenleben vielfältiger Lebensformen adressiert, sondern bewusst eine konfliktorientierte Perspektive einnimmt. In einem zivilgesellschaftlich sehr aktiven Kontext wird Diskriminierung, struktureller Benachteiligung und rassistischen Vorfälle direkt begegnet, indem Phänomene deutlich problematisiert und sichtbar gemacht werden.

„So fungieren die Akteur*innen der Partnerschaften als Agenda-Setter*innen, welche die Aufmerksamkeit auf neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen zu lenken [...] suchen.“¹⁴⁷

Diese präventive Ausrichtung hat dabei sowohl das Empowerment und die gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen bzw. Marginalisierten im Sinn als auch die Sensibilisierung von Individuen, Entscheidungsträger*innen und der breiten Bevölkerung durch das Setzen diskursiver Grenzen und die Förderung eines standfesten Umgangs mit demokratie- und menschenfeindlichen Positionen.

Sensibilisierte und aktive zivilgesellschaftliche Akteur*innen rahmen die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie

Im Rahmen dieses Strategietyps setzen die betreffenden Partnerschaften auch im Angesicht der aktuellen Krisen einen dezidierten Schwerpunkt auf gesellschaftliche Vielfaltgestaltung. Dabei verfolgen sie einen eher konfliktorientierten Ansatz, der auf die Problematisierung, Sichtbarmachung und Bearbeitung von vielfaltgefährdenden Phänomenen abhebt und dafür besonders Projekte in Bereichen der Antidiskriminierung und dem Empowerment von marginalisierten/betroffenen Gruppen umsetzt. Diese inhaltliche Ausrichtung verdankt sich dabei sowohl dem urbanen Kontext der Förderregionen als auch einer vergleichsweise hohen Problembelastung durch Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Rahmen einer ak-

147 ISS e.V. 2022, S. 92.

tiven und von diesem Kontext sensibilisierten Zivilgesellschaft, setzen die Partnerschaften dieses Strategietyps einen Schwerpunkt auf Maßnahmen der Antidiskriminierung und antirassistischen Aufklärungsarbeit – dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sich andere Akteur*innen vor Ort bereits in der direkten Hilfe für Geflüchtete engagieren und generell ein vielfältiges Angebot an lokalen Vereinen der Vielfaltförderung besteht.¹⁴⁸

*„Aktuell ist so mehr unsere Strategie im Endeffekt, dass wir auf der einen Seite das Thema Rassismus bearbeiten, beispielsweise mit dieser Multiplikator*innen-Ausbildung Antirassismus. Und uns auch so verstehen, dass wir Fördertöpfe, die es auch gibt im Thema Flucht und Integration von beispielsweise der Kirche oder auch von städtischer Seite, dass wir die entlasten, indem wir als Partnerschaft auf einer anderen Ebene fördern.“ (Ukr9_47)*

Partnerschaften des Typs 3 haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Bearbeitung lokaler Konfliktlagen, insbesondere von rassistischer Diskriminierung

Dieser fokussierte Ansatz in den Handlungsstrategien der Partnerschaften für Demokratie des dritten Strategietyps lässt sich auch in den aktuellen Zielen wiederfinden, die sie sich in der Bearbeitung der Folgen des Krieges setzen. Auffallend häufig heben die betreffenden Partnerschaften auf die „Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen“ (35 %, 17 von 48; insg. 19 %, 55 von 292) oder auf die „Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung“ (48 %, 23 von 48, insg. 37 %, 107 von 292) hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene ab (vgl. Abb. 16c). Noch deutlicher wird diese Relevanzsetzung, wenn es um die Förderung der „Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit“ (38 %, 18 von 48; insg. 20 %, 58 von 292)¹⁴⁹ bei antidemokratischer Übergriffe geht. Im Fokus steht die Aufdeckung, Problematisierung und der intervenierende Umgang mit Problemlagen, die sich vor allem im Bereich Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auftun.

Zivilgesellschaftliche Weiterbildung und Sensibilisierung für menschenfeindliche Konfliktlagen stehen im Fokus

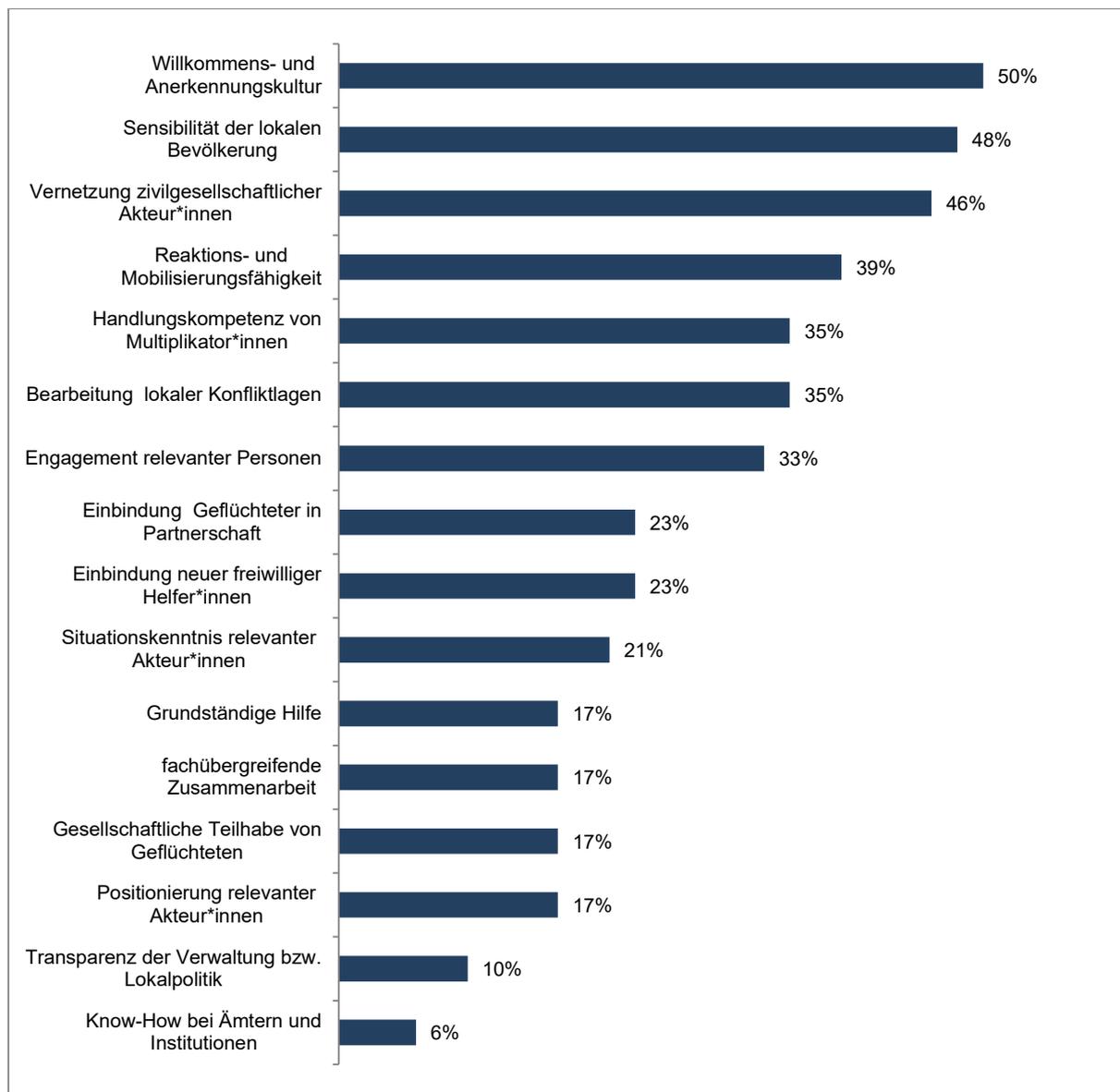
Um diesen Problemlagen zu begegnen setzen die betreffenden Partnerschaften des dritten Typs auf konkrete Maßnahmen, die zum einen über Begegnungsformate zum Abbau von Ressentiments gegenüber Geflüchteten und kulturellen Kontexten beitragen sollen und zum anderen direkt auf die Bearbeitung etwaiger Konfliktlagen bezogen sind. Auch wenn die Partnerschaften des Strategietyps 3 ihren Beitrag vor Ort bei der Realisierung der besonders häufig adressierten Ziele in ihrer Förderregion im Vergleich eher zurückhaltend bewerten, ist es ihnen nach Einschätzungen ihrer Koordinator*innen im Vergleich mit den anderen Partnerschaften besonders häufig gelungen, die Schulungen/Weiterbildungen von Multiplikator*innen hinsichtlich des Umgang mit kultureller Vielfalt und möglichen Konfliktlagen (23 %, 11 von 48;

148 In den betreffenden Förderregionen existieren im Vergleich auch häufiger Vereine im Bereich der Unterstützung Geflüchteter ($M=3,8$; insg. $M=3,6$) und Selbstorganisationen von migrantischen Communities ($M=3,3$ insg. $M=2,8$). Vgl. Tabelle 41 im Anhang.

149 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

insg. 18 % 51 von 292) anzubieten und Projekte umzusetzen, die auf den Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten (50 %, 24 von 48, insg. 41 %, 119 von 292) abzielen.¹⁵⁰

Abbildung 16c: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 3)¹⁵¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=48).

Zum anderen werden v.a. über informative Veranstaltungen und empowernde, sensibilisierende Workshops¹⁵² Formen institutioneller Benachteiligung thematisiert und Konflikte explizit bearbeitet, die sich besonders aus Formen des strukturellen Rassismus ergeben, wie etwa die Ungleichbehandlung von verschiedenen Gruppierungen von Geflüchteten. Gerade im Ver-

150 Vgl. Tabelle 39 und Tabelle 40 im Anhang.

151 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

152 Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

gleich zu den anderen Typen fällt dabei der Fokus auf Maßnahmen auf, die sich auf das Empowerment von Geflüchteten richten (42 %, 20 von 48; insg. 33 %, 95 von 292).¹⁵³ Dieses soll – wie auch in den qualitativen Interviews bestätigt wird – jedoch weniger über Projekte der konkreten Förderung von Inklusion, sondern mehr über Formate der Antidiskriminierung gehen, die auch über die konkreten Kriegsauswirkungen hinaus gedacht sind.

„Wir bearbeiten jetzt nicht konkret den Krieg oder thematisieren das. Aber natürlich sind die Auswirkungen auch bei uns in der Kommune spürbar. Und die Themenbereiche, die wir als Kernthemen haben, beispielsweise Antirassismuserbeit, aber auch Sensibilisierung für Diskriminierungen, das sind natürlich auch wiederum Folgeerscheinungen dann. Also das heißt, Rassismus innerhalb der Geflüchtetenunterkünfte oder in der Thematik zu bearbeiten. Aber generell verorten wir uns eigentlich sehr stark im Bereich Antidiskriminierung und das merkmalsübergreifend. Also ich kann jetzt nicht sagen, dass der Ukrainekrieg jetzt ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist.“ (Ukr9_61)

4.1.4 Typ 4: Niedrigschwellige Erfahrbarmachung von Vielfalt in politisch passiven Kontexten

In vor allem ländlichen bis kleinstädtischen Regionen, die überwiegend in den neuen Bundesländern angesiedelt sind und mit sozial- wie infrastrukturellen Herausforderungen konfrontiert sind, setzt sich ein soziales Gefühl der Fragmentiert- und Abhängigkeit in der politischen Kultur vor Ort fort, die von einer durchgreifenden politischen Apathie und Demokratieskepsis betroffen ist. Dies mündet nicht nur in „einer als passiv, fragmentiert und kaum aktivierbar beschriebenen demokratischen Zivilgesellschaft“¹⁵⁴, sondern auch in einer Förderkulisse, in der zwar antidemokratische Vorfälle und Phänomene selten öffentlich auftreten, diese vermeintliche Ruhe aber sowohl mit einer sozialräumlichen Unübersichtlichkeit der Förderregionen als auch mit einer mancherorts virulenten Normalisierung rechter Positionen zu erklären ist, deren Akteur*innen es nicht mehr nötig haben, auf konflikthafte Strategien im öffentlichen Raum zu setzen. Dieses Zusammenspiel von „bedrohlicher Ruhe“, schwacher Zivilgesellschaft und wenig für die Programmziele sich engagierender Politik und Verwaltung vor Ort nötigt Partnerschaften des entsprechenden Strategietyps (n = 59) eine Ausrichtung ab, die vor allem über niedrigschwellige Erfahrungs- und Begegnungsprojekte Menschen überhaupt wieder in Kontakt mit demokratischen Prozessen bringen will. Damit sollen vor allem junge Menschen nicht nur in ihrer politischen Sozialisation auf demokratische Wege gebracht werden, vielmehr verbindet sich damit zugleich die Hoffnung auf einen nachhaltigen Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort, die sich in der Langzeitperspektive auch intervenierend gegen normalisierende, antidemokratische Phänomene stellen könnte.

Auch in Reaktion auf die kommunalen Kriegsfolgen erweisen sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Förderregionen der Partnerschaften des vierten Strategietyps nach Einschätzung der Koordinator*innen als vergleichsweise wenig entwickelt. So sehen sie auch die eigene Förderregionen weniger gut auf die aktuellen Anforderungen vorbereitet, was sich etwa

153 Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

154 ISS e.V. 2022, S. 76.

in der vergleichsweise weniger häufigen Verankerung von kommunalen Plänen zum Umgang mit Geflüchteten ($M=3,4$; insg. $M=3,7$) zeigt.¹⁵⁵

Die Partnerschaften für Demokratie des vierten Strategietyps arbeiten in Förderkontexten, die von einer auffälligen Passivität in Fragen der Vielfaltförderung gekennzeichnet sind

Dieser wenig engagierte Kontext findet seine Entsprechung in einer lokalen Vereinslandschaft, in der auffällig wenig institutionalisierte Aktivitäten zu Themen der Vielfaltsgestaltung stattfinden. Das trifft besonders auf Migrant*innen-Selbstorganisationen zu, die sich wiederholt integrationsfördernden Maßnahmen (41 %, 24 von 59; insg. 65 %, 60 von 292) oder der Förderung von Demokratie und Vielfalt (24 %, 14 von 59; insg. 40 %, 115 von 292) widmen.¹⁵⁶

„Die haben halt einen sehr starken Musikverein oder einen sehr starken Liederkranz, die stärker sind oft als in den Städten. Aber es ist halt jetzt nicht, dass es da das internationale Welt-Café gibt oder was weiß ich was, was für. Alternative Jugendliche gibt es auch nicht“ (Ukr11_39)

Dieser auch in den qualitativen Interviews dokumentierten, eher schwach aufgestellten kommunalen Engagement-Landschaft im Bereich Vielfaltförderung und Fluchthilfe entsprechend sind auch die konkreten Hilfsaktivitäten, die in den Förderregionen umgesetzt werden, besonders selten im Vergleich zu den anderen strategietypenspezifischen Kontexten. Gerade im Bereich der Ersthilfe für Geflüchtete, wie medizinischer Versorgung, Arbeitsmarktintegration, Aufnahme in Bildungsinstitutionen oder auch der Freizeitgestaltung, schneiden die betreffenden Förderregionen nach Einschätzung der dort angesiedelten Koordinator*innen stets und z.T. deutlich schlechter ab.¹⁵⁷

Demgegenüber sind jedoch im Vergleich zu den anderen Partnerschaften mehr Aktivitäten in den betreffenden Förderregionen feststellbar, die im Bereich der *primären Koordination* von Hilfsangeboten, der Ermöglichung von Zugängen und Kontaktvermittlung oder auch der grundständigen Organisation von Sprachkursen verortet sind.¹⁵⁸ Vor dem Hintergrund der wenig etablierten Strukturen der lokalen Zivilgesellschaft und auch dem vergleichsweise geringen Grad an kommunaler Vorbereitung, verdichtet sich das Bild, dass in den betreffenden Förderkontexten viel Koordinationsleistungen bei der grundständigen Versorgung von zivilgesellschaftlicher Seite zu erbringen sind, weil es wenig eingespielte, kommunale Routinen oder etablierte Pläne zum Umgang mit den momentanen Herausforderungen gibt. Dieser Umstand hat zugleich Auswirkungen auf die Praxis der Partnerschaften in der Bearbeitung der aktuellen Auswirkungen des Krieges.

Es fällt auf, dass Partnerschaften des vierten Strategietyps im Vergleich zu den ersten drei Strategietypen die Auswirkungen des Krieges auf häufigsten nicht bearbeiten (17 %, 10 von

155 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

156 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

157 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

158 In Teilen wird in diesen Bereichen sogar mehr als in den Förderregionen der anderen Partnerschaften umgesetzt, gerade was etwa die Koordination von Hilfe angeht (64 %, 37 von 59, insg. 59 %, 172 von 292). Tabelle 47 im Anhang.

59, insg. 12 %, 36 von 292).¹⁵⁹ und diese zugleich über vergleichsweise geringe Erfahrungswerte im Bereich Vielfaltförderung ($M=3,8$; insg. $M=4,1$) bzw. Fluchthilfe ($M=3,3$; insg. $M=3,5$) verfügen.¹⁶⁰

Gesellschaftliche Vielfalt soll erfahrbar gemacht und Teilhabe im Alltag möglich gemacht werden

Vor diesem Hintergrund setzen die betreffenden Partnerschaften auch in der aktuellen Auseinandersetzung mit den kommunalen Kriegsfolgen einen strategischen Schwerpunkt auf niedrigschwellige Beteiligungsformate und die alltagsnahe Erfahrbarmachung von gesellschaftlicher Vielfalt. Sie beabsichtigen hierbei besonders über die Schaffung von Begegnungsräumen die „lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen“ (62 %, 36 von 59; insg. 52 %, 152 von 292) zu stärken, die über gegenseitige Kontaktmöglichkeiten letztlich zur Offenheit gegenüber ankommenden Personen und zum allmählichen Abbau vielfaltanlehrender Ressentiments beitragen können. In diesem Sinne ist auch die verstärkte Adressierung von Zielen zu verstehen, die auf die Einbindung von Geflüchteten in den Rahmen der Partnerschaften (28 %, 16 von 59, insg. 24 %, 70 von 292) oder allgemein auf die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten (29 %, 17 von 59, insg. 22 %, 64 von 292) ausgerichtet sind (vgl. Abb. 16d).¹⁶¹ Diese Orientierung auf das erste Zusammenkommen und Einbinden von Menschen mit Fluchtgeschichte in lokale Strukturen lässt sich neben der geringen Verbreitung von migrantischen (Selbst-) Organisationen auch mit dem in den betreffenden Förderregionen vergleichsweise niedrigen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte erklären (9 %, insg. 12 %), die vor Ort – wie gesehen – nur wenige Möglichkeiten der Selbstorganisation vorfinden.¹⁶²

„Man kennt nicht viel Menschen mit Migrationshintergrund. Ja, das sind so die Herausforderungen. Die Kommune A hat mit Kommune B unter Umständen noch nie Kontakt irgendwie gehabt.“ (Ukr11_20)

Wie der Ausschnitt aus dem qualitativen Interview exemplarisch verdeutlicht, geht es hier oftmals darum, überhaupt erste Kontakte zwischen Bevölkerungsgruppen herzustellen, gesellschaftliche Vielfalt durch lebensnahe Zusammenkünfte sicht- und erfahrbar und auch zivilgesellschaftliche Vernetzung durch Veranstaltungen möglich zu machen, zu denen sich die vor Ort oftmals sehr fragmentierte Zivilgesellschaft zusammenfinden kann.

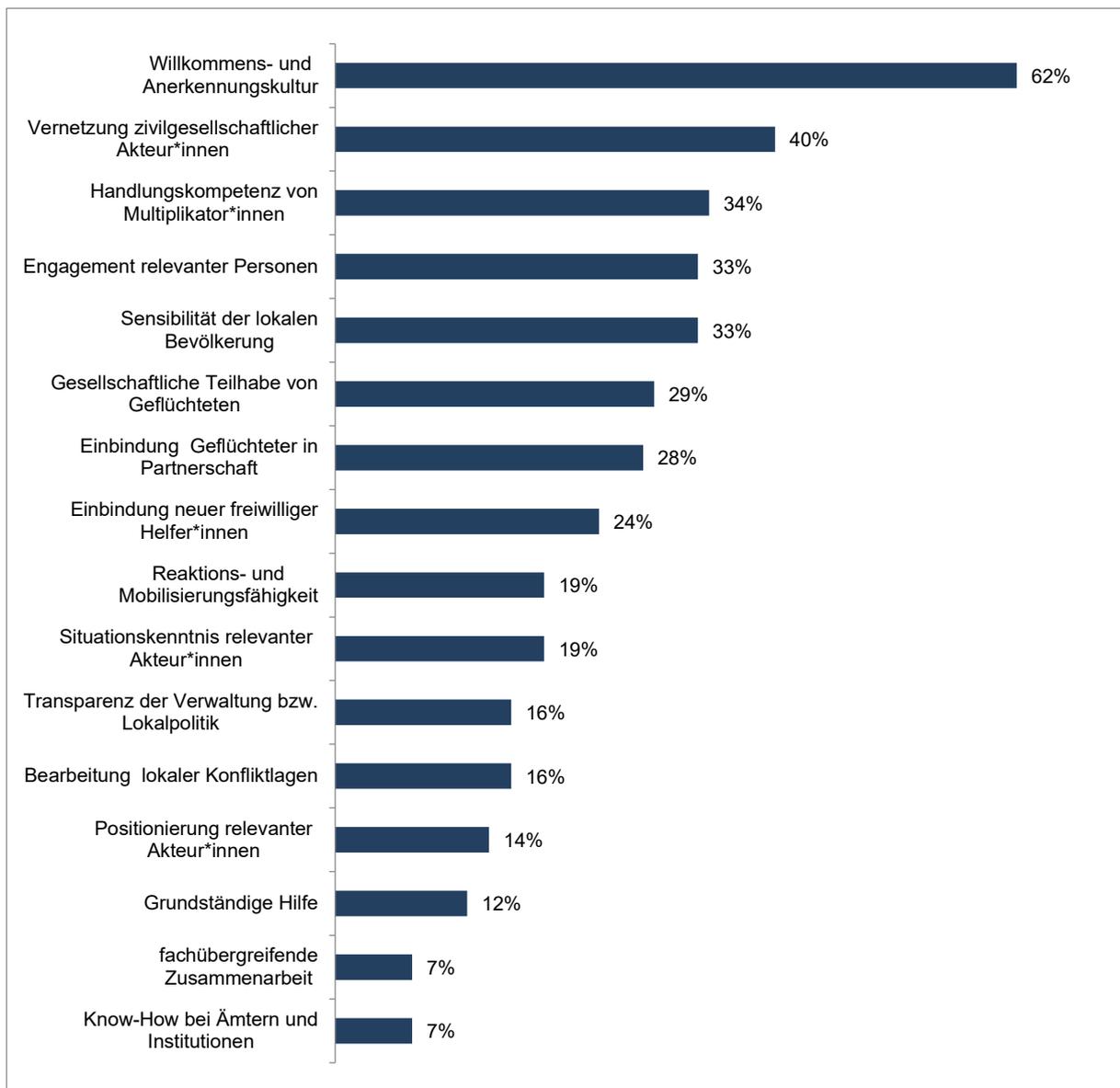
159 Vgl. Tabelle 49 im Anhang.

160 Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

161 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

162 Vgl. zu dieser Verknüpfung von Strategietypen mit extern eingeholten Sekundärdaten zu den betreffenden Kommunen/Landkreisen Tabelle 54 im Anhang.

Abbildung 16d: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 4)¹⁶³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=59).

Während den Partnerschaften des Strategietyps 4 die Vernetzung und Koordination durchschnittlich gut gelingt, bestehen bei der Umsetzung von Integration und Ressentimentabbau Probleme

Während es Partnerschaften des vierten Strategietyps überdurchschnittlich gut gelingt, Vernetzung zwischen Akteur*innen herzustellen, die im Bereich der Unterstützung Geflüchteter aktuell engagiert sind (52 %, 30 von 59; insg. 46 %, 134 von 292), oder entsprechende „Hilfs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Personen“ bekannt zu machen (45 %, 26 von 59; insg. 42 %, 122 von 292), haben sie im Vergleich zu den anderen Partnerschaften weniger Erfolg dabei, die von ihnen anvisierten, lokalen Begegnungsräume zu etablieren, die vor allem

163 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

dem Abbau von etwaigen Ressentiments dienen sollen (33 %, 19 von 59; insg. 41 %, 119 von 292).¹⁶⁴ Besonders gering fällt hier die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen aus, die explizit im Bereich der Aufklärung und Sensibilisierung gegenüber zuwanderungskritischen Positionen und antidemokratischen Phänomenen verortet sind.¹⁶⁵ Dieser Umstand findet seine Entsprechung auch in der Zurückhaltung hinsichtlich der adressierten Ziele in diesem Bereich, werden von den betreffenden Partnerschaften mögliche Ziele, die auf die direkte Auseinandersetzung, Sichtbarmachung oder die öffentliche Positionierung im Angesicht vielfalttablehender Phänomene abheben, durchweg unterdurchschnittlich oft angegeben.¹⁶⁶ Besonders auffällig ist dabei der im Vergleich geringere Anteil von Partnerschaften, die die fachübergreifende Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bei lokalen Konfliktlagen ins Auge fassen (7 %, 4 von 59; insg. 16 %, 46 von 292).¹⁶⁷ Damit wird deutlich, dass der Fokus von Zielen und Maßnahmen nicht nur auf niedrigschwelligen Formaten liegt, sondern auch dezidiert kein konfliktorientierter Ansatz gewählt wird.

Dies hat auch mit den spezifischen kommunalen Rahmenbedingungen des vierten Strategietyps zu tun, der mit Problemen der Depolitisierung bzw. Konfliktnegierung bei antidemokratischen Vorfällen zu kämpfen hat.¹⁶⁸ Die Partnerschaften dieses Strategietyps setzen auch in der Auseinandersetzung mit den kommunalen Kriegsfolgen vor allem auf mit positiven Narrativen besetzte Projekte oder bieten Veranstaltungen an, die eher über die Kriegsfolgen informieren, denn über etwaige antidemokratische Folgeeffekte aufklären sollen, um den mitunter demokratieskeptischen Förderkontext nicht zu verschrecken.

4.1.5 Typ 5: Teilhabeorientierte Vielfaltgestaltung in der Unterstützung von Geflüchteten

Förderregionen, die proportional zur Gesamtverteilung der Partnerschaften auf die neuen und alten Bundesländer gleich verteilt sind und sowohl in ländlichen wie in städtischen Kontexten zu finden sind, prägt zwar eine grundsätzlich positive Ausstattung mit kulturellen und infrastrukturellen Ressourcen, der einen „optimistischen Blick auf die zukünftige Entwicklung der Regionen“¹⁶⁹ zur Folge hat. Wenn damit im Vergleich zwar eher wenig problembehaftet durch direkte Vorfälle, so weisen diese Regionen doch zugleich Tendenzen der sozialräumlichen

164 Vgl. Tabelle 40 im Anhang. Demgegenüber gelingt es den betreffenden Partnerschaften vor allem niedrigschwellige Angebote umzusetzen, die nicht direkt dem Abbau von Ressentiments gewidmet sind, sondern sich vor allem im Bereich von Freizeitaktivitäten verorten lassen und damit eher indirekt über Teilhabe und Kontaktmöglichkeiten etwaigen Vorurteilen entgegenwirken können (53 %, 31 von 59; insg. 46 %, 134 von 292). Vgl. dazu Tabelle 46 im Anhang.

165 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

166 Vgl. Tabelle 37 im Anhang. Diese betrifft etwa die „öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen“ (14 %, 8 von 59; insg. 17 %, 50 von 292), die „Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen“ (16 %, 9 von 59; insg. 19 %, 55 von 292) oder die Förderung der „Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen“ (33 %, 19 von 59; insg. 37 %, 107 von 292) (vgl. ebd.).

167 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

168 Vgl. ISS e.V. 2022, S. 77f.

169 Ebd., S. 93.

Segregation und einem „Rassismus der Mitte“¹⁷⁰ auf, die vielerorts in einem „vielfaltskeptischen Klima“¹⁷¹ münden. Auch weil diese Problemlagen nicht wie andernorts mit einem breiten Gefühl der Politikverdrossenheit einhergehen, reagieren die Partnerschaften des fünften Strategietyps (n = 65) auf diese Rahmenbedingungen mit einem ausdrücklichen Fokus auf Maßnahmen der Vielfaltgestaltung (und seltener der Demokratieförderung). Dabei werden jedoch weniger Ansätze verfolgt, die sich mit Antidiskriminierung, Betroffenenberatung und/oder präventiven Maßnahmen in Auseinandersetzung mit rassistischen Vorfällen beschäftigen – teils weil es in den Förderregionen schon andere Akteur*innen gibt, die diese Aufgabe übernehmen, teils um mehr gesellschaftspolitische Akzeptanz in problembehafteten Förderregionen für die eigenen Maßnahmen zu erlangen.¹⁷² Vielmehr sollen vor allem niedrigschwellige Angebote der politischen Bildung besonders für junge Leute umgesetzt werden, die auf die positive Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe und die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Vielfalt ausgerichtet sind. Vielfalt soll vor allem als Wert und Lebensform ersichtlich und erfahrbar und damit in der lokalen Bevölkerung verankert werden.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Strategietypen zeichnen sich die geförderten Regionen des fünften Strategietypen dadurch aus, dass die kommunalen Strukturen nach Einschätzung der betreffenden Koordinator*innen überdurchschnittlich gut auf die aktuelle Situation vorbereitet sind – etwa weil bereits Pläne zum Umgang mit geflüchteten Menschen vorliegen (M=4,0; insg. M=3,7), Entscheidungsebenen von relevanten Ämtern offen die Förderung gesellschaftlicher Vielfalt unterstützen (M=4,1; insg. M=3,9) oder diese entsprechende Entscheidungen transparent gegenüber der lokalen Bevölkerung machen (M=3,5; insg. M=3,3).¹⁷³ Dabei kann zusätzlich auf eine vergleichsweise große Anzahl von Vereinen zurückgegriffen werden, die sich im Bereich der Vielfaltgestaltung und der Unterstützung Geflüchteter engagieren.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten von Typ 5-Partnerschaften bezüglich der Auswirkungen des Krieges steht die direkte Unterstützung der Geflüchteten

Entgegen bspw. der von Typ 3 verfolgten direkten Auseinandersetzung mit Formen vielfaltablehnender Diskriminierung legen die Typ 5-Partnerschaften ihren Fokus auf Ziele, die auf die direkte Ersthilfe und Beratung von Geflüchteten ausgerichtet sind. So wird etwa die „Bereitstellung primärer Hilfe und Unterstützung“ auffallend oft adressiert (20 %, 13 von 65; insg. 16 %, 48 von 292) und zugleich auch die Einbindung neuer Helfer*innen (28 %, 18 von xxx; insg. 27 %, 78 von 292) oder Geflüchteter (28 %, 18 von 65; insg. 27 %, 78 von 292) in die zivilgesellschaftlichen bzw. in die Strukturen der Partnerschaft zumindest (leicht) überdurchschnittlich oft als Ziel angegeben.¹⁷⁴

170 Ebd., S. 94.

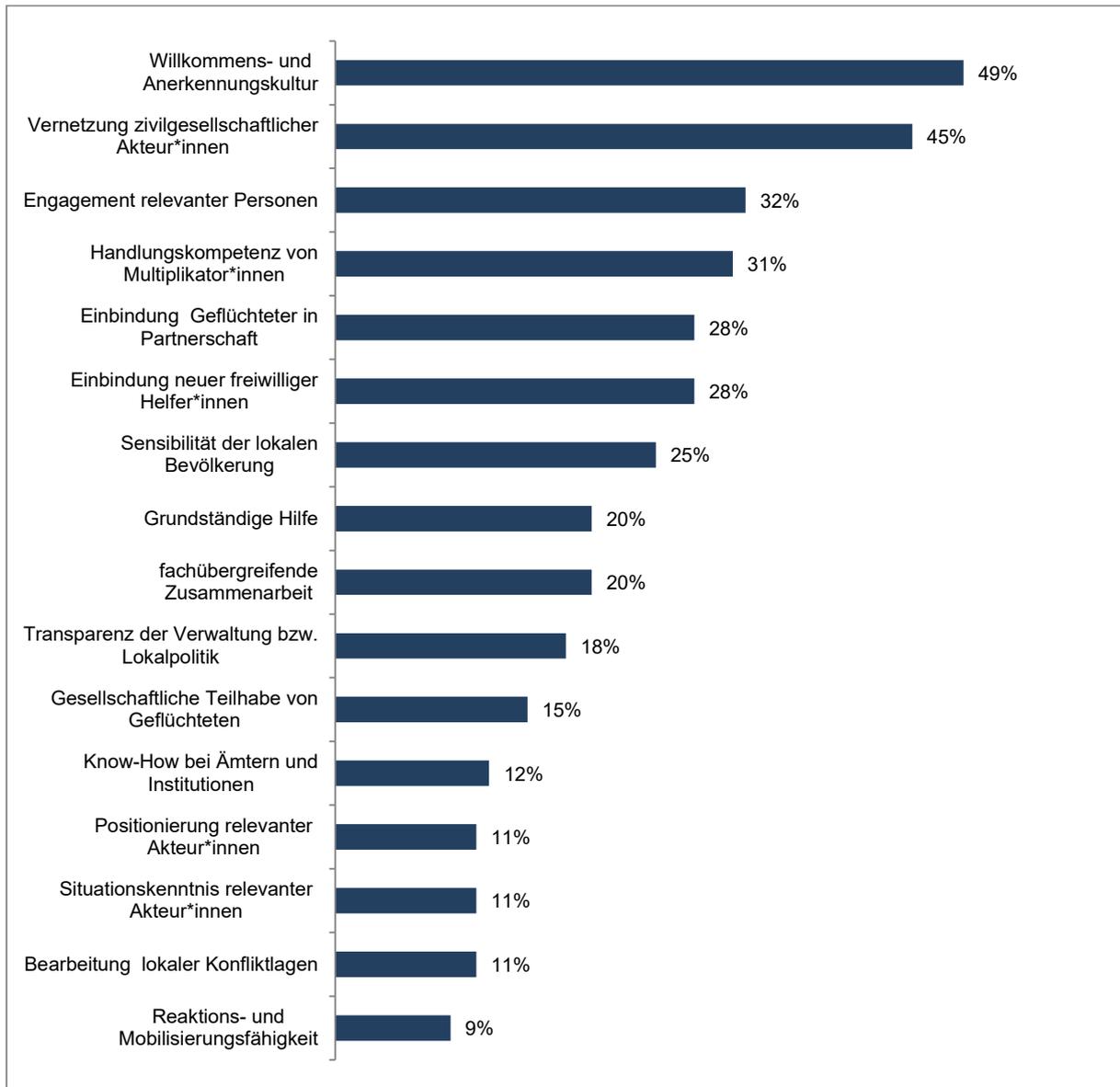
171 Ebd., S. 95.

172 Vgl. dazu ISS 2022, S. 100f.

173 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

174 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

Abbildung 16e: Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie (Strategietyp 5)¹⁷⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=65).

Auch bezüglich der nach Selbsteinschätzung erfolgreich umgesetzten Maßnahmen geben die betreffenden Partnerschaften an, dass es ihnen besonders in Bereichen gelungen ist, Projekte zu verwirklichen, die auf die direkte Arbeit mit Geflüchteten zielen – etwa Beratungsangebote für Personen mit Fluchtgeschichte zu etablieren (28 %, 18 von 65; insg. 23 %, 66 von 292), bisher themenfremde Akteur*innen in diesem Bereich zu aktivieren (22 %, 14 von 65; insg. 17 %, 49 von 292) oder (leicht überdurchschnittlich) entsprechende Hilfsangebote bekannt zu machen (43 %, 28 von 65; insg. 42 %, 122 von 292).¹⁷⁶ Die primäre Ersthilfe in Form von Sach- und Kleiderspenden (17 %, 11 von 65; insg. 15 %, 45 von 292) oder die Sprachkurse für Geflüchtete (17 %, 11 von 65; insg. 14 %, 41 von 292) werden proportional etwas häufiger auf

¹⁷⁵ Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

¹⁷⁶ Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

Projektebene umgesetzt als im Durchschnitt der anderen Partnerschaften.¹⁷⁷ Auf der Ebene von Veranstaltungen fällt ebenfalls auf, dass Partnerschaften des fünften Strategietyps sowohl im Vergleich zu den anderen Partnerschaften als auch im Binnenvergleich zu den anderen möglichen Themenschwerpunkten (wie etwa das aktuelle Kriegsgeschehen oder demokratiegefährdende Verschwörungsnarrative) besonders Angebote umsetzen, die sich an Geflüchtete selbst richten (25 %, 16 von 65; insg. 18 %, 53 von 292).¹⁷⁸

Konfliktlagen werden in den Typ 5-Partnerschaften wenig direkt bearbeitet, weil dies andere Akteur*innen vor Ort übernehmen, es wenig diesbezügliche Probleme gibt oder die Auseinandersetzung mit Konflikten über positiv gerahmte, niedrighschwellige Begegnungsprojekte geführt wird

Dieser Fokus auf direkte Hilfe und beratende Unterstützung von Geflüchteten ist insofern überraschend, als sich, wie gesehen, die betreffenden Partnerschaften in kommunalen Kontexten verorten, die in den Bereichen Vielfaltgestaltung und Unterstützung Geflüchteter durchaus gut aufgestellt sind. Eine Erklärung dafür kann in den mitunter heterogenen Förderkulissen der unter Typ 5 zusammengefassten Partnerschaften gefunden werden. Erstens sind hier Partnerschaften versammelt, die sich in Kontexten wiederfinden, in denen bereits andere Akteur*innen vor Ort aktiv sind, die eher intervenierend-konfliktorientierte Ansätze verfolgen; zweitens solche, in deren Förderregionen keine maßgeblichen Konflikte zu verzeichnen sind und vor diesem Hintergrund ein Fokus auf die direkte Einbindung von Geflüchteten gelegt werden kann; drittens finden sich unter diesem Strategietyp auch solche Partnerschaften, die mit durchaus problematischen kommunalen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, in denen vielfaltablehnende Positionen eine starke Verbreitung haben. Letztere setzen vor diesem Hintergrund nicht nur auf die Durchführung von mit positiven Narrativen besetzter Projekte, um die gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt zu erhöhen und etwaige Akteur*innen durch kritische Positionen nicht zu verschrecken, vielmehr müssen jene Partnerschaften teilweise auch selbst in den Bereichen primärer Hilfeleistungen aktiv werden, weil die kommunalen Strukturen hier wenig engagiert sind. Gerade die letzten beiden Aspekte können wie auch die Angaben in den qualitativen Interviews erklären, warum sich Partnerschaften dieses Typs in der direkten Unterstützung Geflüchteter häufiger engagieren (müssen):

*„Also erste Antwort war, es hat sich einfach kein anderer bereiterklärt sozusagen, das zu machen. Das war schon so ein Vakuum also sogar damals mit der Zeit zu spüren, [...] Wer koordiniert das? Wer macht das? Und da war einfach spürbar, dass sich alle so ein bisschen die Hände hoben und ‚nein, wir haben keine Ressourcen gerade‘. Und also von daher war es schon eine bewusste Entscheidung auch, die wir als Partnerschaft dann getroffen haben, dass wir dann die Ressourcen frei machen, um das zu gewährleisten, weil das wäre sehr viel schlechter, glaube ich, gelaufen, wenn das nicht passiert wäre, diese ganze Vernetzung.“
(Ukr12_109)*

177 Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

178 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich folgerichtig nicht nur die Relevanzsetzung der beschriebenen Ziele und Maßnahmen, sondern zugleich auch die Zurückhaltung bei Themen, die auf die direkte Adressierung von Konfliktlagen und die Problematisierung von vielfaltablehnenden Phänomenen ausgerichtet sind. Entweder dies machen vor Ort schon andere Akteur*innen, es gibt wenig diesbezügliche Probleme oder die Auseinandersetzung mit den Konflikten wird aus strategisch-projektaktischen Gründen nicht vertiefend bzw. eher indirekt bearbeitet über positiv gerahmte, niedrigschwellige Begegnungsprojekte.¹⁷⁹

Die Strategietypen validieren sich am Anwendungsfall und erklären Unterschiede

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass typenspezifische Unterschiede zwischen den aktuellen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und umgesetzten Maßnahmen deutlich werden. Damit bestätigen sich letztlich nicht nur die Strategietypen der Partnerschaften im Anwendungsfall einer akuten Krisensituation. Vielmehr wird zugleich deutlich, wie sich damit zugleich fünf zentrale Muster in der Bearbeitung der kommunalen Kriegsfolgen herausarbeiten lassen, die zugleich ersichtlich machen, warum bestimmte Partnerschaften Gruppen von Zielen mehr oder weniger stark adressieren und wie es ihnen gelingt, entsprechende Maßnahmen in ihren Förderregionen umzusetzen.

4.2 Förderliche Bedingungen: Erfahrungen als Einflussgröße für die aktuelle Arbeit

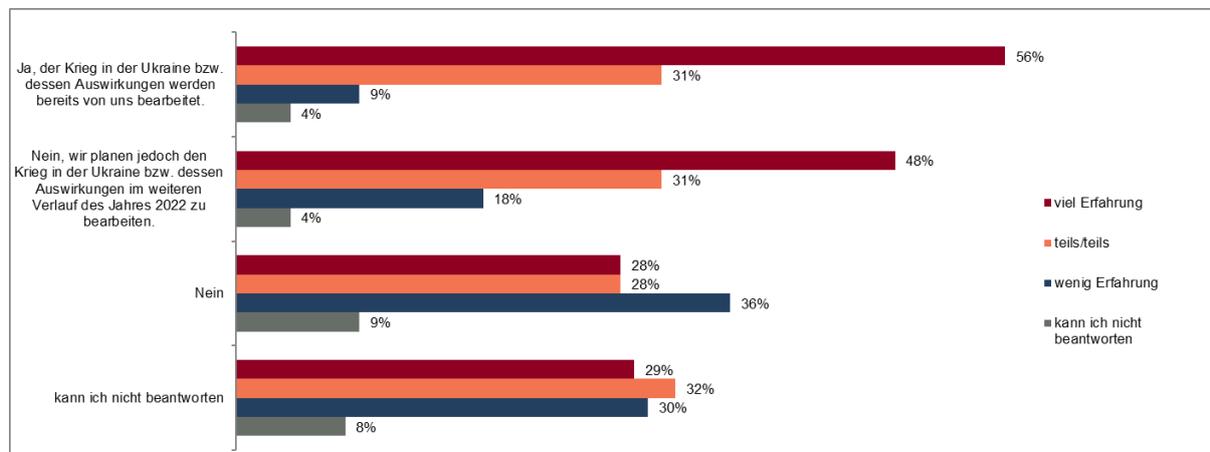
Wie in anderen Arbeitsbereichen spielt die Erfahrung, auf die Partnerschaften für Demokratie zurückgreifen können, auch im Kontext der aktuellen Herausforderungen eine zentrale Rolle und erweist sich sowohl im Hinblick auf die adressierten Ziele als auch auf die umgesetzten Maßnahmen als wesentliche Einflussgröße.¹⁸⁰ Vor diesem Hintergrund lässt sich zunächst hervorheben, dass Partnerschaften, die die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine bereits zum Befragungszeitpunkt im Juli 2022 zum Gegenstand ihrer Arbeit machen, auffallend häufig über langjährige Erfahrungen in der Hilfe und Unterstützung geflüchteter Menschen verfügen (56 %, 64 von 338) (vgl. Abb. 17).¹⁸¹

179 Gerade diese Förderung von Begegnungsräumen als indirekte Form der Reaktion auf möglich Konfliktlagen wird von den betreffenden Partnerschaften vergleichsweise häufiger verfolgt (66 %, 43 von 65; insg. 62 %, 181 von 292) – besonders im Vergleich zu Typ 1 und 4. Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

180 Grundsätzlich lässt sich im Angesicht der Bearbeitung der aktuellen Kriegsfolgen durch die Partnerschaften zeigen, dass es weniger der inhaltliche Fokus auf Vielfaltförderung in den übergreifend anvisierten Arbeitsschwerpunkten, denn die Erfahrung in jenen Bereich ist, die einen Ausschlag dafür gibt, inwiefern Partnerschaften in der Bearbeitung der kommunalen Kriegsauswirkungen aktiv werden (bzw. planen, dies zum Zeitpunkt der Befragung zeitnah zu tun).

181 Demgegenüber sind unter den Partnerschaften, die in diesem Bereich weder aktiv sind noch planen, dies zu werden, überdurchschnittlich viele, die keine Erfahrungen im Bereich der Fluchthilfe besitzen (36 %, 17 von 47). Vgl. Tabelle 55 im Anhang. Als noch deutlicher erweist sich dieser Zusammenhang hinsichtlich Erfahrungen im Bereich der Vielfaltförderung, können doch 78 % (90 von 115) der Partnerschaften, die sich aktuell hinsichtlich der kommunalen Kriegsfolgen engagieren, auf große Erfahrungswerte in jenem Handlungsfeld aufbauen. Vgl. Tabelle 56 im Anhang.

Abbildung 17: Bearbeitung der Auswirkungen des Angriffskrieges durch die Partnerschaften für Demokratie in Abhängigkeit ihrer Erfahrungen im Bereich der Hilfe und Unterstützung geflüchteter Menschen¹⁸²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Erfahrungen im Bereich der Unterstützung und Hilfe von Geflüchteten führen zu einer häufigeren und inhaltlich breiteren Adressierung von Zielen, die sich auf Auswirkungen des Krieges beziehen

Dabei geben diese Partnerschaften für Demokratie mit hohen Erfahrungswerten auch häufiger Zielstellungen spezifisch im Bereich der Unterstützung von Geflüchteten an (über alle Ziele in diesem Arbeitsbereich hinweg durchschnittlich 55 %) als Partnerschaften mit wenig (11 %) oder mittleren Erfahrungsbeständen (31 %).¹⁸³ Auffällig ist dabei im Binnenvergleich der anvisierten Ziele, dass es überdurchschnittlich häufig Partnerschaften mit fundierten Kenntnissen sind, die sowohl das Wissen und die Handlungskompetenz von Ämtern und kommunalen Institutionen fördern (62 %, 26 von 42) als auch zum öffentlichen Eintreten von relevanten Akteur*innen aus Politik und Verwaltung beitragen wollen (60 %, 33 von 55).¹⁸⁴ Bestehende Kenntnisse, Routinen und etablierte Kompetenzen speisen hier die Überzeugung, Wissen in relevanten kommunalen Institutionen vergrößern und auch intervenierend die Positionierung von politischen und verwaltungsseitigen Spitzen einfordern zu wollen. Ebenso kann der überdurchschnittliche Fokus auf die Bereitstellung von primären Hilfsangeboten auf bestehende Erfahrungswerte im Bereich der Fluchthilfe (58 %, 29 von 50)¹⁸⁵ zurückgeführt werden, können doch erfahrene Akteur*innen in diesem Bereich besonders schnell an bereits vorliegende Strukturen und Konzepte anschließen (siehe dazu auch die kommenden Abschnitte). Unterstreichen lässt sich dies durch die Einsicht, dass genau in diesen Bereichen weniger erfahrene

182 Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

183 Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

184 Die unterschiedlichen Angaben der absoluten Zahlen ergeben sich aus den jeweils unterschiedlichen Grundgesamtheiten, auf die sich die Prozentangaben beziehen – hier die unterschiedliche Gesamtanzahl der Partnerschaften, die angegeben haben, die jeweiligen Ziele zu verfolgen. Bei der Förderung von Know-How in Ämtern ist die Gesamtanzahl N = 42; bei der öffentlichen Positionierung von Politik und Verwaltung N = 55. Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

185 Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

Partnerschaften besonders selten ihre Ziele setzen und ihren Fokus eher auf die niedrigschwellige Einbindung von lokaler Bevölkerung und/oder Geflüchteten richten.¹⁸⁶

Partnerschaften für Demokratie, in denen Praxiswissen im Bereich der Unterstützung Geflüchteter existiert, setzen mehr Projekte erfolgreich um

Die breitere Zielstellung von Partnerschaften mit bestehenden Erfahrungen im Bereich der Unterstützung Geflüchteter findet ihre Entsprechung auch in der engagierteren Durchführung von Maßnahmen vor Ort, geben die betreffenden Partnerschaften im Vergleich doch deutlich häufiger an, dass es ihnen vor Ort gelungen ist, Maßnahmen in Reaktion auf die kommunalen Kriegsauswirkungen erfolgreich umzusetzen.¹⁸⁷ Dies betrifft vor allem Formate, die etwa durch die Anhörung von Expert*innen die Kenntnis der aktuellen Lage vor Ort bei Politik und Zivilgesellschaft erhöhen und deren Handlungssicherheit stärken sollen (70 %, 40 von 57).¹⁸⁸ Auch hier spielen etablierte Kenntnisse und Netzwerke eine wesentliche Rolle, tragen diese doch maßgeblich dazu bei, lokales Situationswissen zu generieren und entsprechende Personen mit Kontextwissen zusammenzubringen.

Ebenso zeigt sich, dass fluchtbezogene Kompetenzen es den betreffenden Partnerschaften erleichtern, Maßnahmen erfolgreich durchzuführen, die auf die direkte Arbeit mit Geflüchteten abzielen, z.B. indem diese in lokale Entscheidungsprozesse miteingebunden (63 %, 12 von 19) oder Beratungsangebote angeboten werden (61 %, 45 von 74). Dies betrifft auch Projekte, die sich explizit auf den Umgang mit vielfaltablehnenden Konfliktlagen beziehen und die entsprechende Positionierung relevanter Akteur*innen vor Ort antreiben wollen (64 %, 34 von 53).¹⁸⁹

Erfahrene Partnerschaften leisten einen maßgeblichen Beitrag vor Ort bei der Bearbeitung der aktuellen Herausforderungen

Vor diesem Hintergrund wenig überraschend bewerten die Koordinator*innen der Partnerschaften mit entsprechenden Erfahrungen im Bereich der Unterstützung Geflüchteter auch ihren Beitrag vor Ort bei der Realisierung von adressierten Zielen höher als die anderen Partnerschaften.¹⁹⁰ Das gilt besonders für drei Bereiche: erstens ist es den betreffenden Partnerschaften häufiger gelungen, einen großen Beitrag zu leisten für die Einbindung und Aktivierung von neuen zivilgesellschaftlichen Helfer*innen und Geflüchteten.¹⁹¹ Hier scheinen nicht nur die bestehenden Netzwerke und Kommunikationskanäle zur Engagementförderung, sondern

186 Das gilt besonders für zwei Ziele: Bei der öffentlichen Positionierung von politischen Spitzen sind dies etwa nur 7 % (4 von 55) bzw. bei der Förderung von Know-How in Ämtern ebenfalls nur 7 % (3 von 42). Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

187 Über alle Maßnahmenbereiche hinweg, geben mit durchschnittlich 57 % die erfahrenen Partnerschaften deutlich häufiger an, erfolgreich ihre Ziele umgesetzt zu haben, als Partnerschaften mit einem mittleren (30 %) oder geringen (10 %) Erfahrungsniveau. Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

188 Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

189 Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

190 So verfügen von allen Partnerschaften, deren Koordinator*innen angeben, vor Ort einen großen Beitrag bei der Realisierung ihrer aktuellen Zielstellungen erreicht zu haben, 62 % über hohe Erfahrungswerte im Bereich Flucht, während nur 5 % einen großen Beitrag ihrer Partnerschaft vor Ort erkennen, die geringe Erfahrungen besitzen. Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

191 Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

auch die Zielgruppenansprache hinsichtlich der entsprechenden Gruppierungen durch adäquate Angebote und Projekte besser zu funktionieren, die damit einen spürbaren Einfluss auf die Situation vor Ort ausgeübt haben. Zweitens konnte die besagte Gruppe von Partnerschaften entsprechend ihrer verstärkten inhaltlichen Ausrichtung auf politisch-administrative Akteur*innen öfter einen großen Beitrag leisten bei der Wissens- und Kompetenzvermittlung in Politik und Verwaltung und zugleich zur Förderung transparenter Entscheidungen hinsichtlich des Umgangs mit Geflüchteten vor Ort und zur Stärkung von öffentlicher Gegenrede bei menschen- und demokratiefeindlichen Bestrebungen beitragen. Auch hier spiegelt sich der schon bei den gesetzten Zielen skizzierte Befund wider, dass gerade erfahrenen Partnerschaften entlang ihrer Expertise im Bereich Flucht themenbezogen auf kommunaler Ebene in den politischen Raum wirken können und die Koordinator*innen ihre Partnerschaften zugleich als relevante Stimme vor Ort wahrnehmen.¹⁹² Drittens leisten die betreffenden Partnerschaften in der Bereitstellung von primären Hilfe- und Unterstützungsangeboten für geflüchtete Menschen einen auffallend großen Beitrag, der nicht zuletzt mit ihrem inhaltlichen Fokus und den vorliegenden Erfahrungsbeständen in diesem Handlungsfeld zu erklären ist.¹⁹³

Gelingt es somit besonders Partnerschaften mit hohen Erfahrungswerten im Bereich der Unterstützung und Hilfe von geflüchteten Menschen nicht nur eine breite Zielstellung in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine zu entwickeln, sondern vor Ort auch erfolgreich entsprechende Maßnahmen umzusetzen, die – nach der Selbsteinschätzung der betreffenden Koordinator*innen - in ihren Förderregionen Wirkungen entfalten können, so stellt sich damit zugleich die Frage, auf welche Vorarbeiten jene Partnerschaften konkret aufbauen können und welche Anschlussmöglichkeiten an bestehende Strukturen bei ihnen womöglich häufiger vorliegen.

Auf eigene Erfahrungen und kommunal verankerte Kooperationsstrukturen kann jetzt wieder zurückgegriffen und die Arbeit dadurch erleichtert werden

Sowohl in den qualitativen Interviews mit den Koordinator*innen als auch in den Angaben der quantitativen Befragung wird deutlich, dass erfahrene Partnerschaften deutlich häufiger auf Vorarbeiten und interne Strukturen zugreifen können, die es ihnen erlauben, zum einen schneller Maßnahmen durchzuführen und zum anderen ein breiteres Portfolio von Zielen und Projekten anzuvisieren, die z.T. auf bereits bestehenden Konzepten aufbauen.

„Sowohl Rückgriff auf den Träger als auch auf Netzwerke natürlich, die durch den Träger bestehen, Projekte, die es da schon gibt oder gab, Vorwissen, entsprechendes [...] Also einerseits personelles Wissen, aber auch entsprechende Veranstaltungskonzepte oder Broschüren oder Bücher.“ (Ukr10_101)

Wie dieser Eindruck aus dem qualitativen Sample exemplarisch verdeutlicht, sind es gerade erfahrene Partnerschaften, die auf „Konzepte und Formate, die im Zuge und/oder Nachfolge der Fluchtbewegungen der Jahre um 2015 entwickelt wurden“, zurückgreifen können (61 %,

192 Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

193 Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

85 von 139).¹⁹⁴ Das Vorhandensein bereits bestehender Konzepte erlaubt dabei nicht nur die reaktionsschnelle und handlungssichere Bearbeitung der aktuellen Krise, sondern auch die zeitnahe Anpassung und Umsetzung von Projektformaten, die sich hinsichtlich der Auswirkungen von Fluchtmigration schon einmal bewährt haben.

Neben Konzepten und eigenen praktischen Vorarbeiten spielen bei der Bearbeitung der aktuellen Kriegsfolgen vor allem bestehende Netzwerke eine maßgebliche Rolle, helfen diese doch entscheidend dabei, Hilfen zu organisieren, Unterstützung zu koordinieren und zugleich die Aufgaben in der lokalen Zivilgesellschaft adäquat sowie kontext- und problemlagensensibel aufzuteilen. Auch hier können in diesem Bereich erfahrene Partnerschaften besonders häufig auf bereits etablierte Gremien und Gesprächsformate (58 %, 67 von 115) oder Kooperationsstrukturen (54 %, 115 von 214) aufbauen, die mit Vereinen und freiwilligen Helfer*innen vor Ort existieren.¹⁹⁵ Sowohl das darin sedimentierte Koordinationswissen als auch die etablierten Kommunikationskanäle erweisen sich dabei als wesentliche Faktoren für eine gelingende Umsetzung von anvisierten Unterstützungsangeboten, was auch in den qualitativen Interviews mit den Koordinator*innen bestätigt wird.

„Wir haben ab 2016 mit dieser ‚Geflüchtetenwelle‘ uns natürlich eine Grundstruktur beziehungsweise Netzwerke aufgebaut. Man kennt Vereine, wo man weiß, auf die kann man auf jeden Fall mit diesen Themen zugehen, die helfen, die sind dabei. Und ich finde dieses Grundnetzwerk [...] hat uns einfach unglaublich geholfen. Weil man braucht einen Grundstock an Menschen, auf den man sich verlassen kann. Und dann ist man auch viel flexibler, dann den Kreis zu erweitern, Leute dazu zu holen. Wir hatten ja auch ganz viele Vereine dabei, mit denen habe ich vorher noch nie irgendwas zu tun gehabt.“ (Ukr11_154)

Zusammenfassend zeigt sich nicht nur, mit wie heterogenen Kontexten und Phänomenen die Partnerschaften auch im Angesicht der aktuellen Krise konfrontiert sind, sondern wie einflussreich bestehende Erfahrungswerte, inhaltlich-strategische Ausrichtungen und kontextuelle Rahmenbedingungen für die konkrete Praxis der Partnerschaften sind. Dabei konnte gezeigt werden, dass stabile Kooperationsstrukturen und bestehende Erfahrungswerte sich als förderliche Einflussfaktoren für eine breit aufgestellte und zugleich erfolgreiche Arbeit der Partnerschaften herausarbeiten lassen. Im Angesicht der aktuellen, multiplen Krisenzeit und zukünftig weiter zu erwartender Flucht- und Migrationsbewegungen sollten nicht nur bestehende Kooperationsstrukturen und Handlungskompetenzen gesichert, sondern auch der Wissenstransfer zwischen den Partnerschaften bezüglich der Gestaltung institutionalisierter Netzwerkstrukturen und ihres Aufbaus nochmals ausdrücklich forciert werden.

194 Vgl. Tabelle 54a im Anhang. Das gilt besonders für bereits von den Koordinator*innen selbst oder im Rahmen der Partnerschaften erfolgreich durchgeführte Projekte und Tätigkeiten (wie etwa Spendenaktionen oder andere Hilfsmaßnahmen), die mit Praxiserfahrungen und Handlungskompetenzen einhergehen, an die erfahrenen Partnerschaften deutlich häufiger anschließen und aufbauen können (70 %, 42 von 60), um jetzt wieder erfolgreich Maßnahmen umsetzen zu können. Vgl. ebd.

195 Vgl. Tabelle 54a im Anhang.

5 Empfehlungen

In aller Kürze

Dieses abschließende Kapitel formuliert aufbauend auf den Befunden der Untersuchung Empfehlungen für die weitere Programmgestaltung. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Auseinandersetzung mit der populistischen Protestbewegung und den mit ihr einhergehenden neuartigen Herausforderungen hinsichtlich der Analyse des Phänomens und der Entwicklung adäquater Handlungsoptionen.

Gegenüber dem allgemein auf hohem Niveau verharrenden Problemdruck, den die Partnerschaften hinsichtlich der Handlungsfelder Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und der Abwehr demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen zurückmelden, nehmen die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine aus der Sicht der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie eher eine mittlerrangige Bedeutung ein. Daher verlagern sie ihre lokalen Arbeitsschwerpunkte nur in Teilen. Gleichwohl bearbeiten sie das neue Thema aber mit zahlreichen und diversen Einzelmaßnahmen dort, wo es nötig ist, mit besonderer Intensität in ostdeutschen Landkreisen. Zugleich zeichnen sich neue, wie auch weiterhin bestehende Herausforderungen ab, die unterstützende Impulse seitens der Programmsteuerung nahelegen. Die folgenden Abschnitte stellen zentrale Handlungsempfehlungen vor, die sich aus dieser gesellschaftlichen Gesamtsituation und ihren Auswirkungen auf die Arbeit der Partnerschaften ergeben.

Auch in Hinblick auf die Auswirkungen des Ukrainekriegs haben die Partnerschaften für Demokratie gezeigt, dass sie in besonderer Weise in der Lage sind, ihr Handeln flexibel auf neue lokale Herausforderungen hin zu adaptieren. Insofern hat sich das Instrument der Aufstockung der Fördermittel für Sonderaufgaben im Allgemeinen bewährt und sollte auch in Zukunft zur Verfügung stehen

Die im Frühjahr des Jahres 2022 vom BMFSFJ und BAFzA zur Verfügung gestellten, zusätzlichen Aufstockungsmittel wurden – darauf deuten die Antworten der quantitativen sowie qualitativen Befragung hin – von den Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges in ihren Förderregionen zielgenau eingesetzt und vor allem für die Förderung der Teilhabe und Integration von Geflüchteten verwendet. Das Instrument hat sich demnach bewährt, um die flexible Ausrichtung der Maßnahmen der Partnerschaften in akuten Krisenzeiten zu unterstützen, denn es gelang den Partnerschaften für Demokratie, on top zur laufenden Strategie, themenfokussierte und situationsspezifische Projekte und Akteur*innen schnell und zielgerichtet zu adressieren. In Zeiten multipler Krisenphänomene und einer Epoche gesellschaftspolitischer Transformationen, in der sowohl transnationale Wanderungsbewegungen als auch eine weiterhin bestehende Konjunktur populistischer Gegenreaktionen zu erwarten sind, kann aufgrund der nun mehrfach vorliegenden positiven Erfahrungen weiterhin auf dieses zusätzliche Förderinstrument gesetzt werden.

Die Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie benötigt ein solides, regionales und insbesondere auch programmübergreifendes Wissensmanagement, das es ermöglicht, auf Erfahrungswissen aller Akteur*innen im Programm zuzugreifen

■ Als zentrale Einflussfaktoren auf die Ausrichtung der Arbeit der Partnerschaften haben sich auch in der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine strategietypenspezifische Zugänge, bestehende Erfahrungswerte bzw. der Rückgriff auf bereits geknüpfte kommunale Netzwerke erwiesen. Vor diesem Hintergrund sind sowohl ein stärkerer, themenbezogener und regionalspezifischer Wissens- und Erfahrungstransfer als auch ein inhaltlich-strategisch fokussierter Austausch zwischen den Partnerschaften angezeigt, die besonders die Sicherung und Weitergabe von bestehenden, themenzentrierten Erfahrungen – aktuell etwa im Bereich der Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten – und Erkenntnissen zu gelungenen (themenfokussierten) Netzerkennungen zur Aufgabe haben.

- Ein solcher Austauschprozess sollte stärker als bislang zielgenau erfolgen und themen- bzw. bedarfsorientiert die Partnerschaften adressieren. Es empfiehlt sich daher zunächst **jahresspezifische Kernfragestellungen** für den Erfahrungstransfer zu identifizieren, um diese sodann zielgerichtet und aufeinander aufbauend auf Landes- und Bundesebene auszugestalten und analog sowie digital arbeitsteilig anzubieten. So könnte zum einen in Zukunft die Bereitstellung von Sondermitteln von einem Angebot an Austausch zu bewährten Maßnahmen flankiert werden, das es erlaubt, bei der Nutzung dieser Mittel voneinander zu lernen und zu profitieren. In einem koordinierten Prozess ließen sich auf diese Weise sowohl die relevanten Grundsätze der Förderung durch das BAFzA wie auch fachliche Notwendigkeiten (z.B. eingetragen durch die Kompetenznetzwerke, Bundesarbeitsgemeinschaften und Landesdemokratiezentren) und Erfahrungswerte anderer Partnerschaften für Demokratie bündeln. Zum anderen ergäben sich auf diese Weise relevante Schwerpunktsetzungen, die über alle Akteur*innen hinweg fachlich tiefergehend bearbeitet und gesichert werden könnten.
- Aufgrund der Erweiterung der Förderregionen und der kontinuierlichen Personalfuktuation in den Koordinierungs- und Fachstellen bedarf es einer stetigen Einarbeitung der Akteur*innen vor Ort. Die Erfahrungswertübernahme zwischen erfahrenen und neu ihre Stelle an tretenden Koordinator*innen sowie seit langem bestehenden und neu gegründeten Partnerschaften für Demokratie sollte stärker als bislang in den Blick genommen werden und durch ein **regelmäßiges Einarbeitungskonzept** flankiert werden. Die Erarbeitung dieses Konzeptes sollte durch die Landesdemokratiezentren in Zusammenarbeit mit den Partnerschaften vor Ort erfolgen und immer dann zum Einsatz kommen, wenn neue Koordinator*innen ihre Arbeit aufnehmen.

Die in den letzten Jahren auf lokaler Ebene erkennbare Herausbildung einer verschwörungsgläubigen populistischen Protestbewegung stellt Partnerschaften für Demokratie vor neue Herausforderungen, denen nicht immer mit dem bisherigen Handlungsrepertoire begegnet werden kann. Die Akteur*innen vor Ort benötigen Unterstützung bei der Herausbildung von Begründungshypothesen und dem Aufbau adäquater Handlungskompetenz

■ Ein Themenfeld, das in den Rückmeldungen der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie durch seine besondere Virulenz auffällt, sind die „neuen Konstellationen“ der populistisch-demokratiefeindlichen Protestbewegung. Der Krieg in der Ukraine und seine direkten und indirekten Auswirkungen haben diesen Akteur*innen nach dem Abflauen

von „Corona“ ein neues Agitationsfeld eröffnet, das Phänomen aber keineswegs hervorgebracht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat für diese Bewegung den neuen Begriff der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ eingeführt.¹⁹⁶ Ihre Einordnung jenseits des Begriffs „Rechtsextremismus“ und die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen stellen die Partnerschaften vor besondere Herausforderungen, fällt die Einordnung jener Bewegung doch schwer, in der sich zwischen anti-institutionellem Rebellentum und anti-demokratischem Autoritarismus eine schwer zu durchschauende Assoziation unterschiedlichster Gruppierungen zusammengefunden hat. Dem auch wissenschaftlichen Ringen um eine adäquate Benennung korrespondieren Unsicherheiten in der konkreten Arbeit der kommunalen Demokratieförderung.¹⁹⁷ Im Angesicht dieser Unsicherheiten und der gleichzeitigen Virulenz der antidemokratischen Gefährdungen, die von dieser Bewegung ausgehen, ist es fachlich geboten, einen fokussierten Verständigungsprozess innerhalb des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ anzustoßen, um sowohl eine phänomenbezogene Verständigung zu erreichen als auch praxisadäquate Gegenstrategien zu entwickeln.

Zielstellung eines solchen Verständigungsprozesses innerhalb des Bundesprogramms Demokratie leben! wäre zum einen die Erkenntnisgenerierung, wie das Phänomen begrifflich zu fassen ist und welche Erscheinungsformen es annimmt, sowie zum anderen die darauffolgende Entwicklung von spezifischen und indizierten Handlungsansätzen, die im Verbund als Katalog demokratischer Gegenmaßnahmen diesen neuen Gefährdungen entgegengesetzt werden können. Schließlich sollte die Reflexion der umgesetzten Maßnahmen hinsichtlich ihres Erfolges vorgesehen sein.

- Um diese Ziele zu erreichen, sollte ggf. über die Einrichtung eines Handlungsbereich-übergreifenden **Expert*innenkreises** innerhalb des Programms „Demokratie leben!“ nachgedacht werden. Dieser sollte mit Vertreter*innen aus Wissenschaft (transdisziplinär), Politik, Praxis und in Zusammenarbeit mit den relevanten Kompetenznetzwerken sowie Bundesarbeitsgemeinschaften besetzt werden. Ein solches Gremium könnte relevante Deutungszusammenhänge für die neuen Phänomene zusammentragen, aufbereiten und zügig relevante Wirkungsannahmen für Handlungsstrategien formulieren helfen.
- Um es den Koordinator*innen verstärkt zu erleichtern, adäquate Handlungsansätze zu entwickeln und umzusetzen, die eine Anpassung an die sich wandelnden Rahmenbedingungen kommunaler Demokratieförderung ermöglichen, sollte in den nächsten zwei Jahren ein dezidiertes Förderschwerpunkt auf den Bereich **Fortbildung und Austausch** vorgesehen werden.

Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie sollten stärker für Rom*njafeiligkeit sensibilisiert werden



Aus der Ukraine sind auch viele Rom*nja nach Deutschland geflohen. Während eine spezifische Zunahme von geflüchtetenfeindlichen Ressentiments und Übergriffen als

¹⁹⁶ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2022.

¹⁹⁷ Vgl. zu den aktuellen zirkulierenden Begriffen bspw. „Populismus“ (Küpper et al. 2021), „libertärer Autoritarismus“ (Amlinger/Nachtwey 2022), „projektiver Typus des Autoritären“ (Decker et al. 2022b, S. 103), „konformistische Rebellen“ (Stahl et al. 2020), „Verschwörungsmentalität“ (Imhoff 2020) ...

Auswirkung des Krieges gegen die Ukraine insgesamt (noch) relativ wenig festzustellen ist, melden einzelne Akteur*innen aus den Partnerschaften für Demokratie eine starke Zunahme des Problemdrucks im Bereich „Feindlichkeit gegenüber Sinti*zze und Rom*nja“. Gleichzeitig aber scheint diesbezüglich vergleichsweise wenig Einschätzungssicherheit vorzuliegen, aus jeder zweiten Partnerschaft wird angegeben, das Vorkommen rom*njafeindlicher Anfeindungen nicht beurteilen zu können.

- Um die Akteur*innen der Partnerschaften für Demokratie für die Spezifika des Rassismus und seiner Auswirkungen gegenüber Sinti*zze und Rom*nja“ zu sensibilisieren und Umgangsweisen damit zu entwickeln, sollten verstärkt **Fortbildungsangebote** insbesondere **in Kooperation mit dem Kompetenznetzwerk Antiziganismus** angeboten werden.

6 Anhang

6.1 Literatur

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin.
- Ärzte der Welt (2022): Geflüchtete FAIR sorgen. [aerztewelt.org](https://www.aerztewelt.org), 01.06.2022, <https://www.aerztewelt.org/presse-und-publikationen/presseinformationen/2022/05/31/gefluechtete-fair-sorgen>. (Letzter Zugriff: 26.11.2022).
- Bohn, Irina/Alicke, Tina (2016): Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt? Eine Expertise. Schwalbach.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Begriff und Erscheinungsformen, https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html#doc1260196bodyText1 (letzter Zugriff: 10.12.2022).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022a): Aktuelle Zahlen aus dem Ausländerzentralregister. [bmi.bund.de](https://www.bmi.bund.de), 22.11.2022, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2022/10/ukraine-zahlen.html>. (Letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022b): Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes. [bmi.bund.de](https://www.bmi.bund.de), 15.03.2022, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ukraine/beschluss-4-maerz-2022-ukraine.html>. (Letzter Zugriff: 28.11.2022).
- Bundesregierung (2022): Russische Desinformationskampagnen. Wie aus Narrativen eine Desinformation wird, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/umgang-mit-desinformation/aus-narrativen-desinformation-2080112>. (Letzter Zugriff: 25.11.2022).
- Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) (2022): Belastungsprobe für die Demokratie. Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft, https://cemas.io/publikationen/belastungsprobe-fuer-die-demokratie/2022-11-02_ResearchPaperUkraineKrieg.pdf (Letzter Zugriff: 7.12.2022).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2022a): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 11–30.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Schuler, Julia/Celik, Kazim/Brähler, Elmar/Clemens, Vera/Fegert, Jörg M. (2022b): Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. Ein sozialpsychologischer und medizinsoziologischer Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen, S. 91–126.

- Decker, Oliver/Yendell, Alexander/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2022c): Krieg in Europa. Konflikte in der Welt. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 127–160.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (2022): Asyl- und Flüchtlingspolitik. Position 30.09.2022, <https://www.dstgb.de/publikationen/positionspapiere/asyl-und-fluechtlingspolitik-lage-angespannt/041022-pp-fluechtlinge.pdf?cid=som> (Letzter Zugriff: 5.12.2022).
- Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (2022): Stand for Ukraine. Eine Bevölkerungsbefragung zum Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine, <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/wp-content/uploads/2022/03/Bevoelkerungsumfrage-DSEE-Ukraine.pdf>.
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022a): Viel Solidarität und hohe Aufnahmebereitschaft. Erste Ergebnisse einer Schnellumfrage des DeZIM-Instituts zum Krieg in der Ukraine, 04.03.2022, <https://www.dezim-institut.de/presse/presse-detail/viel-solidaritaet-und-hohe-aufnahmebereitschaft-erste-ergebnisse-einer-schnellumfrage-des-dezim-instituts-zum-krieg-in-der-ukraine/> (Letzter Zugriff: 5.12.2022).
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022b): Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland. DeZIM.insights. Working Paper #04, September 2022, https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5394.pdf. (Letzter Zugriff: 26.11.2022).
- Dilling, Marius/Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2022): Wer sind die Verschwörungsgläubigen. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen, S. 209–245.
- Dollmann, Jörg/Mayer, Sabrina Jasmin/Jacobsen, Jannes/Köhler, Jonas/Lietz, Almuth/Siege, Madelaine (2022): Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels, Berlin, <https://osf.io/preprints/socarxiv/8h5c6/> (Letzter Zugriff 12.12.2022).
- Europäische Kommission (2022): Deutschland: Systematische Benachteiligung von geflüchteten Roma aus der Ukraine. European Website on Integration, 01.06.2022, https://ec.europa.eu/migrant-integration/news/deutschland-systematische-benachteiligung-von-gefuechteten-roma-aus-der-ukraine_de. (Letzter Zugriff: 25.11.2022).
- Grande, Brigitte/Grande, Edgar/Hahn, Udo (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld.
- Heckmann, Friedrich: Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efms paper, 11, http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/efms_p11.pdf (Letzter Zugriff: 6.12.2022).
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Berlin.

- Höltmann, Gesine/Hutter, Swen/Rößler-Prokhorenko, Charlotte (2022): Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg. Berlin, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2022/zz22-601.pdf> (Letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Imhoff, Roland (2020): Verschwörungsmentalität und Antisemitismus. In: Bogerts, Bernhard/Häfele, Joachim/Schmidt, Benny (Hrsg.): Verschwörung, Ablehnung, Gewalt. Wiesbaden, S. 69–90.
- ISS e.V. (2020): Lokales Klima der Bedrohung. Betroffenheit von und Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Berichtszeitraum 01.01.2020–31.12.2020. Frankfurt a.M.
- ISS e.V. (2021): Rechte Einflussnahmen und Übergriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft. Phänomene, Bedarfe und Reaktionen. Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021. Frankfurt a.M.
- ISS e.V. (2022): Kommunale Demokratieförderung. Begriff, Modell und Praxis (i.E.).
- ISS e.V./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Frankfurt a.M./Berlin.
- ISS e.V./Camino (2017): Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 – 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Frankfurt a.M./Berlin.
- ISS e.V./Camino (2018): Vierter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018 – 31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Frankfurt a.M./Berlin.
- ISS e.V./Camino (2019): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“
- Kuhn, Anette (2022): Gibt es eine Ungleichbehandlung Geflüchteter? Interview mit Rassismusforscher Karim Fereidooni, <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/karim-fereidooni-gibt-es-eine-ungleichbehandlung-gefluechteter/> (Letzter Zugriff: 7.12.2022).
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 43 – 74.
- Landsberg, Gerd (2022): Flüchtlingsgipfel - das fordern die Kommunen. Positionspapier. Kommunal.de, <https://kommunal.de/fluechtlingsunterbringung-kommunen-an-grenzen>. (Letzter Zugriff: 5.12.2022).
- Litschko, Konrad (2022): Protest in Ostdeutschland. Immer wieder montags. taz.de, 23.11.2022, <https://taz.de/Protest-in-Ostdeutschland!/5893766/>. (Letzter Zugriff: 26.11.2022).

- MDR (2022): Warum erhalten Geflüchtete aus der Ukraine mehr Hilfe als andere?, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/ukraine-syrien-fluechtlinge-deutschland-unterschied-100.html> (Letzter Zugriff: 7.12.2022).
- Mediendienst Integration (2022a): Flüchtlinge aus der Ukraine, <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>. (Letzter Zugriff: 29.11.2022).
- Mediendienst Integration (2022b): Weniger Straftaten mit Bezug zum Ukraine-Krieg, <https://mediendienst-integration.de/artikel/weniger-straftaten-mit-bezug-zum-ukraine-krieg.html>. (Letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) (2022): Zur Lage der aus der Ukraine geflüchteten Roma in Deutschland, https://www.antiziganismus-melden.de/wp-content/uploads/2022/07/MIA_Bericht_Ukraine.pdf. (Letzter Zugriff: 27.11.2022).
- Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) (2022): Europa und die Fluchtmigration aus der Ukraine. Jahresstudie, Dresden, https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Jahresstudie2022_Europa_und_die_Fluchtmigration_aus_der_Ukraine.pdf (Letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (motra) (2022): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo), https://www.motra.info/wp-content/uploads/2022/12/KoMo_Bericht-zur-Ersterhebung.pdf. (Letzter Zugriff: 06.12.2022).
- Pro Asyl (2022): Angriffskrieg auf die Ukraine: Rassismus auf der Flucht. [proasyl.de](https://www.proasyl.de), 10.03.2022, <https://www.proasyl.de/news/angriffskrieg-auf-die-ukraine-rassismus-auf-der-flucht/>. (Letzter Zugriff: 25.11.2022).
- Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) (2022a): Innenministerin Faeser warnt: Krieg darf nicht nach Deutschland getragen werden. [rnd.de](https://www.rnd.de), 07.04.2022, <https://www.rnd.de/politik/nancy-faeser-warnt-russlands-krieg-darf-nicht-nach-deutschland-getragen-werden-OJXR6T52W65UGJHAACC5RRZJHA.html>. (Letzter Zugriff: 25.11.2022).
- Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) (2022b): Hunderte antirussische und antiukrainische Übergriffe in Deutschland. [rnd.de](https://www.rnd.de), 11.07.2022, <https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-hunderte-straftaten-gegen-russen-und-ukrainer-in-deutschland-registriert-DNR5YEE-LIRCNZOVZYLZWO4XWTI.html>. (Letzter Zugriff: 25.11.2022).
- Stahl, Andreas/Henkemann, Katrin/Jäckel, Christian/Wünsch, Niklas/Zopes, Benedikt (Hrsg.) (2020): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters. Berlin.
- Spiegel Online (2022): Mehr als 400 Straftaten in Deutschland. Faeser besorgt über zunehmende Übergriffe gegen Russen und Ukrainer. 04.04.2022, <https://www.spiegel.de/panorama/nancy-faeser-warnt-vor-anfeindungen-gegenueber-russen-und-ukrainern-in-deutschland-a-d8bd8832-7b69-457e-b3c8-7faccf68439c> (Letzter Zugriff: 16.12.2022).
- Tagesschau (2022): Aufnahme von Geflüchteten. Worüber Bund und Kommunen streiten. [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), 11.10.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/flucht-ukraine-107.html>. (Letzter Zugriff: 25.11.2022).

ZEIT ONLINE (2022): „Da geht es um den Kampf um die Demokratie“. Interview mit Johannes Kiess, https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-11/leipziger-autoritarismus-studie-johannes-kiess-interview?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F. (Letzter Zugriff: 7.12.2022)

Zick, Andreas (2021): Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen. In Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 181–212.

6.2 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Im Rahmen der Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stellt das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS e. V.) den Programmgestalter*innen Wissen zur Verfügung, um informierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung zu treffen. Auch der intermediären Ebene, also dem BAFzA und anderen programmbeleitenden Akteur*innen, können Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms an die Hand gegeben werden.

Damit trägt die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl Züge „entscheidungsgesteuerter“ als auch „spannungsthemengesteuerter“ Evaluationen. Ergebnisse werden demgemäß nicht nur summativ zu festgelegten Zeitpunkten präsentiert, sondern fließen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein. Um diesem Anspruch an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, muss das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente müssen responsiv sein, d. h. genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programmgestaltenden und Programmumsetzenden einzugehen.

Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteur*innen überprüft. Demzufolge gehören die Durchführung von Workshops mit Praktiker*innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker*innen ermöglicht es zum einen, Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen ist durch einen solchen Austausch auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet. Darüber hinaus werden den Akteur*innen der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientiert sich an den „Standards für Evaluationen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e. V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wird das Evaluationsdesign offengelegt. Die Erhebung und

Auswertung der Daten erfolgt unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes, wobei die §§3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und §40 (Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten durch Forschungseinrichtungen) für die Untersuchung als besonders relevant angesehen werden. Erhoben werden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich, in Ausnahmefällen wird das Einverständnis der Betroffenen eingeholt. Die Daten werden gesichert aufbewahrt, Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter*innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

Das Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. in der aktuellen Förderperiode umfasst die folgenden Bausteine, die in mehreren Publikationen behandelt wurden bzw. noch behandelt werden:

Abbildung 18: Bausteine der Wissenschaftlichen Begleitung durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.



Quelle: Eigene Darstellung.

6.2.1 Methodisches Vorgehen des ISS e.V.

Eine zentrale Herausforderung der Wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, umfassende und vergleichbare Informationen zur Implementierung bzw. Umsetzung der Partnerschaften

für Demokratie zu generieren, diese aufzubereiten, zu bewerten und in Form von Entscheidungshilfen zeitnah an die Programmsteuerung zu übermitteln (s.o.). Hierzu werden quantifizierbare Sachverhalte standardisiert erhoben und basierend auf statistischen Auswertungen Aussagen u. a. über korrelative Beziehungen abgeleitet. Darüber hinaus werden vertiefende qualitative Analysen ausgewählter Teilmengen zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation durchgeführt. Das Team des ISS e.V. legt großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dem wird insbesondere durch online-gestützte Vollerhebungen sowie durch die Triangulation auf Methoden-, Perspektiven- und Datenebene Rechnung getragen.

Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Methoden trägt u. a. dazu bei, dass die Entwicklung der Erhebungsinstrumente auf begründbaren Konzepten beruht und ausreichende Praxisnähe aufweist. Sie stellt darüber hinaus auch sicher, dass die quantitativen Befunde nachvollziehbar bzw. erklärbar sind. So können Ergebnisse der standardisierten Erhebungen, z. B. durch leitfadengestützte Expert*inneninterviews, Workshops etc. erläutert, ergänzt oder problematisiert werden, Fragestellungen und Einsichten, die sich aus den qualitativen Elementen ergeben, fließen wiederum in die Konstruktionsprozesse der Fragebogenentwicklung ein. Ziel des qualitativen Elements ist es also u. a. auf explorativer Ebene Erwartungen und Entwicklungsoptionen zu ermitteln sowie ergänzend zu den quantitativen Befunden Sinnzusammenhänge und Erklärungsmuster zu erfassen. Daten- bzw. Perspektiventriangulationen tragen schließlich dazu bei, dass die Sichtweisen und Erfahrungen unterschiedlicher Akteur*innen auf die Partnerschaften für Demokratie bzw. die sie umgebenden Kontexte berücksichtigt und die Expert*innenurteile der Koordinator*innen ergänzt werden.

Welche Verfahren zur Triangulation bzw. zur Beantwortung der untersuchungsleitenden Fragestellungen bzw. zur Erhöhung der Generalisierbarkeit Anwendung finden, hängt von den konkreten Forschungskontexten/-bedingungen ab. So hat das ISS e.V. zur Beantwortung der mit den obig dargestellten Elementen verbundenen Fragestellungen jeweils individuelle, angepasste Untersuchungsdesigns entwickelt. Das multimethodisch angelegte Design für den vorliegenden Bericht wird in den nachfolgenden Absätzen skizziert.

6.2.2 Untersuchungsdesign

Vor der Folie der dramatischen Ereignisse in der Ukraine und in Absprache mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich der ISS e.V. kurzfristig dazu entschieden, den diesjährigen Schwerpunkt der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften neu zu fassen und einen Fokus zu legen auf die kommunalen Reaktionsweisen und Herausforderungen, die sich mit den gesellschaftspolitischen Folgen des Krieges auch in Deutschland verbinden. In den Blick geraten damit sowohl die Schwerpunkte und Maßnahmen, die Partnerschaften im Hinblick auf die Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt umsetzen als auch der kommunalspezifische Umgang mit vielfaltablehnenden Phänomenen, die sich im Kontext und Verlauf des russischen Überfalls auf die Ukraine ergeben.

Um frühzeitig die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie erfassen zu können, wurde vom 12. April bis zum 13. Mai 2022 eine

freiwillige Online-Kurzbefragung der Partnerschaften-Koordinator*innen ins Feld geführt, mit welcher 212 Partnerschaften erreicht werden konnten. Im Fokus stand dabei die Einschätzung zur Relevanz der Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie. Zwischenergebnisse wurden im Rahmen einer Zoomkonferenz am 04.05.2022 an die Partnerschaften-Koordinatoren*innen zurückgespielt. Dies diente zum einen der Validierung der Ergebnisse und fungierte zum anderen dazu, den Akteur*innen Raum zu geben, sich über Projekte und Projektplanungen, aber auch Herausforderungen und Bedarfe auszutauschen, die sich in der Bearbeitung der Folgen des Kriegs bis dahin entwickelt hatten.

Bildete die Kurzbefragung den Ausgangspunkt der Wissenschaftlichen Begleitung, wurden die generierten Erkenntnisse im folgenden Schritt weiter vertieft, um die Grundlage einer möglichst gegenstandsnahen Auseinandersetzung mit den fachlichen Praxis der Partnerschaften für Demokratie sicherzustellen. Neben Desktoprecherchen zu den Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine in den Förderregionen der Partnerschaften und der Erstellung eines inhaltlichen Konzepts der Erhebung für den vorliegenden Schwerpunktbericht, wurden zur Annäherung an den Forschungsgegenstand ausgewählte Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen zwischen dem 07.06.2022 und dem 15.06.2022 auf Grundlage eines Leitfadens qualitativ interviewt. Diese Explorationsphase mündete in der Erstellung eines quantitativen Fragebogens, welcher neben einer allgemeineren Abfrage zu lokalen Bedrohungslagen und deren Entwicklung in das jährliche prozessbegleitende Monitoring der Partnerschaften für Demokratie integriert wurde. Die hohe Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten ermöglichte die Durchführung der Befragung als Vollerhebung, die so auch der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratien) Rechnung tragen konnte.¹⁹⁸ Aufgrund der vollständigen Realisierung liegen somit Informationen zu jeder Partnerschaft vor. Diese Informationen weichen zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern ab, so dass die Dokumentation der strategischen Ausrichtung mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden kann. Die Feldphase begann am 04.07.2022 und endete mit der vollständigen Realisierung der Vollerhebung (N=338) am 31.08.2022.

198 Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) sind ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator*innen). Darüber hinaus sind die Koordinator*innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der Wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfällt.

Abbildung 19: Untersuchungsdesign zur Realisierung des Bausteins „Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und lokale Bedrohungslagen im Kontext des Krieges in der Ukraine“



Quelle: Eigene Darstellung.

Zur weiteren Sicherung der Datenqualität wurden im Anschluss umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt (z. B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen, anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten). Die im Monitoring erhobenen Daten wurden schließlich mit Hilfe der Programme SPSS sowie EXCEL ausgewertet und in Tabellen bzw. Schaubilder überführt. Aus der Auswertung des Monitorings ließ sich eine kriteriengeleitete Auswahl von 14 Partnerschaften treffen, die zwischen dem 26.09 bis 16.12.2022 mit Hilfe eines problemzentrierten Leitfadens interviewt worden sind. Der erste Teil der Interviews wurde jeweils dafür genutzt allgemein Entwicklungen zu lokalen Bedrohungslagen abzufragen, wohingegen der zweite Teil sich auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Förderregionen und die Bearbeitung dessen in der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie konzentrierte. Alle qualitativen Interviews wurden unter Zuhilfenahme eines Leitfadens über Telefon, Zoom oder Webex geführt und deren Ton aufgezeichnet. Anschließend wurden die Interviews transkribiert und mit der Software MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

6.3 Tabellen

Tabelle 1: Relevanz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie in Bezug auf wahrgenommene Veränderungen in der Zuwanderung aus betroffenen Regionen in der Förderregion

Nehmen Sie im Zuge des Krieges in der Ukraine Veränderungen in der Zuwanderung aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion Ihrer Partnerschaft für Demokratie wahr?	Relevanz der Auswirkungen des Angriffskrieges für die Arbeit der eigenen Partnerschaft					
	(eher) geringe Relevanz (n = 102)		(eher) hohe Relevanz (n = 100)		Gesamt (n = 202)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, seit Beginn des Krieges ist die Zahl der Menschen, die aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion unserer Partnerschaft zuwandern, <u>deutlich gestiegen</u> .	65	64 %	77	77 %	142	70 %
Ja, seit Beginn des Krieges ist die Zahl der Menschen, die aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion unserer Partnerschaft zuwandern, <u>leicht gestiegen</u> .	33	32 %	22	22 %	55	27 %
Nein, seit Beginn des Krieges ist die Zahl der Menschen, die aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion unserer Partnerschaft zuwandern, <u>weitgehend unverändert geblieben bzw. nicht gestiegen</u> .	1	1 %	0	0 %	1	0 %
Kann ich nicht beurteilen.	3	3 %	1	1 %	4	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die die Relevanz des Angriffskrieges als (eher) hoch oder (eher) gering bewerten (n = 202).

Tabelle 2: Relevanz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie allgemein im weiteren Verlauf des Jahres 2022 (Einschätzung im Frühjahr)

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Hohe Relevanz	26	20 %	13	19 %	3	20 %	42	20 %
Eher hohe Relevanz	51	40 %	24	34 %	6	40 %	81	38 %
Teils/teils	35	28 %	25	36 %	5	33 %	65	31 %
Eher geringe Relevanz	10	8 %	3	4 %	1	7 %	14	7 %
Geringe Relevanz	0	0 %	2	3 %	0	0 %	2	1 %
Kann ich nicht beurteilen	5	4 %	3	4 %	0	0 %	8	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen bei der Kurzbefragung im April/Mai 2022 (N=212, West-Bundesländer n=127, Ost- Bundesländer n=70, Berlin n=15).

Tabelle 3: Relevanz der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie allgemein im weiteren Verlauf des Jahres 2022 (Einschätzung im Sommer)

	Hohe Relevanz	Eher hohe Relevanz	Teils/teils	Eher geringe Relevanz	Geringe Relevanz	Gesamt
Absolut	33	67	126	60	42	338
In Prozent	10 %	20 %	37 %	18 %	12 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 4: Problemdruck bzgl. der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht	Kein Problemdruck	7	3 %	9	8 %	0	0 %	16	5 %
	Geringer Problemdruck	59	28 %	18	17 %	5	24 %	82	24 %
	Mittlerer Problemdruck	99	47 %	45	42 %	8	38 %	152	45 %
	Hoher Problemdruck	31	15 %	23	21 %	4	19 %	58	17 %
	Sehr hoher Problemdruck	2	1 %	7	7 %	3	14 %	12	4 %
	Kann ich nicht beurteilen	12	6 %	5	5 %	1	5 %	18	5 %
Feindliche Einstellungen gegenüber russischen o- der als rus- sisch geles- enen Perso- nen und/oder Institutionen	Kein Problemdruck	14	7 %	11	10 %	2	10 %	27	8 %
	Geringer Problemdruck	74	35 %	50	47 %	10	48 %	134	40 %
	Mittlerer Problemdruck	69	33 %	18	17 %	5	24 %	92	27 %
	Hoher Problemdruck	19	9 %	2	2 %	2	10 %	23	7 %
	Sehr hoher Problemdruck	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
	Kann ich nicht beurteilen	34	16 %	26	24 %	2	10 %	62	18 %
Feindliche Einstellungen gegenüber ukrainischen oder als ukra- inisch geles- enen Perso- nen und/ oder Institutionen	Kein Problemdruck	51	24 %	18	17 %	5	24 %	74	22 %
	Geringer Problemdruck	90	43 %	50	47 %	11	52 %	151	45 %
	Mittlerer Problemdruck	36	17 %	20	19 %	3	14 %	59	17 %
	Hoher Problemdruck	5	2 %	1	1 %	0	0 %	6	2 %
	Sehr hoher Problemdruck	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
	Kann ich nicht beurteilen	28	13 %	18	17 %	2	10 %	48	14 %

		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Ungleichbe- handlung von verschiede- nen Gruppen geflüchteter Personen	Kein Problem- druck	2	1 %	3	3 %	0	0 %	5	1 %
	Geringer Prob- lemdruck	23	11 %	16	15 %	1	5 %	40	12 %
	Mittlerer Prob- lemdruck	70	33 %	34	32 %	5	24 %	109	32 %
	Hoher Prob- lemdruck	69	33 %	33	31 %	8	38 %	110	33 %
	Sehr hoher Problemdruck	30	14 %	11	10 %	6	29 %	47	14 %
	Kann ich nicht beurteilen	16	8 %	10	9 %	1	5 %	27	8 %
Verschwö- rungserzäh- lungen in Be- zug auf den Krieg in der Ukraine	Kein Problem- druck	30	14%	9	8 %	0	0 %	39	12 %
	Geringer Prob- lemdruck	62	30 %	23	21 %	3	14 %	88	26 %
	Mittlerer Prob- lemdruck	62	30 %	30	28 %	9	43 %	101	30 %
	Hoher Prob- lemdruck	20	10 %	23	21 %	1	5 %	44	13 %
	Sehr hoher Problemdruck	5	2 %	4	4 %	1	5 %	10	3 %
	Kann ich nicht beurteilen	31	15 %	18	17 %	7	33 %	56	17 %
Prorussische Positionen und Aktionen	Kein Problem- druck	51	24 %	21	20 %	4	19 %	76	22 %
	Geringer Prob- lemdruck	72	34 %	32	30 %	6	29 %	110	33 %
	Mittlerer Prob- lemdruck	42	20 %	21	20 %	5	24 %	68	20 %
	Hoher Prob- lemdruck	4	2 %	3	3 %	1	5 %	8	2 %
	Sehr hoher Problemdruck	0	0 %	2	2 %	0	0 %	2	1 %
	Kann ich nicht beurteilen	41	20 %	28	26 %	5	24 %	74	22 %

		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Rechtspopu- listische bzw. rechtsext- reme Agita- tion mit Fo- kus auf den Krieg in der Ukraine	Kein Problem- druck	40	19 %	11	10 %	4	19 %	55	16 %
	Geringer Prob- lemdruck	74	35 %	27	25 %	9	43 %	110	33 %
	Mittlerer Prob- lemdruck	40	19 %	29	27 %	4	19 %	73	22 %
	Hoher Prob- lemdruck	12	6 %	12	11 %	0	0 %	24	7 %
	Sehr hoher Problemdruck	1	0 %	1	1 %	2	10 %	4	1 %
	Kann ich nicht beurteilen	43	20 %	27	25 %	2	10 %	72	21 %
Polarisierte gesellschaftli- che Ausein- anderset- zung bzgl. des politi- schen Um- gangs mit dem Krieg	Kein Problem- druck	23	11 %	7	7 %	1	5 %	31	9 %
	Geringer Prob- lemdruck	78	37 %	30	28 %	10	48 %	118	35 %
	Mittlerer Prob- lemdruck	60	29 %	33	31 %	5	24 %	98	29 %
	Hoher Prob- lemdruck	21	10 %	21	20 %	3	14 %	45	13 %
	Sehr hoher Problemdruck	3	1 %	4	4 %	0	0 %	7	2 %
	Kann ich nicht beurteilen	25	12 %	12	11 %	2	10 %	39	12 %
Konflikte um die Verteilung von Sozial- leistungen und öffentli- cher Güter im Kontext von Fluchthilfe	Kein Problem- druck	11	5 %	4	4 %	0	0 %	15	4 %
	Geringer Prob- lemdruck	49	23 %	14	13 %	4	19 %	67	20 %
	Mittlerer Prob- lemdruck	63	30 %	37	35 %	12	57 %	112	33 %
	Hoher Prob- lemdruck	38	18 %	27	25 %	4	19 %	69	20 %
	Sehr hoher Problemdruck	16	8 %	7	7 %	0	0 %	23	7 %
	Kann ich nicht beurteilen	32	15 %	18	17 %	1	5 %	51	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 5: Problemdruck allgemein

	Kein Problemdruck		Geringer Problemdruck		Mittlerer Problemdruck		Hoher Problemdruck		Sehr hoher Problemdruck	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	7	2 %	54	16 %	176	52 %	82	24 %	19	6 %
Vielfaltförderung	7	2 %	46	14 %	152	45 %	112	33 %	21	6 %
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	2	1 %	51	15 %	123	36 %	128	38 %	34	10 %
Rassismus	1	0 %	41	12 %	135	40 %	127	38 %	34	10 %
Antisemitismus	11	3 %	89	26 %	151	45 %	73	22 %	14	4 %
Rechtsextremismus	5	1 %	73	22 %	142	42 %	93	28 %	25	7 %
Sinti und Roma-Feindlichkeit	41	12 %	112	33 %	99	29 %	73	22 %	13	4 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	17	5 %	82	24 %	139	41 %	92	27 %	8	2 %
LGBTIQ-Feindlichkeit	21	6 %	92	27 %	154	46 %	61	18 %	10	3 %
Islamisch begründeter Extremismus	113	33 %	147	43 %	62	18 %	13	4 %	3	1 %
Linke Militanz	181	54 %	131	39 %	21	6 %	2	1 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 6: Problemdruck allgemein im Vergleich 2021 und 2022 (Mittelwerte)

	Mittelwert 2022	Mittelwert 2021
Demokratieförderung	3,2	3,0
Vielfaltförderung	3,3	3,2
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	3,4	3,3
Rassismus	3,5	3,3
Antisemitismus	3,0	2,8
Rechtsextremismus	3,2	3,1
Sinti und Roma-Feindlichkeit	2,7	2,6
Islam- und Muslimfeindlichkeit	3,0	3,1
LGBTIQ-Feindlichkeit	2,8	2,8
Islamistisch begründeter Extremismus	2,0	2,0
Linke Militanz	1,6	1,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Kein Problemdruck“) bis 5 („Sehr hoher Problemdruck“) berechnet.

Tabelle 7: Problemdruck allgemein, differenziert nach Gebietskörperschaften 2022

		Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Demokratieförderung	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	29	22 %	16	36 %	20	24 %	31	51 %	5	24 %	101	30 %
	Mittlerer Problemdruck	71	55 %	21	47 %	45	55 %	25	41 %	14	67 %	176	52 %
	Kein /Geringer Problemdruck	29	22 %	8	18 %	17	21 %	5	8 %	2	10 %	61	18 %
Vielfaltförderung	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	41	32 %	22	49 %	24	29 %	34	56 %	12	57 %	133	39 %
	Mittlerer Problemdruck	65	50 %	11	24 %	46	56 %	21	34 %	9	43 %	152	45 %
	Kein /Geringer Problemdruck	23	18 %	12	27 %	12	15 %	6	10 %	0	0 %	53	16 %

		Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	45	35 %	29	64 %	35	43 %	42	69 %	11	52 %	162	48 %
	Mittlerer Problemdruck	60	47 %	10	22 %	33	40 %	13	21 %	7	33 %	123	36 %
	Kein /Geringer Problemdruck	24	19 %	6	13 %	14	17 %	6	10 %	3	14 %	53	16 %
Rassismus	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	54	42 %	22	49 %	32	39 %	34	56 %	19	90 %	161	48 %
	Mittlerer Problemdruck	60	47 %	16	36 %	36	44 %	21	34 %	2	10 %	135	40 %
	Kein /Geringer Problemdruck	15	12 %	7	16 %	14	17 %	6	10 %	0	0 %	42	12 %
Antisemitismus	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	34	26 %	7	16 %	15	18 %	17	28 %	14	67 %	87	26 %
	Mittlerer Problemdruck	66	51 %	20	44 %	39	48 %	20	33 %	6	29 %	151	45 %
	Kein /Geringer Problemdruck	29	22 %	18	40 %	28	34 %	24	39 %	1	5 %	100	30 %

		Westkom- mune (n = 129)		Ostkom- mune (n = 45)		West Land- kreis (n = 82)		Ost Land- kreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Rechtsextremismus	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	24	19 %	22	49 %	31	38 %	33	54 %	8	38 %	118	35 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	65	50 %	16	36 %	30	37 %	22	36 %	9	43 %	142	42 %
	Kein /Gerin- ger Prob- lem- druck	40	31 %	7	16 %	21	26 %	6	10 %	4	19 %	78	23 %
Sinti und Roma-Feindlichkeit	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	32	25 %	6	13 %	17	21 %	14	23 %	17	81 %	86	25 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	52	40 %	6	13 %	20	24 %	17	28 %	4	19 %	99	29 %
	Kein /Gerin- ger Prob- lem- druck	45	35 %	33	73 %	45	55 %	30	49 %	0	0 %	153	45 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	38	29 %	12	27 %	19	23 %	18	30 %	13	62 %	100	30 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	63	49 %	15	33 %	35	43 %	20	33 %	6	29 %	139	41 %
	Kein /Gerin- ger Prob- lem- druck	28	22 %	18	40 %	28	34 %	23	38 %	2	10 %	99	29 %

		Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
LGBTIQ-Feindlichkeit	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	22	17 %	10	22 %	12	15 %	12	20 %	15	71 %	71	21 %
	Mittlerer Problemdruck	59	46 %	15	33 %	45	55 %	29	48 %	6	29 %	154	46 %
	Kein /Geringer Problemdruck	48	37 %	20	44 %	25	30 %	20	33 %	0	0 %	113	33 %
Islamistisch begr. Extremismus	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	9	7 %	1	2 %	2	2 %	2	3 %	2	10 %	16	5 %
	Mittlerer Problemdruck	35	27 %	1	2 %	13	16 %	8	13 %	5	24 %	62	18 %
	Kein /Geringer Problemdruck	85	66 %	43	96 %	67	82 %	51	84 %	14	67 %	260	77 %
Linke Militanz	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	1	1 %	1	2 %	1	1 %	2	4 %	0	0 %	5	1 %
	Mittlerer Problemdruck	9	7 %	3	7 %	5	6 %	3	5 %	1	5 %	21	6 %
	Kein /Geringer Problemdruck	119	92 %	41	92 %	76	93 %	56	92 %	20	95 %	312	92 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 8: Problemdruck allgemein, differenziert nach Gebietskörperschaften 2021

		Westkommune (n = 121)		Ostkommune (n = 42)		West Landkreis (n = 61)		Ost Landkreis (n = 60)		Berlin (n = 16)		Gesamt (N = 300)	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Demokratieförderung	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	35	29 %	20	48 %	15	25 %	24	40 %	5	31 %	99	33 %
	Mittlerer Problemdruck	57	47 %	17	40 %	33	54 %	31	52 %	7	44 %	145	48 %
	Kein /Geringer Problemdruck	29	24 %	5	12 %	13	21 %	5	8 %	4	25 %	56	19 %
Vielfaltförderung	Sehr hoher /Hoher Problemdruck	43	36 %	18	43 %	18	30 %	20	33 %	10	63 %	109	36 %
	Mittlerer Problemdruck	53	44 %	19	45 %	31	51 %	29	48 %	3	19 %	135	45 %
	Kein /Geringer Problemdruck	25	21 %	5	12 %	12	20 %	11	18 %	3	19 %	56	19 %

		Westkom- mune (n = 121)		Ostkom- mune (n = 42)		West Land- kreis (n = 61)		Ost Land- kreis (n = 60)		Berlin (n = 16)		Gesamt (N = 300)	
		Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	55	45 %	29	69 %	24	39 %	43	72 %	9	56 %	160	53 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	49	40 %	10	24 %	26	43 %	13	22 %	5	31 %	103	34 %
	Kein /Gering- er Prob- lem- druck	17	14 %	3	7 %	11	18 %	4	7 %	2	13 %	37	12 %
Rassismus	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	56	46 %	27	64 %	21	34 %	32	53 %	15	94 %	151	50 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	54	45 %	12	29 %	30	49 %	24	40 %	1	6 %	121	40 %
	Kein /Gering- er Prob- lem- druck	11	9 %	3	7 %	10	16 %	4	7 %	0	0 %	28	9 %
Antisemitismus	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	47	39 %	11	26 %	13	21 %	16	27 %	10	63 %	97	32 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	45	37 %	20	48 %	28	46 %	24	40 %	6	38 %	123	41 %
	Kein /Gering- er Prob- lem- druck	29	24 %	11	26 %	20	33 %	20	33 %	0	0 %	80	27 %

		Westkom- mune (n = 121)		Ostkom- mune (n = 42)		West Land- kreis (n = 61)		Ost Land- kreis (n = 60)		Berlin (n = 16)		Gesamt (N = 300)	
		Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Rechtsextremismus	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	38	31 %	27	64 %	22	36 %	30	50 %	7	44 %	124	41 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	53	44 %	10	24 %	26	43 %	27	45 %	6	38 %	122	41 %
	Kein /Gering- er Prob- lem- druck	30	25 %	5	12 %	13	21 %	3	5 %	3	19 %	54	18 %
Sinti und Roma-Feindlichkeit	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	39	32 %	4	10 %	11	18 %	10	17 %	10	63 %	74	25 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	40	33 %	9	21 %	21	34 %	10	17 %	4	25 %	84	28 %
	Kein /Gering- er Prob- lem- druck	42	35 %	29	69 %	29	48 %	40	67 %	2	13 %	142	47 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	Sehr hoher /Hoher Prob- lem- druck	55	45 %	11	26 %	14	23 %	15	25 %	9	56 %	104	35 %
	Mittle- rer Prob- lem- druck	36	30 %	16	38 %	28	46 %	27	45 %	6	38 %	113	38 %
	Kein /Gering- er Prob- lem- druck	30	25 %	15	36 %	19	31 %	18	30 %	1	6 %	83	28 %

		Westkommune (n = 121)		Ostkommune (n = 42)		West Landkreis (n = 61)		Ost Landkreis (n = 60)		Berlin (n = 16)		Gesamt (N = 300)	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	
LGBTIQ-Feindlichkeit	Sehr hoher /Hoher Problem-druck	21	17 %	4	10 %	8	13 %	8	13 %	12	75 %	53	18 %
	Mittlerer Problem-druck	48	40 %	17	40 %	22	36 %	25	42 %	3	19 %	115	38 %
	Kein /Geringer Problem-druck	52	43 %	21	50 %	31	51 %	27	45 %	1	6 %	132	44 %
Islamistisch begründeter Extremismus	Sehr hoher /Hoher Problem-druck	15	12 %	1	2 %	3	5 %	3	5 %	0	0 %	22	7 %
	Mittlerer Problem-druck	33	27 %	4	10 %	19	31 %	6	10 %	5	31 %	67	22 %
	Kein /Geringer Problem-druck	73	60 %	37	88 %	39	64 %	51	85 %	11	69 %	211	70 %
Linke Militanz	Sehr hoher /Hoher Problem-druck	1	1 %	0	0 %	1	2 %	1	2 %	0	0 %	3	1 %
	Mittlerer Problem-druck	5	4 %	5	12 %	6	10 %	5	8 %	1	6 %	22	7 %
	Kein /Geringer Problem-druck	115	95 %	37	88 %	54	89 %	54	90 %	15	94 %	275	92 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N=300).

Tabelle 9: Veränderungen der Zuwanderung infolge des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

Nehmen Sie im Zuge des Krieges in der Ukraine Veränderungen in der Zuwanderung aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion Ihrer Partnerschaft für Demokratie wahr?	Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, seit Beginn des Krieges ist die Zahl der Menschen, die aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion unserer Partnerschaft zuwandern, <u>deutlich gestiegen</u> .	151	72 %	81	76 %	9	43 %	241	71 %
Ja, seit Beginn des Krieges ist die Zahl der Menschen, die aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion unserer Partnerschaft zuwandern, <u>leicht gestiegen</u> .	53	25 %	24	22 %	10	48 %	87	26 %
Nein, seit Beginn des Krieges ist die Zahl der Menschen, die aus betroffenen Regionen bzw. Ländern (z.B. Ukraine, Russland, Moldau) in die Förderregion unserer Partnerschaft zuwandern, <u>weitgehend unverändert geblieben bzw. nicht gestiegen</u> .	1	0 %	0	0 %	0	0 %	1	0 %
Kann ich nicht beurteilen.	5	2 %	2	2 %	2	10 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 10: Herausforderungen für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie infolge des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

Welche der nachfolgenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine nehmen Sie aktuell in Ihrer Förderregion wahr?		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Konfliktreiche bzw. polarisierend geführte Auseinandersetzung über die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen (z.B. verteidigungspolitische Entscheidungen)	Ja, wiederholt	20	10 %	19	18 %	3	14 %	42	12 %
	Ja, in Einzelfällen	99	47 %	55	51 %	11	52 %	165	49 %
	Nein	50	24 %	19	18 %	4	19 %	73	22 %
	Kann ich nicht beurteilen	41	20 %	14	13 %	3	14 %	58	17 %
Konfliktreiche bzw. polarisierend geführte Auseinandersetzung um die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine	Ja, wiederholt	7	3 %	5	5 %	1	5 %	13	4 %
	Ja, in Einzelfällen	61	29 %	46	43 %	5	24 %	112	33 %
	Nein	113	54 %	47	44 %	11	52 %	171	51 %
	Kann ich nicht beurteilen	29	14 %	9	8 %	4	19 %	42	12 %
Überlastungsercheinungen zivilgesellschaftlicher Akteure und ehrenamtlicher Helfer*innen	Ja, wiederholt	43	20 %	42	39 %	3	14 %	88	26 %
	Ja, in Einzelfällen	82	39 %	44	41 %	13	62 %	139	41 %
	Nein	46	22 %	13	12 %	2	10 %	61	18 %
	Kann ich nicht beurteilen	39	19 %	8	7 %	3	14 %	50	15 %

Welche der nachfolgenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine nehmen Sie aktuell in Ihrer Förderregion wahr?		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Überlastungser- scheinungen bzw. Überforde- rung von Mitar- beiter*innen der Verwaltung	Ja, wie- der- holt	63	30 %	45	42 %	6	29 %	114	34 %
	Ja, in Ein- zelfäl- len	80	38 %	32	30 %	7	33 %	119	35 %
	Nein	26	12 %	11	10 %	3	14 %	40	12 %
	Kann ich nicht beur- teilen	41	20 %	19	18 %	5	24 %	65	19 %
Nachteilige Be- handlung Gef- lüchteter aus z.B. Syrien oder Afghanistan oder nicht-weißer Gef- lüchteter aus der Ukraine gegen- über ankomen- den weißen ukrai- nischen Geflüch- teten (z.B. Ras- sistische Abwer- tung, Umwid- mung von Unter- künften)	Ja, wie- der- holt	73	35 %	36	34 %	10	48 %	119	35 %
	Ja, in Ein- zelfäl- len	68	32 %	28	26 %	8	38 %	104	31 %
	Nein	20	10 %	7	7 %	0	0 %	27	8 %
	Kann ich nicht beur- teilen	49	23 %	36	34 %	3	14 %	88	26 %
Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Über- griffe auf (ver- meintlich) ukrai- nische Personen o- der Personen mit ukrainischer Mig- rationsgeschichte bzw. Institutio- nen, die mit der Ukraine assoziiert werden	Ja, wie- der- holt	2	1 %	1	1 %	0	0 %	3	1 %
	Ja, in Ein- zelfäl- len	31	15 %	9	8 %	5	24 %	45	13 %
	Nein	83	40 %	47	44 %	6	29 %	136	40 %
	Kann ich nicht beur- teilen	94	45 %	50	47 %	10	48 %	154	46 %

Welche der nachfolgenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine nehmen Sie aktuell in Ihrer Förderregion wahr?		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Übergriffe auf (vermeintlich) russische Personen, Personen mit russischer Migrationsgeschichte bzw. Institutionen, die mit Russland assoziiert werden	Ja, wiederholt	16	8 %	3	3 %	0	0 %	19	6 %
	Ja, in Einzelfällen	75	36 %	24	22 %	11	52 %	110	33 %
	Nein	39	19 %	26	24 %	1	5 %	66	20 %
	Kann ich nicht beurteilen	80	38 %	54	50 %	9	43 %	143	42 %
Im öffentlichen Diskurs offensiv vertretene Verschwörungserzählungen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen	Ja, wiederholt	19	9 %	24	22 %	3	14 %	46	14 %
	Ja, in Einzelfällen	70	33 %	40	37 %	10	48 %	120	36 %
	Nein	69	33 %	20	19 %	3	14 %	92	27 %
	Kann ich nicht beurteilen	52	25 %	23	21 %	5	24 %	80	24 %
Öffentliche Auftritte der sog. „Neue Koalitionen“ von Akteur*innen, die schon während der „Corona-Proteste“ gemeinsam aktiv waren	Ja, wiederholt	18	9 %	24	22 %	2	10 %	44	13 %
	Ja, in Einzelfällen	49	23 %	24	22 %	6	29 %	79	23 %
	Nein	77	37 %	32	30 %	8	38 %	117	35 %
	Kann ich nicht beurteilen	66	31 %	27	25 %	5	24 %	98	29 %

Welche der nachfolgenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine nehmen Sie aktuell in Ihrer Förderregion wahr?		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Agitation rechter Akteur*innen (z.B. Reichsbürger, einschlägige rechte Gruppen) im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine	Ja, wiederholt	8	4 %	12	11 %	2	10 %	22	7 %
	Ja, in Einzelfällen	33	16 %	25	23 %	7	33 %	65	19 %
	Nein	90	43 %	31	29 %	8	38 %	129	38 %
	Kann ich nicht beurteilen	79	38 %	39	36 %	4	19 %	122	36 %
Pro-Russische Demonstrationen oder Kundgebungen	Ja, wiederholt	4	2 %	5	5 %	3	14 %	12	4 %
	Ja, in Einzelfällen	36	17 %	12	11 %	5	24 %	53	16 %
	Nein	123	59 %	68	64 %	11	52 %	202	60 %
	Kann ich nicht beurteilen	47	22 %	22	21 %	2	10 %	71	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 11: Anfeindungen und Bedrohungen in den Förderregionen 2022

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich noch nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Bürgermeister*innen oder Land-rät*innen	24	7 %	117	35 %	72	21 %	125	37 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen	22	7 %	142	42 %	49	14 %	125	37 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen	47	14 %	168	50 %	36	11 %	87	26 %
Mitarbeiter*innen der Koordinie-rungs- und Fachstelle	9	3 %	36	11 %	271	80 %	22	7 %
Vertreter*innen der Medien	24	7 %	68	20 %	48	14 %	198	59 %
Menschen wegen ihrer Gruppen-zugehörigkeit (z.B. ethnische, reli-giöse und/oder geschlechtsidenti-tätsbezogene Minderheiten)	111	33 %	133	39 %	18	5%	76	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 12: Anfeindungen und Bedrohungen in den Förderregionen 2021

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	24	8 %	76	25 %	84	28 %	116	39 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	21	7 %	105	35 %	60	20 %	114	38 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	45	15 %	135	45 %	39	13 %	81	27 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	8	3 %	42	14 %	232	77 %	18	6 %
Vertreter*innen der Medien	19	6 %	59	20 %	54	18 %	168	56 %
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten)	111	37 %	109	36 %	11	4 %	69	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N=300).

Tabelle 13: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten in den Förderregionen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich noch nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Menschen betroffen von antisemitisch motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	34	14 %	92	38 %	28	12 %	90	37 %
Menschen betroffen von zuwanderungs- bzw. geflüchtetenfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	90	37 %	135	55 %	4	2 %	15	6 %
Menschen betroffen von islam- bzw. muslimfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	64	26 %	121	50 %	8	3 %	51	21 %
Menschen betroffen von sinti- und romafeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	33	14 %	55	23 %	31	13 %	125	51 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 244).

Tabelle 14: Verankerung demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen

	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger*innen“ bzw. „Wutbürger*innen“)	219	65 %
Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur*innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	74	22 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	98	29 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „NPD“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	140	41 %
Linke militante Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	11	3 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	2 %
Keine der Genannten	33	10 %
Kann ich nicht beurteilen	63	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 15: Einschätzungen zur Existenz demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich noch nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	94	28 %	103	30 %	83	25 %	58	17 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „NPD“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	99	29 %	143	42 %	45	13 %	51	15 %
Linke militante Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	6	2 %	37	11 %	215	64 %	80	24 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	3	1 %	24	7 %	205	61 %	106	31 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger*innen“ bzw. „Wutbürger*innen“)	202	60 %	88	26 %	5	1 %	43	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	38	11 %	68	20 %	108	32 %	124	37 %
Prorussische Gruppierungen bzw. Akteur*innen, die sich im Zuge des Krieges in der Ukraine formiert haben bzw. aktiv geworden sind	23	7 %	101	30 %	81	24 %	133	39 %
Neue Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des rechtsaffinen Spektrums im Kontext der Corona-Krise	139	41 %	91	27 %	24	7 %	84	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 16: Einschätzungen zu Aktivitäten demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen

Im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratischer und welt-offener Akteur*innen :	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich noch nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	2	1 %	34	10 %	279	83 %	23	7 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	182	54 %	97	29 %	40	12 %	19	6 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	22	7 %	114	34 %	111	33 %	91	27 %
Versuche der Einflussnahme in lokalen Vereinen und Strukturen der demokratischen Zivilgesellschaft	16	5 %	119	35 %	55	16 %	148	44 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	137	41 %	123	36 %	37	11 %	41	12 %
Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur*innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	21	6 %	76	22 %	114	34 %	127	38 %
Hate Speech im Netz mit lokal Bezug nehmender Agitation (z.B. Hasskommentare, Abwertung von Personen(gruppen), Aufrufe zu Gewalt)	141	42 %	114	34 %	12	4 %	71	21 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte, Feste)	20	6 %	65	19 %	138	41 %	115	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 17: Einschätzung zur Stärke zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Strukturen in den Förderregionen, differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

In unserer Förderregion...		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
gibt es eine Vielzahl von etablierten Vereinen, die sich im Themen- und Handlungsfeld gesellschaftlicher Vielfaltgestaltung (z.B. Teilhabechancen von Menschen mit Migrationsgeschichte erhöhen, Anti-Diskriminierung, etc.) engagieren.	Trifft gar nicht zu	2	1 %	3	3 %	1	5 %	6	2 %
	Trifft eher nicht zu	15	7 %	23	21 %	3	14 %	41	12 %
	Teils/teils	64	30 %	32	30 %	3	14 %	99	29 %
	Trifft eher zu	78	37 %	35	33 %	8	38 %	121	36 %
	Trifft voll zu	48	23 %	12	11 %	6	29 %	66	20 %
	Kann ich nicht beurteilen	3	1 %	2	2 %	0	0 %	5	1 %
gibt es eine Vielzahl von etablierten Vereinen, die sich auf die Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen fokussieren (z.B. Versorgungshilfe, Erstaufnahme, etc.).	Trifft gar nicht zu	3	1 %	4	4 %	1	5 %	8	2 %
	Trifft eher nicht zu	15	7 %	16	15 %	3	14 %	34	10 %
	Teils/teils	56	27 %	34	32 %	3	14 %	93	28 %
	Trifft eher zu	86	41 %	41	38 %	9	43 %	136	40 %
	Trifft voll zu	41	20 %	10	9 %	5	24 %	56	17 %
	Kann ich nicht beurteilen	9	4 %	2	2 %	0	0 %	11	3 %
gibt es eine Vielzahl von lokal verankerten Migrant*innen-Selbstorganisationen.	Trifft gar nicht zu	13	6 %	28	26 %	3	14 %	44	13 %
	Trifft eher nicht zu	56	27 %	40	37 %	4	19 %	100	30 %
	Teils/teils	52	25 %	16	15 %	5	24 %	73	22 %
	Trifft eher zu	52	25 %	15	14 %	7	33 %	74	22 %
	Trifft voll zu	24	11 %	1	1 %	2	10 %	27	8 %
	Kann ich nicht beurteilen	13	6 %	7	7 %	0	0 %	20	6 %

In unserer Förderregion...		Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
sind Geflüchtete in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	Trifft gar nicht zu	3	1 %	3	3 %	1	5 %	7	2 %
	Trifft eher nicht zu	42	20 %	29	27 %	6	29 %	77	23 %
	Teils/teils	89	42 %	47	44 %	4	19 %	140	41 %
	Trifft eher zu	42	20 %	13	12 %	6	29 %	61	18 %
	Trifft voll zu	3	1 %	2	2 %	0	0 %	5	1 %
	Kann ich nicht beurteilen	31	15 %	13	12 %	4	19 %	48	14 %
erfährt die lokale Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten Anerkennung und Unterstützung durch die lokale Bevölkerung.	Trifft gar nicht zu	0	0 %	1	1 %	0	0 %	1	0 %
	Trifft eher nicht zu	0	0 %	3	3 %	1	5 %	4	1 %
	Teils/teils	40	19 %	32	30 %	3	14 %	75	22 %
	Trifft eher zu	111	53 %	52	49 %	13	62 %	176	52 %
	Trifft voll zu	46	22 %	11	10 %	4	19 %	61	18 %
	Kann ich nicht beurteilen	13	6 %	8	7 %	0	0 %	21	6 %
wird geflüchteten- oder menschenfeindlichen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen mit Bezug zum Thema Flucht mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	Trifft gar nicht zu	10	5 %	8	7 %	0	0 %	18	5 %
	Trifft eher nicht zu	35	17 %	29	27 %	2	10 %	66	20 %
	Teils/teils	46	22 %	34	32 %	9	43 %	89	26 %
	Trifft eher zu	66	31 %	12	11 %	6	29 %	84	25 %
	Trifft voll zu	11	5 %	3	3 %	3	14 %	17	5 %
	Kann ich nicht beurteilen	42	20 %	21	20 %	1	5 %	64	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 18: Einschätzungen zur Existenz demokratie- und weltoffene Akteur*innen in den Förderregionen

Im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 waren in unserer Förderregion aktiv:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich noch nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürger*innenbündnisse	232	69 %	77	23 %	17	5 %	12	4 %
Integrationsfördernde Migrant*innen-communities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	201	59 %	86	25 %	25	7 %	26	8 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen	131	39 %	105	31 %	68	20 %	34	10 %
Für Demokratie und Vielfalt einste-hende Partei-Vertreter*innen des ge-samten politischen Spektrums	155	46 %	135	40 %	16	5 %	32	9 %
Für Demokratie und Vielfalt einste-hende deutungsmächtige Akteur*innen aus Kultur und/oder Wirtschaft	94	28 %	133	39 %	35	10 %	76	22 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter*innen	82	24 %	111	33 %	43	13 %	102	30 %
Themenkompetente und engagierte Akteur*innen aus Verwaltungs- und Si-cherheitsbehörden	91	27 %	131	39 %	42	12 %	74	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 19: Einschätzungen zu Aktivitäten demokratie- und weltoffener Akteur*innen in den Förderregionen

Im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich noch nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger*innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	213	63 %	102	30 %	12	4 %	1	3 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	152	45 %	141	42 %	22	7 %	23	7 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	23	7 %	79	23 %	128	38 %	108	32 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit bei Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“) (z.B. Erarbeiten von Konzepten zur zeitnahen Reaktion im Begleitausschuss, Schulung von Mitarbeiter*innen)	24	7 %	66	20 %	166	49 %	82	24 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	133	39 %	134	40 %	54	16 %	17	5 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	73	22 %	163	48 %	71	21 %	31	9 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	44	13 %	107	32 %	75	22 %	112	33 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	133	39 %	139	41 %	36	11 %	30	9 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	33	10 %	82	24 %	93	28 %	130	39 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	81	24 %	148	44 %	49	15 %	60	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 20: Einschätzungen zur Existenz von Migrant*innenselbstorganisationen in den Förderregionen

Im Zeitraum vom 01.06.2021 bis zum 31.05.2022 waren in unserer Förderregion aktiv:		Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
		Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
Integrations-fördernde Migrant*innencommunities und/ oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	Ja, wiederholt	27	54 %	40	57 %	37	77 %	24	41 %	46	71 %	174	60 %
	Ja, in Einzelfällen	13	26 %	22	31 %	9	19 %	16	28 %	15	23 %	75	26 %
	Nein	5	10 %	3	4 %	0	0 %	12	21 %	0	0 %	20	7 %
	Kann ich nicht beurteilen	5	10 %	5	7 %	2	4 %	6	10 %	4	6 %	22	8 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen	Ja, wiederholt	16	32 %	29	41 %	30	63 %	14	24 %	26	40 %	115	40 %
	Ja, in Einzelfällen	16	32 %	22	31 %	16	33 %	16	28 %	25	38 %	95	33 %
	Nein	12	24 %	14	20 %	1	2 %	17	29 %	10	15 %	54	19 %
	Kann ich nicht beurteilen	6	12 %	5	7 %	1	2 %	11	19 %	4	6 %	27	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 21: Ziele der Partnerschaften für Demokratie im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine

	Absolut	In Prozent
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	42	12 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	69	20 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	61	18 %
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	119	35 %
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	111	33 %
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	129	38 %
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	85	25 %
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	50	15 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt)	73	22 %
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien)	79	23 %
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	165	49 %
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	61	18 %
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	121	36 %
öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	55	16 %
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	51	15 %
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	66	20 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen	85	25%
Keine der genannten Ziele	8	2 %
Kann ich nicht beurteilen	16	5 %
Sonstiges	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 22: Vorbereitungsgrad der Förderregionen auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

	Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Schlecht	2	1 %	1	1 %	0	0 %	3	1 %
Eher schlecht	11	5 %	8	7 %	2	10 %	21	6 %
Teils/teils	71	34 %	46	43 %	6	29 %	123	36 %
Eher gut	78	37 %	42	39 %	11	52 %	131	39 %
Gut	37	18 %	8	7 %	2	10 %	47	14 %
Kann ich nicht beurteilen	11	5 %	2	2 %	0	0 %	13	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 23: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine im Rahmen der Partnerschaften; differenziert nach Gebietskörperschaft

	Westkom- mune (n = 129)		Ostkom- mune (n = 45)		West Land- kreis (n = 82)		Ost Land- kreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Ja, der Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen werden bereits von uns bearbeitet.	39	30 %	18	40 %	27	33 %	25	41 %	6	29 %	115	34 %
Nein, wir planen jedoch den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen im weiteren Verlauf des Jahres 2022 zu bearbeiten	39	30 %	7	16 %	15	18 %	14	23 %	5	24 %	80	24 %
Nein	16	12 %	11	24 %	10	12 %	9	15 %	1	5 %	47	14 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	35	27 %	9	20 %	30	37 %	13	21 %	9	43 %	96	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 24: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine im Rahmen der Partnerschaften; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

	Alte Bundesländer (n=210)		Neue Bundesländer (n=107)		Berlin (n=21)		Gesamt (N=338)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Ja, der Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen werden bereits von uns bearbeitet.	66	31 %	43	40 %	6	29 %	115	34 %
Nein, wir planen jedoch den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen im weiteren Verlauf des Jahres 2022 zu bearbeiten	53	25 %	22	21 %	5	24 %	80	24 %
Nein	26	12 %	20	19 %	1	5 %	47	14 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	65	31 %	22	21 %	9	43 %	96	28 %

Quelle: Angabe der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 25: Anpassungen der operativen Arbeit der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine

	Ja, bereits realisiert bzw. wird derzeit realisiert		Ja, geplant		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fokussierung des Krieges in der Ukraine und dessen Auswirkungen im Rahmen eines eigenständigen Arbeitsschwerpunktes	19	10 %	49	25 %	105	54 %	22	11 %
Anpassung/ Veränderung der integrierten Handlungsstrategie	25	13 %	50	26 %	91	47 %	29	15 %
Durchführung von Einzelmaßnahmen und Initiativen	88	45 %	93	48 %	8	4 %	6	3 %
Thematisierung bzw. Bearbeitung des Krieges in der Ukraine im Rahmen des Jugendforums	29	15 %	69	35 %	53	27 %	44	23 %
Thematische Ausrichtung einer/mehrerer Demokratiekonferenzen	17	9 %	40	21 %	110	56 %	28	14 %
Anpassung der Besetzung des Begleitausschusses	1	1 %	13	7 %	149	76 %	32	16 %
Erweiterung des Netzwerks der Partnerschaft für Demokratie um weiterer Akteur*innen	34	17 %	74	38 %	59	30 %	28	14 %
Sonstiges	5	3 %	7	4 %	49	25 %	133	69 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen bearbeiten bzw. planen zu bearbeiten (n = 195).

Tabelle 26: Ziele der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Gebietskulisse

	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	12	9 %	3	7 %	8	10 %	16	26 %	3	14 %	42	12 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	26	20 %	6	13 %	14	17 %	17	28 %	6	29 %	69	20 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	21	16 %	12	27 %	9	11 %	18	30 %	1	5 %	61	18 %
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	52	40 %	9	20 %	27	33 %	24	39 %	7	33 %	119	35 %

	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	44	34 %	19	42 %	24	29 %	20	33 %	4	19 %	111	33 %
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	51	40 %	20	44 %	23	28 %	25	41 %	10	48 %	129	38 %
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	31	24 %	12	27 %	17	21 %	21	34 %	4	19 %	85	25 %
Bereitstellung grundlegender/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	15	12 %	12	27 %	6	7 %	16	26 %	1	5 %	50	15 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt)	29	22 %	15	33 %	10	12 %	16	26 %	3	14 %	73	22 %
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien, etc.)	34	26 %	7	16 %	16	20 %	19	31 %	3	14 %	79	23 %

	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	64	50 %	25	56 %	31	38 %	38	62 %	7	33 %	165	49 %
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	54	42 %	13	29 %	28	34 %	21	34 %	5	24 %	121	36 %
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	20	16 %	4	9 %	12	15 %	15	25 %	4	19 %	55	16 %
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	20	16 %	5	11 %	9	11 %	14	23 %	3	14 %	51	15 %
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	24	19 %	9	20 %	13	16 %	13	21 %	7	33 %	66	20 %

	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen	31	24 %	12	27 %	25	30 %	12	20 %	5	24 %	85	25 %
Keine der genannten Ziele	2	2 %	1	2 %	2	2 %	3	5 %	0	0 %	8	2 %
Kann ich nicht beurteilen	7	5 %	1	2 %	5	6 %	2	3 %	1	5 %	16	5 %
Sonstiges	2	2 %	0	0 %	5	6 %	2	3 %	2	10 %	11	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 27: Ziele der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

	Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	20	10 %	19	18 %	3	14 %	42	12 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	40	19 %	23	21 %	6	29 %	69	20 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	30	14 %	30	28 %	1	5 %	61	18 %
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	79	38 %	33	31 %	7	33 %	119	35 %
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	67	32 %	40	37 %	4	19 %	111	33 %
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	74	35 %	45	42 %	10	48 %	129	38 %
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	47	22 %	34	32 %	4	19 %	85	25 %
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	21	10 %	28	26 %	1	5 %	50	15 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt)	38	18 %	32	30 %	3	14 %	73	22 %

	Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien)	50	24 %	26	24 %	3	14 %	79	23 %
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	94	45 %	64	60 %	7	33 %	165	49 %
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	82	39 %	34	32 %	5	24 %	121	36 %
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	32	15 %	19	18 %	4	19 %	55	16 %
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	29	14 %	19	18 %	3	14 %	51	15 %
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	37	18 %	22	21 %	7	33 %	66	20 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen	56	27 %	24	22 %	5	24 %	85	25 %
Keine der genannten Ziele	4	2 %	4	4 %	0	0 %	8	2 %
Kann ich nicht beurteilen	12	6 %	3	3 %	1	5 %	16	5 %
Sonstiges	7	3 %	2	2 %	2	10 %	11	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 28: Maßnahmen der Partnerschaften in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen Ukraine; differenziert nach Gebietskörperschaft

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Hilfs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Personen in unserer Förderregion bekannt zu machen (z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit).	49	38 %	21	47 %	27	33 %	30	49 %	12	57 %	139	41 %
Beratungsangebote (z.B. im Umgang mit Behörden) für geflüchtete Personen zu etablieren.	26	20 %	11	24 %	16	20 %	18	30 %	3	14 %	74	22 %
Schulungen, Weiterbildungsformate und/oder kollegiale Beratung für Multiplikator*innen (z.B. interkulturelle Weiterbildung, Konfliktkompetenzen) anzubieten.	21	16 %	8	18 %	15	18 %	13	21 %	3	14 %	60	18 %
Fort- und Weiterbildungsangebote, Schulungen und/oder Beratung (z.B. zum Umgang mit zuwanderungskritischen Positionen, lokaler Herausforderungen beim Thema Flucht) für Personen relevanter Ämter und Institutionen anzubieten.	15	12 %	5	11 %	5	6 %	6	10 %	0	0 %	31	9 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
zeitnah, adäquate Formate bzw. Maßnahmen o.Ä. umzusetzen, die zur Aktualisierung der Situationskenntnis vor Ort beitragen (z.B. Anhörung von Expert*innen, Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses, Durchführung von Bürgerforen oder Stadtteilkonferenzen, Erstellung von Studien und Expertisen).	18	14 %	5	11 %	14	17 %	18	30 %	2	10 %	57	17 %
geflüchtete Menschen in lokale Mitbestimmungsprozesse (z.B. zur Gestaltung von Unterbringungen) einzubinden.	7	5 %	3	7 %	3	4 %	5	8 %	1	5 %	19	6 %
lokale Begegnungsräume zu etablieren, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten geeignet sind.	49	38 %	23	51 %	20	24 %	29	48 %	8	38 %	129	38 %
Mediations- und/oder Konfliktlösungsformate zur Beilegung von lokalen Konflikt- und Problemlagen (z.B. Konflikte im Bereich Unterbringung; Konflikte zwischen geflüchteten Menschen) zu initiieren.	7	5 %	2	4 %	3	4 %	2	3 %	0	0 %	14	4 %
die Diskursbereitschaft zu kontroversen Themen (z.B. mit zuwanderungskritischen Bürger*innen) zu erhöhen.	20	16 %	5	11 %	7	9 %	7	11 %	1	5 %	40	12 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
ein Angebot von Informations- und Aufklärungsformaten zu lokalen Problemlagen (z.B. rechte Gruppierungen, zuwanderungskritische Tendenzen) vor Ort zu etablieren.	21	16 %	3	7 %	11	13 %	9	15 %	2	10 %	46	14 %
das Unterstützerspektrum für Gegenmobilisierungen zu demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen vor Ort zu vergrößern.	22	17 %	11	24 %	13	16 %	10	16 %	3	14 %	59	17 %
bei antidemokratischen Vorfällen öffentliche Gegenrede (z.B. in Form von Demonstrationen, Mahnwachen) zu organisieren.	26	20 %	6	13 %	9	11 %	9	15 %	3	14 %	53	16 %
Reaktionspläne im Umgang mit Demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen zu entwerfen/mitzugestalten bzw. umzusetzen.	7	5 %	3	7 %	9	11 %	4	7 %	2	10 %	25	7 %
zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Angebote im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Personen anbieten, zu vernetzen.	51	40 %	28	62 %	32	39 %	27	44 %	10	48 %	148	44 %
relevante Akteur*innen aus Politik und Verwaltung zur Unterstützung oder Mitarbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu gewinnen.	30	23 %	15	33 %	21	26 %	16	26 %	6	29 %	88	26 %
neue, bisher themenfremde Akteur*innen in die Auseinandersetzung mit dem Ukraine Krieg und dessen Auswirkungen einzubinden.	19	15 %	10	22 %	9	11 %	11	18 %	3	14 %	52	15 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen	Westkommune (n = 129)		Ostkommune (n = 45)		West Landkreis (n = 82)		Ost Landkreis (n = 61)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
feste Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungsbzw. Ordnungsbehörden aufzubauen.	21	16 %	8	18 %	9	11 %	15	25 %	1	5 %	54	16 %
den Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erhöhen (z.B. Dialog zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zur lokalen Aufnahme von Geflüchteten; Absprachen bezüglich geplanter Maßnahmen)	26	20 %	13	29 %	10	12 %	13	21 %	2	10 %	64	19 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie hat sich in diesem Bereich nicht explizit engagiert.	36	28 %	9	20 %	22	27 %	11	18 %	4	19 %	82	24 %
Keine der genannten.	5	4 %	2	4 %	4	5 %	2	3 %	1	5 %	14	4 %
Kann ich nicht beurteilen	7	5 %	1	2 %	5	6 %	4	7 %	0	0 %	17	5 %
Sonstiges	3	2 %	1	2 %	3	4 %	5	8 %	0	0 %	12	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 29: Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie Berlin

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen	Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Hilfs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Personen in unserer Förderregion bekannt zu machen (z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit).	76	36 %	51	48 %	12	57 %	139	41 %
Beratungsangebote (z.B. im Umgang mit Behörden) für geflüchtete Personen zu etablieren.	41	20 %	30	28 %	3	14 %	74	22 %
Schulungen, Weiterbildungsformate und/oder kollegiale Beratung für Multiplikator*innen (z.B. interkulturelle Weiterbildung, Konfliktkompetenzen) anzubieten.	36	17 %	21	20 %	3	14 %	60	18 %
Fort- und Weiterbildungsangebote, Schulungen und/oder Beratung (z.B. zum Umgang mit zuwanderungskritischen Positionen, lokaler Herausforderungen beim Thema Flucht) für Personen relevanter Ämter und Institutionen anzubieten.	20	10 %	11	10 %	0	0 %	31	9 %
Zeitnah, adäquate Formate bzw. Maßnahmen o.Ä. umzusetzen, die zur Aktualisierung der Situationskenntnis vor Ort beitragen (z.B. Anhörung von Expert*innen, Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses, Durchführung von Bürgerforen oder Stadtteilkonferenzen, Erstellung von Studien und Expertisen).	32	15 %	23	21 %	2	10 %	57	17 %
Geflüchtete Menschen in lokale Mitbestimmungsprozesse (z.B. zur Gestaltung von Unterbringungen) einzubinden.	10	5 %	8	7 %	1	5 %	19	6 %
Lokale Begegnungsräume zu etablieren, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten geeignet sind.	69	33 %	52	49 %	8	38 %	129	38 %
Mediations- und/oder Konfliktlösungsformate zur Beilegung von lokalen Konflikt- und Problemlagen (z.B. Konflikte im Bereich Unterbringung; Konflikte zwischen geflüchteten Menschen) zu initiieren.	10	5 %	4	4 %	0	0 %	14	4 %
Die Diskursbereitschaft zu kontroversen Themen (z.B. mit zuwanderungskritischen Bürger*innen) zu erhöhen.	27	13 %	12	11 %	1	5 %	40	12 %
Ein Angebot von Informations- und Aufklärungsformaten zu lokalen Problemlagen (z.B. rechte Gruppierungen, zuwanderungskritische Tendenzen) vor Ort zu etablieren.	32	15 %	12	11 %	2	10 %	46	14 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen	Alte Bundesländer (n = 210)		Neue Bundesländer (n = 107)		Berlin (n = 21)		Gesamt (N=338)	
	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent		Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut
Das Unterstützerspektrum für Gegenmobilisierungen zu demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen vor Ort zu vergrößern.	35	17 %	21	20 %	3	14 %	59	17 %
bei antidemokratischen Vorfällen öffentliche Gegenrede (z.B. in Form von Demonstrationen, Mahnwachen) zu organisieren.	35	17 %	15	14 %	3	14 %	53	16 %
Reaktionspläne im Umgang mit Demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen zu entwerfen/mitzugestalten bzw. umzusetzen.	16	8 %	7	7 %	2	10 %	25	7 %
zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Angebote im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Personen anbieten, zu vernetzen.	83	40 %	55	51 %	10	48 %	148	44 %
relevante Akteur*innen aus Politik und Verwaltung zur Unterstützung oder Mitarbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu gewinnen.	51	24 %	31	29 %	6	29 %	88	26 %
neue, bisher themenfremde Akteur*innen in die Auseinandersetzung mit dem Ukraine Krieg und dessen Auswirkungen einzubinden.	28	13 %	21	20 %	3	14 %	52	15 %
feste Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungs- bzw. Ordnungsbehörden aufzubauen.	30	14 %	23	21 %	1	5 %	54	16 %
den Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erhöhen (z.B. Dialog zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zur lokalen Aufnahmen von Geflüchteten; Absprachen bezüglich geplanter Maßnahmen)	36	17 %	26	24 %	2	10 %	64	19 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie hat sich in diesem Bereich nicht explizit engagiert.	58	28 %	20	19 %	4	19 %	82	24 %
Keine der genannten.	9	4 %	4	4 %	1	5 %	14	4 %
Kann ich nicht beurteilen	12	6 %	5	5 %	0	0 %	17	5 %
Sonstiges	6	3 %	6	6 %	0	0 %	12	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 30: Einschätzungen von Verbesserungen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Partnerschaften für Demokratie

		Absolut	In Prozent
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	0	0 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	5	12 %
	Leichte Verbesserung	20	48 %
	Mittlere Verbesserung	5	12 %
	Deutliche Verbesserung	4	10 %
	Kann ich nicht beurteilen	8	19 %
	Gesamt	42	100 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	1	1 %
	Leichte Verschlechterung	3	4 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	8	12 %
	Leichte Verbesserung	31	45 %
	Mittlere Verbesserung	10	14 %
	Deutliche Verbesserung	4	6 %
	Kann ich nicht beurteilen	12	17 %
	Gesamt	69	100 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	2	3 %
	Leichte Verschlechterung	1	2 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	12	20 %
	Leichte Verbesserung	24	39 %
	Mittlere Verbesserung	9	15 %
	Deutliche Verbesserung	4	7 %
	Kann ich nicht beurteilen	9	15 %
	Gesamt	61	100 %
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	1	1 %
	Leichte Verschlechterung	3	3 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	21	18 %
	Leichte Verbesserung	46	39 %
	Mittlere Verbesserung	20	17 %
	Deutliche Verbesserung	7	6 %
	Kann ich nicht beurteilen	21	18 %
	Gesamt	119	100 %

		Absolut	In Prozent
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	2	2 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	16	14 %
	Leichte Verbesserung	29	26 %
	Mittlere Verbesserung	34	31 %
	Deutliche Verbesserung	17	15 %
	Kann ich nicht beurteilen	13	12 %
	Gesamt	111	100 %
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	1	1 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	13	10 %
	Leichte Verbesserung	48	37 %
	Mittlere Verbesserung	31	24 %
	Deutliche Verbesserung	21	16 %
	Kann ich nicht beurteilen	15	12 %
	Gesamt	129	100 %
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	1	1 %
	Leichte Verschlechterung	1	1 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	15	18 %
	Leichte Verbesserung	27	32 %
	Mittlere Verbesserung	23	27 %
	Deutliche Verbesserung	7	8 %
	Kann ich nicht beurteilen	11	13 %
	Gesamt	85	100 %
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	0	0 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	1	2 %
	Leichte Verbesserung	7	14 %
	Mittlere Verbesserung	12	24 %
	Deutliche Verbesserung	23	46 %
	Kann ich nicht beurteilen	7	14 %
	Gesamt	50	100 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	0	0 %

		Absolut	In Prozent
	Keine Veränderung/Stabilisierung	11	15 %
	Leichte Verbesserung	22	30 %
	Mittlere Verbesserung	14	19 %
	Deutliche Verbesserung	4	5 %
	Kann ich nicht beurteilen	22	30 %
	Gesamt	73	100 %
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	1	1 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	25	32 %
	Leichte Verbesserung	34	43 %
	Mittlere Verbesserung	9	11 %
	Deutliche Verbesserung	5	6 %
	Gesamt	79	100 %
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	2	1 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	18	11 %
	Leichte Verbesserung	60	36 %
	Mittlere Verbesserung	38	23 %
	Deutliche Verbesserung	29	18 %
	Kann ich nicht beurteilen	18	11 %
	Gesamt	165	100 %
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	1	2 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	24	39 %
	Leichte Verbesserung	11	18 %
	Mittlere Verbesserung	5	8 %
	Deutliche Verbesserung	6	10 %
	Kann ich nicht beurteilen	14	23 %
	Gesamt	61	100 %
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	1	1 %
	Leichte Verschlechterung	1	1 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	33	27 %
	Leichte Verbesserung	39	32 %
	Mittlere Verbesserung	17	14 %

		Absolut	In Prozent
	Deutliche Verbesserung	8	7 %
	Kann ich nicht beurteilen	22	18 %
	Gesamt	121	100 %
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	1	2 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	14	25 %
	Leichte Verbesserung	14	25 %
	Mittlere Verbesserung	11	20 %
	Deutliche Verbesserung	5	9 %
	Kann ich nicht beurteilen	10	18 %
	Gesamt	55	100 %
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	0	0 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	9	18 %
	Leichte Verbesserung	21	41 %
	Mittlere Verbesserung	8	16 %
	Deutliche Verbesserung	2	4 %
	Kann ich nicht beurteilen	11	22 %
	Gesamt	51	100 %
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	Deutliche Verschlechterung	0	0 %
	Mittlere Verschlechterung	0	0 %
	Leichte Verschlechterung	2	3 %
	Keine Veränderung/Stabilisierung	19	29 %
	Leichte Verbesserung	17	26 %
	Mittlere Verbesserung	12	18 %
	Deutliche Verbesserung	7	11 %
	Kann ich nicht beurteilen	9	14 %
	Gesamt	66	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338), die in den jeweiligen Bereichen angegeben haben, Ziele zu verfolgen.

Tabelle 31: Einschätzungen des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie an Verbesserungen (Mittelwerte)

	n	Mittelwert	Standardabweichung
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	37	3,9	1,3
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	62	4,2	1,1
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	55	3,9	1,3
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	108	4,0	1,2
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	104	4,1	1,2
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	121	4,6	1,3
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	79	4,1	1,3
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	48	4,4	1,6
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt)	63	3,8	1,4
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien)	73	4,2	1,4
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	150	4,4	1,2
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	47	4,3	1,4
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	103	4,3	1,3
öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechts-populistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	46	4,2	1,6

	n	Mittelwert	Standardabweichung
die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	41	4,2	1,3
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	59	4,3	1,4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338), die in den jeweiligen Bereichen angegeben haben, Ziele zu verfolgen. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Kein oder sehr geringer Beitrag“) bis 7 („Sehr großer Beitrag“) berechnet

Tabelle 32: Aktivitäten im Bereich Integration und grundständige Hilfe

	Absolut	In Prozent
Medizinische Versorgung	7	2 %
Psychotherapeutische oder psychosoziale Versorgung	20	6 %
Unterbringung/Wohnen	23	7 %
Sach- oder Kleiderspenden	48	14 %
Sprachkurse (für Geflüchtete)	48	14 %
Arbeitsmarkt	18	5 %
Kinderbetreuung	51	15 %
Bildungsinstitutionen (z.B. Schule, Berufsschule, Hochschule)	56	17 %
Rechtsberatung	8	2 %
Freizeitgestaltung (z.B. Sportangebote, Kulturvereine, Religiöse Gemeinschaften)	152	45 %
Politische Mitbestimmung (z.B. in der Lokalpolitik, politische Initiativen)	41	12 %
Keine der genannten Bereiche.	81	24 %
Kann ich nicht beurteilen.	21	6 %
Sonstiges	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Bereiche“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 33: Aktivitäten im Bereich Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung

Es wurden Veranstaltungen angeboten...	Absolut	In Prozent
...über das aktuelle Kriegsgeschehen.	38	11 %
...über historische Hintergründe des aktuellen Kriegsgeschehens.	26	8 %
...über Friedens- und Sicherheitspolitik.	44	13 %
...zur Debatte von politischen Entscheidungen und deren historischen oder wirtschaftlichen Hintergründen.	21	6 %
...über die Konsequenzen des Kriegs für Deutschland/ deutsche Bürger*innen.	22	7 %
...zu russischer Desinformation oder Verschwörungserzählungen.	30	9 %
...zur lokalen Aufnahme von Geflüchteten.	51	15 %
...für Geflüchtete aus der Ukraine.	59	17 %
Keine der angegebenen Veranstaltungen.	161	48 %
Kann ich nicht beurteilen.	27	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der angegebenen Veranstaltungen“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 34: Aktivitäten zum Empowerment von Geflüchteten

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Absolut	In Prozent
...sich für die Überwindung von Formen der institutionellen Benachteiligung (z.B. rechtlich, politisch) von geflüchteten Personen einsetzen.	53	16 %
...die Gründung und Weiterentwicklung von Selbstorganisationen von Geflüchteten unterstützen.	70	21 %
Keine der Genannten.	65	19 %
Kann ich nicht beurteilen.	26	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 35: Aktivitäten im Bereich Bearbeitung lokaler Konfliktlagen

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Absolut	In Prozent
...die Beilegung bzw. Mediation von Konflikten zwischen geflüchteten und lokal ansässigen Menschen adressieren (z.B. Konflikte im Hinblick auf die Unterbringung von Geflüchteten).	27	8 %
...den Umgang mit Konflikten zwischen geflüchteten Menschen und vielfaltablehnenden Gruppierungen fokussieren.	36	11 %
...die Beilegung bzw. Mediation von Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppierungen geflüchteter Menschen (z.B. zwischen geflüchteten Menschen aus der Ukraine und Syrien) adressieren.	25	7 %
...Konflikte zwischen geflüchteten Menschen und Menschen aus sozial schlechter gestellten Schichten (bspw. Konflikte um sozialstaatliche Unterstützung) in den Blick nehmen.	37	11 %
Keine der genannten.	186	55 %
Kann ich nicht beurteilen.	67	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Bereiche“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 36: Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Absolut	In Prozent
...Veranstaltungen (z.B. Diskussions- oder Informationsveranstaltungen) durchführen, die der Aufklärung bzw. der Erweiterung von Wissen (z.B. über Verschwörungserzählungen, der Hintergründe von Krieg und Flucht, lokaler Konfliktlagen) gewidmet sind.	118	35 %
...Workshops und/oder Werkstätten (etc.) beinhalten, die der Förderung subjektiver Diskurs- und Handlungskompetenzen dienen (z.B. interkulturelle Kompetenzen, Argumentationstrainings).	109	32 %
...Workshops und/oder Werkstätten (etc.) durchführen, die Fähigkeiten des gemeinsamen Konfliktmanagements vermitteln und einüben sollen (z.B. kooperative Strategien der Konfliktlösung).	49	14 %
...Angebote der Beratung von Multiplikator*innen (z.B. im Umgang mit Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppierungen von Geflüchteten) bereitstellen.	61	18 %
...Angebote der Beratung für geflüchtete (bzw. so gelesene) Personen bereitstellen, die Betroffene von menschenfeindlichen Übergriffen und Anfeindungen geworden sind.	29	9 %
...auf das Empowerment geflüchteter Personen abzielen.	108	32 %
...die die Schaffung von Begegnungsräumen und/oder anderen Möglichkeiten von Kontaktaufnahme unterschiedlicher Gruppierungen (z.B. von geflüchteten und ortsansässigen Menschen) adressieren.	183	54 %
...die die Unterstützung bzw. den Aufbau von Runden Tischen oder anderer fachübergreifender Gremien des (präventiven) Konfliktmanagements im Sinn haben.	47	14 %
Keine der Genannten.	61	18 %
Kann ich nicht beurteilen.	24	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 37: Ziele der Partnerschaften für Demokratie im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	6	12 %	17	24 %	3	6 %	4	7 %	8	12 %	38	13 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	11	22 %	25	36 %	10	21 %	11	19 %	7	11 %	64	22 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	8	16 %	22	31 %	5	10 %	9	16 %	12	18 %	56	19 %
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	15	30 %	32	46 %	17	35 %	20	34 %	20	31 %	104	36 %
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	14	28 %	27	39 %	16	33 %	19	33 %	21	32 %	97	33 %

	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	15	30 %	33	47 %	22	46 %	23	40 %	29	45 %	122	42 %
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	10	20 %	25	36 %	11	23 %	14	24 %	18	28 %	78	27 %
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	8	16 %	12	17 %	8	17 %	7	12 %	13	20 %	48	16 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt, etc.)	10	20 %	19	27 %	8	17 %	17	29 %	10	15 %	64	22 %
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien, etc.)	6	12 %	19	27 %	11	23 %	16	28 %	18	28 %	70	24 %
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	21	42 %	39	56 %	24	50 %	36	62 %	32	49 %	152	52 %
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	4	8 %	18	26 %	17	35 %	9	16 %	7	11 %	55	19 %

	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	16	32 %	33	47 %	23	48 %	19	33 %	16	25 %	107	37 %
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	7	14 %	20	29 %	8	17 %	8	14 %	7	11 %	50	17 %
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen geflüchteter Gruppen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	5	10 %	16	23 %	8	17 %	4	7 %	13	20 %	46	16 %
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	6	12 %	17	24 %	18	38 %	11	19 %	6	9 %	58	20 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen	14	28 %	15	21 %	10	21 %	12	21 %	17	26 %	68	23 %
Keine der genannten Ziele	0	0 %	0	0 %	0	0 %	2	3 %	3	5 %	5	2 %
Kann ich nicht beurteilen	2	4 %	2	3 %	1	2 %	3	5 %	3	5 %	11	4 %

Durchschnittliche Anzahl an Maßnahmen pro Typ ¹⁹⁹	3,6		5,6		4,6		4,2		4,0		4,4	
---	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 38: Vorbereitungsgrad der Förderregionen auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Strategietyp

	Strategie- typ 1	Strategie- typ 2	Strategie- typ 3	Strategie- typ 4	Strategie- typ 5	Gesamt
Wie ist die Förderregion Ihrer Partnerschaft für Demokratie zum derzeitigen Zeitpunkt auf die programmrelevanten Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Fluchtbewegungen, Gestaltung von Vielfalt und Förderung einer Willkommenskultur, Diskriminierung, Rassismus) vorbereitet?	3,7	3,8	3,6	3,5	3,6	3,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Die Mittelwerte wurden anhand einer Skala von 1 („schlecht“) bis 5 („gut“) berechnet.

¹⁹⁹ Ohne „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“, „Keine der genannten Ziele“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 39: Einschätzungen des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie an Verbesserungen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

	Strategietyp 1	Strategietyp 2	Strategietyp 3	Strategietyp 4	Strategietyp 5	Gesamt
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	3,2	4,2	4,5	3,7	3,5	3,9
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	4,0	4,0	4,4	4,3	4,4	4,2
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	3,4	4,0	3,4	3,2	4,5	3,8
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	3,8	4,3	4,3	3,7	4,1	4,0
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	3,6	4,1	3,9	4,0	4,5	4,0
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	4,3	4,7	4,2	4,6	4,9	4,6
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	3,3	4,4	4,3	3,8	4,5	4,2
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	3,1	5,3	4,4	4,0	4,8	4,4

	Strategietyp 1	Strategietyp 2	Strategietyp 3	Strategietyp 4	Strategietyp 5	Gesamt
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt, etc.)	3,3	4,3	3,3	3,6	3,7	3,7
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien, etc.)	3,4	4,5	3,8	3,8	4,6	4,2
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	4,2	4,7	4,0	4,1	4,7	4,4
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	2,7	4,7	4,4	3,6	5,2	4,3
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	3,8	4,6	4,0	4,1	4,9	4,3
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	4,0	4,4	3,7	3,6	4,3	4,1
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	3,8	4,3	4,0	3,3	4,0	4,0
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	4,5	4,4	4,3	3,9	4,0	4,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und die in den jeweiligen Bereichen angegeben haben, Ziele zu verfolgen. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Sehr geringer Beitrag/kein Beitrag“) bis 7 („Sehr großer Beitrag“) berechnet.

Tabelle 40: Erfolgreich umgesetzte Maßnahmen in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
Hilfs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Personen in unserer Förderregion bekannt zu machen (z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit).	15	30 %	37	53 %	16	33 %	26	45 %	28	43 %	122	42 %
Beratungsangebote (z.B. im Umgang mit Behörden) für geflüchtete Personen zu etablieren.	8	16 %	19	27 %	8	17 %	13	22 %	18	28 %	66	23 %
Schulungen, Weiterbildungsformate und/oder kollegiale Beratung für Multiplikator*innen (z.B. interkulturelle Weiterbildung, Konfliktkompetenzen) anzubieten.	6	12 %	13	19 %	11	23 %	9	16 %	12	18 %	51	18 %
Fort- und Weiterbildungsangebote, Schulungen und/oder Beratung (z.B. zum Umgang mit zuwanderungskritischen Positionen, lokaler Herausforderungen beim Thema Flucht) für Personen relevanter Ämter und Institutionen anzubieten.	8	16 %	9	13 %	4	8 %	1	2 %	7	11 %	29	10 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
Zeitnah, adäquate Formate bzw. Maßnahmen o.Ä. umzusetzen, die zur Aktualisierung der Situationskenntnis vor Ort beitragen (z.B. Anhörung von Expert*innen, Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses, Durchführung von Bürgerforen oder Sta	6	12 %	19	27 %	7	15 %	6	10 %	14	22 %	52	18 %
Geflüchtete Menschen in lokale Mitbestimmungsprozesse (z.B. zur Gestaltung von Unterbringungen) einzubinden.	1	2 %	9	13 %	0	0 %	5	9 %	3	5 %	18	6 %
Lokale Begegnungsräume zu etablieren, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten geeignet sind.	17	34%	31	44 %	24	50 %	19	33 %	28	43 %	119	41 %
Mediations- und/oder Konfliktlösungsformate zur Beilegung von lokalen Konflikt- und Problemlagen (z.B. Konflikte im Bereich Unterbringung; Konflikte zwischen geflüchteten Menschen) zu initiieren.	1	2%	4	6 %	3	6 %	1	2 %	3	5 %	12	4 %
Die Diskursbereitschaft zu kontroversen Themen (z.B. mit zuwanderungskritischen Bürger*innen) zu erhöhen.	7	14%	10	14 %	8	17 %	7	12 %	5	8 %	37	13 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen...	Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Ein Angebot von Informations- und Aufklärungsformaten zu lokalen Problemlagen (z.B. rechte Gruppierungen, zuwanderungskritische Tendenzen) vor Ort zu etablieren.	9	18 %	15	21 %	8	17 %	5	9 %	6	9 %	43	15 %
Das Unterstützerspektrum für Gegenmobilisierungen zu demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen vor Ort zu vergrößern.	11	22 %	16	23 %	10	21 %	9	16 %	11	17 %	57	20 %
Bei antidemokratischen Vorfällen öffentliche Gegenrede (z.B. in Form von Demonstrationen, Mahnwachen) zu organisieren.	7	14 %	17	24 %	8	17 %	10	17 %	8	12 %	50	17 %
Reaktionspläne im Umgang mit Demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen zu entwerfen/mitzugestalten bzw. umzusetzen.	3	6 %	8	11 %	3	6 %	6	10 %	4	6 %	24	8 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Angebote im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Personen anbieten, zu vernetzen.	18	36 %	35	50 %	21	44 %	30	52 %	30	46 %	134	46 %
Relevante Akteur*innen aus Politik und Verwaltung zur Unterstützung oder Mitarbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu gewinnen.	14	28 %	23	33 %	11	23 %	17	29 %	12	18 %	77	26 %

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent								
Neue, bisher themenfremde Akteur*innen in die Auseinandersetzung mit dem Ukraine Krieg und dessen Auswirkungen einzu-binden.	6	12 %	12	17 %	8	17 %	9	16 %	14	22 %	49	17 %
Feste Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungs- bzw. Ordnungsbehörden aufzubauen.	6	12 %	19	27 %	7	15 %	9	16 %	12	18 %	53	18 %
Den Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erhöhen (z.B. Dialog zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zur lokalen Aufnahmen von Geflüchteten; Absprachen bezüglich geplanter Maßnahmen)	9	18 %	18	26 %	9	19 %	10	17 %	12	18 %	58	20 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie hat sich in diesem Bereich nicht explizit engagiert.	11	22 %	13	19 %	12	25 %	13	22 %	18	28 %	67	23 %
Keine der Genannten.	3	6 %	1	1 %	1	2 %	1	2 %	3	5 %	9	3 %
Kann ich nicht beurteilen	3	6 %	3	4 %	0	0 %	5	9 %	1	2 %	12	4 %
Durchschnittliche Anzahl an Maßnahmen pro Typ ²⁰⁰	3,3		4,7		3,7		3,6		3,8		3,8	

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennungen sind möglich oder „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“ oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

200 Ohne „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“, „Keine der genannten Ziele“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 41: Einschätzungen zu vielfaltfördernden Aktivitäten und Organisationen in den Förderregionen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In unserer Förderregion...	Strategietyp 1	Strategietyp 2	Strategietyp 3	Strategietyp 4	Strategietyp 5	Gesamt
gibt es eine Vielzahl von etablierten Vereinen, die sich im Themen- und Handlungsfeld gesellschaftlicher Vielfaltgestaltung (z.B. Teilhabechancen von Menschen mit Migrationsgeschichte erhöhen, Anti-Diskriminierung, etc.) engagieren.	3,5	3,6	3,8	3,3	3,8	3,6
gibt es eine Vielzahl von etablierten Vereinen, die sich auf die Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen fokussieren (z.B. Versorgungshilfe, Erstaufnahme, etc.).	3,7	3,5	3,8	3,3	3,9	3,6
gibt es eine Vielzahl von lokal verankerten Migrant*innen-Selbstorganisationen.	2,8	2,7	3,3	2,5	3,0	2,8
sind Geflüchtete in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	3,0	2,9	3,0	2,7	3,0	2,9
erfährt die lokale Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten Anerkennung und Unterstützung durch die lokale Bevölkerung.	3,9	3,8	4,0	3,8	4,1	3,9
wird geflüchteten- oder menschenfeindlichen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen mit Bezug zum Thema Flucht mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	3,0	3,2	3,0	3,0	3,2	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 42: Einschätzungen zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Arbeitsbereich Integration und grundständige Hilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

Für welche Bereiche gibt es insgesamt in Ihrer Förderregion derzeit Hilfsaktivitäten für Personen, die aus der Ukraine geflüchtet sind?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	In Pro-zent	Ab-solut								
Medizini-sche Ver-sorgung	25	50 %	36	51 %	28	58 %	29	50 %	39	60 %	157	54 %
Psychothe-rapeutische oder psy-chosoziale Versorgung	16	32 %	26	37%	16	33 %	20	34 %	27	42 %	105	36 %
Unterbrin-gung/Woh-nen	39	78 %	60	86%	36	75 %	48	83 %	52	80 %	235	81 %
Sach- oder Kleider-spenden	41	82 %	59	84%	36	75 %	48	83 %	53	82 %	237	81 %
Sprach-kurse (für Geflüchtete)	40	80 %	54	77%	36	75 %	43	74 %	50	77 %	223	77 %
Arbeits-markt	24	48 %	40	57%	25	52 %	25	43 %	38	58 %	152	52 %
Kinderbe-treuung	25	50 %	44	63%	23	48 %	31	53 %	40	62 %	163	56 %
Bildungsin-stitutionen (z.B. Schule, Be-ruufsschule, Hoch-schule)	29	58 %	54	77%	30	63 %	34	59 %	42	65 %	189	65 %
Rechtsbe-ratung	10	20 %	18	26%	15	31 %	16	28 %	18	28 %	77	26 %

Für welche Bereiche gibt es insgesamt in Ihrer Förderregion derzeit Hilfsaktivitäten für Personen, die aus der Ukraine geflüchtet sind?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Freizeitgestaltung (z.B. Sportangebote, Kulturvereine, Religiöse Gemeinschaften)	34	68 %	57	81 %	36	75 %	36	62 %	50	77 %	213	73 %
Politische Mitbestimmung (z.B. in der Lokalpolitik, politischen Initiativen, etc.)	4	8 %	4	6 %	3	6 %	3	5 %	4	6 %	18	6 %
Keine der genannten Bereiche	1	2 %	0	0 %	1	2 %	0	0 %	1	2 %	3	1 %
Kann ich nicht beantworten	7	14 %	7	10 %	7	15 %	7	12 %	7	11 %	35	12 %
Sonstiges		4 %		3 %		2 %		3 %		3 %		4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Bereiche“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 43: Umgesetzte Maßnahmen in Reaktion auf den Krieg in der Ukraine in den Partnerschaften, differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
...die Beilegung bzw. Mediation von Konflikten zwischen geflüchteten und lokal ansässigen Menschen adressieren (z.B. Konflikte im Hinblick auf die Unterbringung von Geflüchteten)	2	4 %	14	20 %	1	2 %	5	9 %	2	3 %	24	8 %
...den Umgang mit Konflikten zwischen geflüchteten Menschen und vielfaltablehnenden Gruppierungen fokussieren.	3	6 %	15	21 %	5	10 %	4	7 %	4	6 %	31	11 %
...die Beilegung bzw. Mediation von Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppierungen geflüchteter Menschen (z.B. zwischen geflüchteten Menschen aus der Ukraine und Syrien)	1	2 %	10	14 %	7	15 %	2	3 %	4	6 %	24	8 %
...Konflikte zwischen geflüchteten Menschen und Menschen aus sozial schlechter gestellten Schichten (bspw. Konflikte um sozialstaatliche Unterstützung) in den Blick nehmen.	1	2 %	16	23 %	7	15 %	5	9 %	5	8 %	34	12 %

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
Keine der genannten	33	66 %	31	44 %	23	48 %	37	64 %	33	51 %	157	54 %
Kann ich nicht beurteilen	12	24 %	11	16 %	9	19 %	11	19 %	15	23 %	58	20 %
Sonstiges	0	0 %	2	3 %	1	2 %	0	0 %	5	8 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“

Tabelle 44: (Geplante) Maßnahmenbereiche zur Bearbeitung lokaler Konfliktlagen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In welchen der angegebenen Bereiche werden im Rahmen Ihrer Partnerschaft für Demokratie Hilfsaktivitäten (Projekte, etc.) umgesetzt oder geplant?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent								
...sich dem Abbau gesellschaftlicher Vorurteile (z.B. durch Aufklärung, Informationen, etc.) gegenüber Geflüchteten widmen.	23	46 %	40	57 %	23	48 %	26	45 %	29	45 %	141	48 %
...die Förderung und Schaffung von Begegnungsräumen und Kontaktmöglichkeiten zwischen geflüchteten und ansässigen Menschen im Sinn haben.	23	46 %	50	71 %	30	63 %	35	60 %	43	66 %	181	62 %
...sich für die Überwindung von Formen der institutionellen Benachteiligung (z.B. rechtlich, politisch) von geflüchteten Personen einsetzen.	6	12 %	12	17 %	12	25 %	6	10 %	11	17 %	47	16 %
...die Gründung und Weiterentwicklung von Selbstorganisationen von Geflüchteten unterstützen.	13	26 %	21	30 %	9	19 %	12	21 %	9	14 %	64	22 %
Keine der Genannten.	10	20 %	8	11 %	8	17 %	11	19 %	12	18 %	49	17 %
Kann ich nicht beurteilen.	5	12 %	4	6 %	1	2 %	5	9 %	2	3 %	18	6 %
Sonstiges	1	2 %	3	4 %	1	2 %	2	3 %	2	3 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 45: Umgesetzte Maßnahmen zur Bearbeitung lokaler Konfliktlagen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
...Veranstaltungen (z.B. Diskussions- oder Informationsveranstaltungen) durchführen, die der Aufklärung bzw. der Erweiterung von Wissen (z.B. über Verschwörungserzählungen, der Hintergründen von Krieg und Flucht, lokaler Konfliktlagen) gewidmet sind	14	28 %	33	47 %	21	44 %	16	28 %	25	38 %	109	37 %
...Workshops und/oder Werkstätten (etc.) beinhalten, die der Förderung subjektiver Diskurs- und Handlungskompetenzen dienen (z.B. interkulturelle Kompetenzen, Argumentationstrainings).	11	22 %	29	41 %	21	44 %	14	24 %	26	40 %	101	35 %
...Workshops und/oder Werkstätten (etc.) durchführen, die Fähigkeiten des gemeinsamen Konfliktmanagements vermitteln und einüben sollen (z.B. kooperative Strategien der Konfliktlösung, etc.).	8	16 %	17	24 %	4	8 %	4	7 %	9	14 %	42	14 %
...Angebote der Beratung von Multiplikator*innen (z.B. im Umgang mit Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppierungen von Geflüchteten) bereitstellen.	4	8 %	20	29 %	9	19 %	9	16 %	13	20 %	55	19 %

In Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und möglicher Konfliktlagen vor Ort werden im Rahmen unserer Partnerschaft Maßnahmen umgesetzt, die...	Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
...Angebote der Beratung für geflüchtete (bzw. so gelesene) Personen bereitstellen, die Betroffene von menschenfeindlichen Übergriffen und Anfeindungen geworden sind.	3	6 %	8	11 %	3	6 %	4	7 %	4	6 %	22	8 %
...auf das Empowerment geflüchteter Personen abzielen.	18	36 %	23	33 %	20	42 %	11	19 %	23	35 %	95	33 %
...die die Schaffung von Begegnungsräumen und/oder anderen Möglichkeiten von Kontaktaufnahme unterschiedlicher Gruppierungen (z.B. von geflüchteten und ortsansässigen Menschen) adressieren.	21	42 %	44	63 %	28	58 %	34	59 %	38	58 %	165	57 %
...die die Unterstützung bzw. den Aufbau von Runden Tischen oder anderer fachübergreifender Gremien des (präventiven) Konfliktmanagements im Sinn haben.	2	4 %	12	17 %	7	15 %	9	16 %	12	18 %	42	14 %
Keine der Genannten.	8	16 %	10	14 %	6	13 %	10	17 %	11	17 %	45	15 %
Kann ich nicht beurteilen	6	12 %	4	6 %	2	4 %	5	9 %	2	3 %	19	7 %
Sonstiges	3	6 %	0	0 %	0	0 %	2	3 %	3	5 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt. Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 46: (Geplante) Maßnahmenbereiche zur Integration und grundständigen Hilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In welchen der angegebenen Bereiche werden im Rahmen Ihrer Partnerschaft für Demokratie Hilfsaktivitäten (Projekte, etc.) umgesetzt oder geplant?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent								
Medizinische Versorgung	0	0 %	3	4 %	1	2 %	2	3 %	1	2 %	7	2 %
Psychotherapeutische oder psychosoziale Versorgung	2	4 %	6	9 %	2	4 %	3	5 %	6	9 %	19	7 %
Unterbringung/Wohnen	2	4 %	8	11 %	1	2 %	4	7 %	6	9 %	21	7 %
Sach- oder Kleiderspenden	5	10 %	12	17 %	8	17 %	9	16 %	11	17 %	45	15 %
Sprachkurse (für Geflüchtete)	5	10 %	12	17 %	3	6 %	10	17 %	11	17 %	41	14 %
Arbeitsmarkt	1	2 %	7	10 %	2	4 %	4	7 %	0	0 %	14	5 %
Kinderbetreuung	5	10 %	12	17 %	11	23 %	10	17 %	9	14 %	47	16 %
Bildungsinstitutionen (z.B. Schule, Berufsschule, Hochschule)	6	12 %	16	23 %	6	13 %	7	12 %	11	17 %	46	16 %
Rechtsberatung	2	4 %	1	1 %	1	2 %	2	3 %	1	2 %	7	2 %
Freizeitgestaltung (z.B. Sportangebote, Kulturvereine, Religiöse Gemeinschaften)	18	36 %	33	47 %	26	54 %	31	53 %	26	40 %	134	46 %
Politische Mitbestimmung (z.B. in der Lokalpolitik, politischen Initiativen, etc.)	5	10 %	11	16 %	6	13 %	7	12 %	5	8 %	34	12 %

In welchen der angegebenen Bereiche werden im Rahmen Ihrer Partnerschaft für Demokratie Hilfsaktivitäten (Projekte, etc.) umgesetzt oder geplant?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent								
Keine der genannten Bereiche	11	22 %	17	24 %	7	15 %	15	26 %	19	29 %	69	24 %
Kann ich nicht beurteilen	5	10 %	4	6 %	2	4 %	3	5 %	4	6 %	18	6 %
Sonstiges	5	10 %	5	7 %	5	10 %	2	3 %	5	8 %	22	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Bereiche“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 47: Umgesetzte Maßnahmen zur Integration und grundständige Hilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden die genannten Hilfsaktivitäten insgesamt in Ihrer Förderregion umgesetzt?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Öffentliche Bekanntmachung von/ Informationsveranstaltungen zu bestehenden Angeboten	29	58 %	42	60 %	28	58 %	34	59 %	42	65 %	175	60 %
Vermittlung von Kontakten und Zugängen	32	64 %	51	73 %	35	73 %	42	72 %	45	69 %	205	70 %
Koordination von Hilfsangeboten	29	58 %	41	59 %	24	50 %	37	64 %	41	63 %	172	59 %
Schulungs- und Bildungsangebote für geflüchtete Menschen (z.B. Sprachkurse)	30	60 %	43	61 %	22	46 %	37	64 %	39	60 %	171	59 %
Angebote der Beratung für geflüchtete Menschen (z.B. zu Zugängen in den Arbeitsmarkt)	22	44 %	39	56 %	21	44 %	29	50 %	32	49 %	143	49 %

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden die genannten Hilfsaktivitäten insgesamt in Ihrer Förderregion umgesetzt?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Angebote der Beratung und Schulung von Multiplikator*innen (z.B. psychosozialer Schulungen für Helfer*innen; kollegiale Beratung, Sprachkurse)	13	26 %	21	30 %	19	40 %	16	28 %	25	38 %	94	32 %
Organisation von Expert*innen im Bereich Inklusion/Fluchthilfe (z.B. Migrationssozialberatung; Expert*innen für interkulturelle Öffnung)	13	26 %	24	34 %	18	38 %	10	17 %	24	37 %	89	31 %
Organisation/Einbindung von relevanten Akteur*innen im Bereich Sprachvermittlung (z.B. Dolmetscher*innen, Übersetzungshilfen)	27	54 %	33	47 %	19	40 %	24	41 %	37	57 %	140	48 %
Umstrukturierung bestehender Angebote oder Abteilungen für eine zielgerichtete Adressierung von Geflüchteten	13	26 %	10	14 %	13	27 %	13	22 %	24	37 %	73	25 %
Keine der genannten Maßnahmen.	1	2 %	1	1 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	2	1 %

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden die genannten Hilfsaktivitäten insgesamt in Ihrer Förderregion umgesetzt?	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut
Kann ich nicht beurteilen	6	12 %	6	9 %	3	6 %	2	3 %	3	5 %	20	7 %
Sonstiges	1	2 %	4	4 %	2	4 %	1	2 %	3	5 %	11	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Maßnahmen“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 48: Umgesetzte Maßnahmen zur Wissens- und Kompetenzvermittlung; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

Es wurden Veranstaltungen angeboten...	Strategie-typ 1		Strategie-typ 2		Strategie-typ 3		Strategie-typ 4		Strategie-typ 5		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent								
über das aktuelle Kriegsgeschehen	7	14 %	9	13 %	4	8 %	9	16 %	4	6 %	33	11 %
über historische Hintergründe des aktuellen Kriegsgeschehens	6	12 %	5	7 %	3	6 %	8	14 %	3	5 %	25	9 %
über Friedens- und Sicherheitspolitik	5	10 %	14	20 %	5	10 %	13	22 %	5	8 %	42	14 %
zur Debatte von politischen Entscheidungen und deren historischen oder wirtschaftlichen Hintergründen	5	10 %	5	7 %	1	2 %	4	7 %	4	6 %	19	7 %
über die Konsequenzen des Kriegs für Deutschland/deutsche Bürger*innen	3	6 %	6	9 %	3	6 %	5	9 %	3	5 %	20	7 %
zu russischer Desinformation oder Verschwörungserzählungen	6	12 %	10	14 %	4	8 %	3	5 %	7	11 %	30	10 %
zur lokalen Aufnahme von Geflüchteten	6	12 %	13	19 %	7	15 %	6	10 %	13	20 %	45	15 %
für Geflüchtete aus der Ukraine	8	16 %	18	26 %	4	8 %	7	12 %	16	25 %	53	18 %
Keine der angegebenen	24	48 %	27	39 %	22	46 %	27	47 %	31	48 %	131	45 %
Kann ich nicht beurteilen	4	8 %	4	6 %	5	10 %	6	10 %	3	5 %	22	8 %
Sonstiges	0	0 %	2	3 %	3	6 %	1	2 %	3	5 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 49: Bearbeitung der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine durch die Partnerschaften, differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

	Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Ja, der Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen werden bereits von uns bearbeitet.	21	42 %	35	50 %	16	33 %	21	36 %	20	31 %	113	39 %
Nein, wir planen jedoch den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen im weiteren Verlauf des Jahres 2022 zu bearbeiten	7	14 %	16	23 %	15	31 %	13	22 %	18	28 %	69	24 %
Kann ich nicht beurteilen	16	32 %	14	20 %	13	27 %	14	24 %	16	25 %	73	25 %
Nein	6	12 %	5	7 %	4	8 %	10	17 %	11	17 %	36	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 50: Einschätzungen von Verbesserungen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Partnerschaften für Demokratie, differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

	Strategietyp 1	Strategietyp 2	Strategietyp 3	Strategietyp 4	Strategietyp 5	Gesamt
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	5,0	5,4	5,0	5,0	5,3	5,3
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	4,6	5,2	5,0	4,9	5,4	5,0
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	4,4	4,8	4,6	4,8	5,5	4,9
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	5,3	5,2	4,9	5,1	5,0	5,1
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	5,5	5,6	5,4	5,4	5,5	5,5
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	5,4	5,4	5,4	5,6	5,7	5,5
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	5,4	5,2	5,3	5,0	5,4	5,3
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	6,5	6,5	6,3	5,9	6,4	6,3
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt, etc.)	4,8	5,4	4,7	5,0	5,3	5,1
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien, etc.)	4,6	5,3	4,6	4,7	5,0	4,9

	Strategietyp 1	Strategietyp 2	Strategietyp 3	Strategietyp 4	Strategietyp 5	Gesamt
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	5,7	5,6	5,2	5,3	5,8	5,5
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	4,5	5,1	4,9	4,5	4,8	4,9
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	5,3	4,8	4,7	5,0	5,0	4,9
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	5,2	4,9	4,9	5,1	5,3	5,0
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	5,0	5,1	4,4	4,8	5,3	5,0
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	5,2	5,1	4,9	4,6	5,3	5,0

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („deutliche Verschlechterung“) bis 7 „deutliche Verbesserung“) berechnet.

Tabelle 51: Erfahrungswerte der Partnerschaften in den Bereichen Vielfaltförderung und Fluchthilfe; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

Unsere Partnerschaft verfügt über langjährige Erfahrungen in der Umsetzung von Projekten, Kooperationen und/oder Formaten im Bereich der...	Strategie- typ 1	Strategie- typ 2	Strategie- typ 3	Strategie- typ 4	Strategie- typ 5	Gesamt
...gesellschaftlichen Vielfaltgestaltung (z.B. im Bereich der Förderung von Teilhabechancen benachteiligter Gruppierungen).	4	4,2	4,2	3,8	4	4,1
...Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen.	3,2	3,8	3,3	3,3	3,5	3,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 52: Kommunale Strukturen im Bereich der Vielfalt- und Teilhabeförderung; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In den kommunalen Strukturen (z.B. in der Verwaltung, Ämtern) unserer Förderregion...	Strategietyp 1	Strategietyp 2	Strategietyp 3	Strategietyp 4	Strategietyp 5	Gesamt
sind die Entscheidungsebenen von Schlüsselressorts der Verwaltung grundsätzlich offen für die Förderung gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe.	3,9	3,8	3,9	3,9	4,1	3,9
setzen sich politische Spitzen aktiv und offen für die Förderung gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe ein.	3,8	3,8	3,9	3,7	3,9	3,8
positionieren sich politische Spitzen deutlich und öffentlich sichtbar gegen vielfaltablehnende Positionen und Gruppierungen.	3,7	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7
existieren verankerte und umgesetzte Leitbilder zur Förderung gesellschaftlicher Vielfalt.	3,3	3,4	3,8	3,2	3,4	3,4
liegen etablierte und erprobte Pläne zum Umgang mit ankommenden Personen mit Fluchtgeschichte (z.B. in Fragen der Unterbringung, medizinischen Versorgung) vor.	3,9	3,8	3,7	3,4	4,0	3,7
steht die kommunale Verwaltung in einem offenen Dialog mit lokalen Akteur*innen der Zivilgesellschaft zur lokalen Unterbringung von Geflüchteten.	3,8	3,8	3,7	3,6	3,9	3,8
macht die kommunale Verwaltung ihre Entscheidungen in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten für die breite Bevölkerung transparent.	3,3	3,2	3,2	3,1	3,5	3,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 53: Mittelwerte zu lokalen Strukturen oder Angeboten der Vielfaltförderung und Hilfe geflüchteter Menschen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

In <u>unserer Förderregion</u> ...	Strategie- typ 1	Strategie- typ 2	Strategie- typ 3	Strategie- typ 4	Strategie- typ 5	Ge- sam- t
gibt es eine Vielzahl von etablierten Vereinen, die sich im Themen- und Handlungsfeld gesellschaftlicher Vielfaltgestaltung (z.B. Teilhabechancen von Menschen mit Migrationsgeschichte erhöhen, Anti-Diskriminierung, etc.) engagieren.	3,5	3,6	3,8	3,3	3,8	3,6
gibt es eine Vielzahl von etablierten Vereinen, die sich auf die Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen fokussieren (z.B. Versorgungshilfe, Erstaufnahme, etc.).	3,7	3,5	3,8	3,3	3,9	3,6
gibt es eine Vielzahl von lokal verankerten Migrant*innen-Selbstorganisationen.	2,8	2,7	3,3	2,5	3,0	2,8
sind Geflüchtete in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	3,0	2,9	3,0	2,7	3,0	2,9
erfährt die lokale Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten Anerkennung und Unterstützung durch die lokale Bevölkerung.	3,9	3,8	4,0	3,8	4,1	3,9
wird geflüchteten- oder menschenfeindlichen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen mit Bezug zum Thema Flucht mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	3,0	3,2	3,0	3,0	3,2	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten (n=292). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 54: Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte in den Förderregionen; differenziert nach strategischer Schwerpunktsetzung

	Strategie- typ 1	Strategie- typ 2	Strategie- typ 3	Strategie- typ 4	Strategie- typ 5	Gesamt
Anteil Menschen mit Migrationsgeschichte in Prozent	11 %	12 %	16 %	9 %	11 %	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 54a: Erfahrungen und Strukturen, auf die zurückgegriffen werden kann; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen

	wenig Erfahrung		Teils/teils		viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Konzepte und Formate, die im Zuge und/oder Nachfolge der Fluchtbewegungen der Jahre 2015/2016 entwickelt wurden.	10	7%	42	30%	85	61%	2	1%	139	100%
Tätigkeiten (z.B. Spendenaktionen), die im Zuge und/oder Nachfolge der Fluchtbewegungen der Jahre 2015/2016 im Rahmen der Partnerschaft durchgeführt wurden.	3	5%	15	25%	42	70%	0	0%	60	100%
Kooperationen (z.B. mit Vereinen und/oder freiwilligen Helfer*innen), die im Zuge und/oder Nachfolge der Fluchtbewegungen der Jahre 2015/2016 eingegangen wurden.	23	11%	71	33%	115	54%	5	2%	214	100%
Gremien bzw. Gesprächsrunden/formate, die sich im Zuge und/oder Nachfolge der Fluchtbewegungen der Jahre 2015/2016 etabliert und bewährt haben.	12	10%	33	29%	67	58%	3	3%	115	100%
Unsere Partnerschaft kann auf keine eigenen Strukturen bzw. Vorarbeiten in diesem Bereich zurückgreifen.	27	55%	10	20%	6	12%	6	12%	49	100%
Kann ich nicht beurteilen	13	29%	14	31%	10	22%	8	18%	45	100%
Sonstiges	1	100%	2	100%	11	100%	1	100%	15	100%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 55: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen

Bearbeitet Ihre Partnerschaft für Demokratie den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen derzeit bzw. plant diesen noch im Jahr 2022 zu bearbeiten?	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
	Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	10	9 %	36	31 %	64	56 %	5	4 %	115	100 %
Geplant	14	18 %	25	31 %	38	48 %	3	4 %	80	100 %
Nein	17	36 %	13	28 %	13	28 %	4	9 %	47	100 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	29	30 %	31	32 %	28	29 %	8	8 %	96	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 56: Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Vielfaltförderung

Bearbeitet Ihre Partnerschaft für Demokratie den Krieg in der Ukraine bzw. dessen Auswirkungen derzeit bzw. plant diesen noch im Jahr 2022 zu bearbeiten?	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich gesellschaftliche Vielfaltgestaltung									
	Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	6	5 %	14	12 %	90	78 %	5	4 %	115	100 %
Geplant	4	5 %	17	21 %	57	71 %	2	3 %	80	100 %
Nein	11	23 %	14	30 %	18	38 %	4	9 %	47	100 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	16	17 %	21	22 %	51	53 %	8	8 %	96	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 57: Ziele der Partnerschaften für Demokratie in Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen

Mit unserer Partnerschaft für Demokratie möchten wir /die/das/den ... stärken/fördern.	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
	Wenig Erfahrung		teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen)	3	7 %	11	26 %	26	62 %	2	5 %	42	100 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen)	10	14 %	20	29 %	38	55 %	1	1 %	69	100 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort)	6	10 %	18	30 %	35	57 %	2	3 %	61	100 %
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten)	15	13 %	43	36 %	58	49 %	3	3 %	119	100 %
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten)	15	14 %	39	35 %	54	49 %	3	3 %	111	100 %
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion	12	9 %	47	36 %	67	52 %	3	2 %	129	100 %
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen)	10	12 %	24	28 %	47	55 %	4	5 %	85	100 %

Mit unserer Partnerschaft für Demokratie möchten wir /die/das/den ... stärken/fördern.	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
	Wenig Erfahrung		Teil/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung)	5	10 %	14	28 %	29	58 %	2	4 %	50	100 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt, etc.)	7	10 %	23	32 %	40	55 %	3	4 %	73	100 %
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien, etc.)	12	15 %	22	28 %	44	56 %	1	1 %	79	100 %
Lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten)	19	12 %	53	32 %	87	53 %	6	4 %	165	100 %
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen)	5	8 %	18	30 %	35	57 %	3	5 %	61	100 %
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene)	17	14 %	36	30 %	61	50 %	7	6 %	121	100 %
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechtspopulistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges)	4	7 %	17	31 %	33	60 %	1	2 %	55	100 %
Die fachübergreifende (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe)	7	14 %	17	33 %	26	51 %	1	2 %	51	100 %

Mit unserer Partnerschaft für Demokratie möchten wir /die/das/den ... stärken/fördern.	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
	Wenig Erfahrung		Teil/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Ab- so- lut		Ab- so- lut		Ab- so- lut		Ab- so- lut		Ab- so- lut	
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe	9	14 %	19	29 %	37	56 %	1	2 %	66	100 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen	31	36 %	22	26 %	25	29 %	7	8 %	85	100 %
Keine der genannten Ziele	3	38 %	4	50 %	1	13 %	0	0 %	8	100 %
Kann ich nicht beurteilen	5	31 %	3	19 %	5	31 %	3	19 %	16	100 %
Durchschnitt ²⁰¹		11 %		31 %		55 %		51 %		100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Ziele“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

201 Ohne „Unsere Partnerschaft für Demokratie verfolgt keine expliziten Ziele...“, „Keine der genannten Ziele“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 58: Erfolgreich umgesetzte Maßnahmen in der Bearbeitung der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen

<u>Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen...</u>	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
	Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Hilfs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Personen in unserer Förderregion bekannt zu machen (z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit).	15	11 %	41	29 %	78	56 %	5	4 %	139	100 %
Beratungsangebote (z.B. im Umgang mit Behörden) für geflüchtete Personen zu etablieren.	7	9 %	20	27 %	45	61 %	2	3 %	74	100 %
Schulungen, Weiterbildungsformate und/oder kollegiale Beratung für Multiplikator*innen (z.B. interkulturelle Weiterbildung, Konfliktkompetenzen) anzubieten.	3	5 %	19	32 %	36	60 %	2	3 %	60	100 %
Fort- und Weiterbildungsangebote, Schulungen und/oder Beratung (z.B. zum Umgang mit zwangswanderungskritischen Positionen, lokaler Herausforderungen beim Thema Flucht) für Personen relevanter Ämter und Institutionen anzubieten.	3	10 %	9	29 %	19	61 %	0	0 %	31	100 %
zeitnah, adäquate Formate bzw. Maßnahmen o.Ä. umzusetzen, die zur Aktualisierung der Situationskenntnis vor Ort beitragen (z.B. Anhörung von Expert*innen, Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses, Durchführung von Bürgerforen oder Stadtteilkonferenzen, Erstellung von Studien und Expertisen). V204	1	2 %	14	25 %	40	70 %	2	4 %	57	100 %

<u>Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Fluchtbewegungen, Bemühungen um Unterstützung, Konflikte) ist es unserer Partnerschaft für Demokratie gelungen...</u>	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
	Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
geflüchtete Menschen in lokale Mitbestimmungsprozesse (z.B. zur Gestaltung von Unterbringungen) einzubinden.	3	16 %	4	21 %	12	63 %	0	0 %	19	100 %
lokale Begegnungsräume zu etablieren, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten geeignet sind.	13	10 %	42	33 %	69	53 %	5	4 %	129	100 %
Mediations- und/oder Konfliktlösungsformate zur Beilegung von lokalen Konflikt- und Problemlagen (z.B. Konflikte im Bereich Unterbringung; Konflikte zwischen geflüchteten Menschen) zu initiieren.	3	21 %	5	36 %	5	36 %	1	7 %	14	100 %
die Diskursbereitschaft zu kontroversen Themen (z.B. mit zugewanderungskritischen Bürger*innen) zu erhöhen.	4	10 %	12	30 %	24	60 %	0	0 %	40	100 %
ein Angebot von Informations- und Aufklärungsformaten zu lokalen Problemlagen (z.B. rechte Gruppierungen, zugewanderungskritische Tendenzen) vor Ort zu etablieren.	5	11 %	14	30 %	26	57 %	1	2 %	46	100 %
Das Unterstützerspektrum für Gegenmobilisierungen zu demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen vor Ort zu vergrößern.	7	12 %	18	31 %	34	58 %	0	0 %	59	100 %
bei antidemokratischen Vorfällen öffentliche Gegenrede (z.B. in Form von Demonstrationen, Mahnwachen) zu organisieren.	3	6 %	15	28 %	34	64 %	1	2 %	53	100 %
Reaktionspläne im Umgang mit Demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen zu entwerfen/mitzugestalten bzw. umzusetzen.	3	12 %	9	36 %	11	44 %	2	8 %	25	100 %

zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Angebote im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Personen anbieten, zu vernetzen.	17	11 %	48	32 %	79	53 %	4	3 %	148	100 %
relevante Akteur*innen aus Politik und Verwaltung zur Unterstützung oder Mitarbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu gewinnen.	10	11 %	33	38 %	43	49 %	2	2 %	88	100 %
Neue, bisher themenfremde Akteur*innen in die Auseinandersetzung mit dem Ukraine Krieg und dessen Auswirkungen einzubinden.	7	13 %	15	29 %	29	56 %	1	2 %	52	100 %
feste Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungs- bzw. Ordnungsbehörden aufzubauen.	3	6 %	17	31 %	32	59 %	2	4 %	54	100 %
en Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erhöhen (z.B. Dialog zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zur lokalen Aufnahmen von Geflüchteten; Absprachen bezüglich geplanter Maßnahmen).	6	9 %	20	31 %	37	58 %	1	2 %	64	100 %
Unsere Partnerschaft für Demokratie hat sich in diesem Bereich nicht explizit engagiert.	31	38 %	24	29 %	21	26 %	6	7 %	82	100 %
Keine der Genannten.	5	36 %	2	14 %	4	29 %	3	21 %	14	100 %
Kann ich nicht beurteilen.	4	24 %	4	24 %	5	29 %	4	24 %	17	100 %
Durchschnitt ²⁰²	6	10 %	20	30 %	34	57 %	2	3 %	61	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich nicht beurteilen“.

²⁰² Ohne „Unsere Partnerschaft für Demokratie hat sich in diesem Bereich nicht explizit engagiert“, „Keine der Genannten“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 59: Einschätzungen des Beitrags der Partnerschaften für Demokratie an Verbesserungen; differenziert nach Erfahrungswerten der Partnerschaften in der Unterstützung geflüchteter Menschen

Bitte schätzen Sie den Beitrag Ihrer Partnerschaft für Demokratie zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation in den jeweiligen Bereichen ein.		Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
		Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Know-How bei Ämtern und Institutionen in Bezug auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (z.B. Flucht, Umgang mit Verschwörungserzählungen) (n = 42)	geringer Beitrag	2	17 %	5	42%	4	33 %	1	8 %	12	100 %
	mittlerer Beitrag	1	6 %	4	25%	10	63 %	1	6 %	16	100 %
	großer Beitrag	0	0 %	2	22%	7	78 %	0	0 %	9	100 %
Die Situationskenntnis von relevanten Akteur*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen in unserer Förderregion (z.B. rechte Agitation im Kontext des Ukraine-Krieges; Auftreten neuer Koalitionen) (n= 69)	geringer Beitrag	4	40 %	1	10%	5	50 %	0	0 %	10	100 %
	mittlerer Beitrag	5	14 %	11	31%	18	51 %	1	3 %	35	100 %
	großer Beitrag	0	0 %	7	41%	10	59 %	0	0 %	17	100 %
Transparenz der Verwaltung bzw. Lokalpolitik (z.B. bez. Informationen zu lokalen Konflikten, Situation der Zuwanderung vor Ort) (n = 61)	geringer Beitrag	2	12 %	7	41%	7	41 %	1	6 %	17	100 %
	mittlerer Beitrag	2	8 %	7	29%	15	63 %	0	0 %	24	100 %
	großer Beitrag	0	0 %	3	21%	10	71 %	1	7 %	14	100 %

Bitte schätzen Sie den Beitrag Ihrer Partnerschaft für Demokratie zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation in den jeweiligen Bereichen ein.		Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
		Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Handlungskompetenz von Multiplikator*innen im Umgang mit Problemlagen (z.B. Konflikte um die etwaige Ungleichbehandlung von Geflüchteten) (n = 119)	geringer Beitrag	6	21 %	10	34 %	12	41 %	1	3 %	29	100 %
	mittlerer Beitrag	4	8 %	15	31 %	29	60 %	0	0 %	48	100 %
	großer Beitrag	2	6 %	16	52 %	11	35 %	2	6 %	31	100 %
Engagement relevanter Personen aus der lokalen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine bzw. seine Auswirkungen (z.B. Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten) (n = 111)	geringer Beitrag	4	15 %	11	41 %	11	41 %	1	4 %	27	100 %
	mittlerer Beitrag	7	17 %	13	31 %	22	52 %	0	0 %	42	100 %
	großer Beitrag	3	9 %	12	34 %	18	51 %	2	6 %	35	100 %
Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. durch gemeinsame Gremien, Räte im Kontext von Hilfsmaßnahmen) in unserer Förderregion (n = 129)	geringer Beitrag	7	37 %	7	37 %	5	26 %	0	0 %	19	100 %
	mittlerer Beitrag	2	5 %	15	37 %	23	56 %	1	2 %	41	100 %
	großer Beitrag	2	3 %	21	34 %	36	59 %	2	3 %	61	100 %
	geringer Beitrag	7	35 %	5	25 %	6	30 %	2	10 %	20	100 %
	mittlerer Beitrag	3	10 %	9	29 %	18	58 %	1	3 %	31	100 %

Bitte schätzen Sie den Beitrag Ihrer Partnerschaft für Demokratie zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation in den jeweiligen Bereichen ein.	Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen										
	Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt		
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	
Einbindung neuer freiwilliger Helfer*innen in langfristige Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. Mitgliedschaft in Bürgerbündnissen, Vereinen) (n = 85)	großer Beitrag	0	0 %	8	29 %	19	68 %	1	4 %	28	100 %
Bereitstellung grundständiger/primärer Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten (z.B. Kleiderspenden, Unterbringung) (n = 50)	geringer Beitrag	3	25 %	4	33 %	4	33 %	1	8 %	12	100 %
	mittlerer Beitrag	0	0 %	5	45 %	5	45 %	1	9 %	11	100 %
	großer Beitrag	2	8 %	5	20 %	18	72 %	0	0 %	25	100 %
Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten aus der Ukraine bzw. betroffenen Gebieten (z.B. Zugänge zum Arbeitsmarkt, etc.) (n = 73)	geringer Beitrag	2	10 %	7	35 %	10	50 %	1	5 %	20	100 %
	mittlerer Beitrag	3	12 %	5	20 %	16	64 %	1	4 %	25	100 %
	großer Beitrag	1	6 %	7	39 %	10	56 %	0	0 %	18	100 %
Einbindung von Geflüchteten in die Arbeit unserer Partnerschaft für Demokratie (z.B. in Projekte, Gremien, etc.) (n = 79)	geringer Beitrag	3	21 %	6	43 %	4	29 %	1	7 %	14	100 %
	mittlerer Beitrag	7	23 %	7	23 %	17	55 %	0	0 %	31	100 %
	großer Beitrag	1	4 %	8	29 %	19	68 %	0	0 %	28	100 %

Bitte schätzen Sie den Beitrag Ihrer Partnerschaft für Demokratie zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation in den jeweiligen Bereichen ein.		Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
		Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
lokale Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber geflüchteten Personen (z.B. durch Begegnungsräume, Kontakt- und Teilhabemöglichkeiten) (n = 165)	geringer Beitrag	9	31 %	11	38 %	8	28 %	1	3 %	29	100 %
	mittlerer Beitrag	5	9 %	16	29 %	33	59 %	2	4 %	56	100 %
	großer Beitrag	4	6 %	20	31 %	39	60 %	2	3 %	65	100 %
Wahrnehmung und konstruktive Bearbeitung von lokalen Konfliktlagen (z.B. Konflikte zwischen ansässiger Bevölkerung und geflüchteten Personen) (n = 61)	geringer Beitrag	1	14 %	0	0 %	5	71 %	1	14 %	7	100 %
	mittlerer Beitrag	2	10 %	6	30 %	11	55 %	1	5 %	20	100 %
	großer Beitrag	1	5 %	6	30 %	13	65 %	0	0 %	20	100 %
Sensibilität der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Problem- und Konfliktlagen (z.B. zuwanderungskritische Phänomene) (n = 121)	geringer Beitrag	7	28 %	8	32 %	9	36 %	1	4 %	25	100 %
	mittlerer Beitrag	4	11 %	11	29 %	22	58 %	1	3 %	38	100 %
	großer Beitrag	3	8 %	12	30 %	22	55 %	3	8 %	40	100 %

Bitte schätzen Sie den Beitrag Ihrer Partnerschaft für Demokratie zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation in den jeweiligen Bereichen ein.		Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
		Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Öffentliche Positionierung relevanter Akteur*innen aus Politik und Verwaltung gegenüber demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (z.B. gegenüber rechts-populistischem Agenda-Setting im Kontext des Krieges) (n = 55)	geringer Beitrag	1	8 %	4	31 %	8	62 %	0	0 %	13	100 %
	mittlerer Beitrag	1	7 %	6	40 %	8	53 %	0	0 %	15	100 %
	großer Beitrag	1	6 %	4	22 %	12	67 %	1	6 %	18	100 %
Die <u>fachübergreifende</u> (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen (z.B. zwischen Gruppen geflüchteter Personen oder bez. menschenfeindlicher Übergriffe) (n = 51)	geringer Beitrag	3	25 %	6	50 %	3	25 %	0	0 %	12	100 %
	mittlerer Beitrag	2	15 %	6	46 %	5	38 %	0	0 %	13	100 %
	großer Beitrag	1	6 %	4	25 %	10	63 %	1	6 %	16	100 %
Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit hinsichtlich demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene/Übergriffe (n = 66)	geringer Beitrag	3	21 %	4	29 %	7	50 %	0	0 %	14	100 %
	mittlerer Beitrag	2	10 %	6	30 %	11	55 %	1	5 %	20	100 %
	großer Beitrag	2	8 %	8	32 %	15	60 %	0	0 %	25	100 %

Bitte schätzen Sie den Beitrag Ihrer Partnerschaft für Demokratie zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Situation in den jeweiligen Bereichen ein.		Erfahrung der Partnerschaften im Bereich Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen									
		Wenig Erfahrung		Teils/teils		Viel Erfahrung		Kann ich (noch) nicht beurteilen		Gesamt	
		Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Gesamt im Durchschnitt	Großer Beitrag	1	5 %	8	31 %	16	62 %	1	3 %	26	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338), die in den jeweiligen Bereichen angegeben haben, Ziele zu verfolgen.

Tabelle 60: Inanspruchnahme der im Frühjahr 2022 bereitgestellten Aufstockungsmittel

	Westkommune (n=129)		Ostkommune (n=45)		West Land-kreis (n=82)		Ost Land-kreis (n=61)		Berlin (n=21)		Gesamt (N=338)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ja	44	34 %	19	42 %	25	30 %	21	34 %	10	48 %	119	35 %
Nein	70	54 %	24	53 %	52	63 %	39	64 %	9	43 %	194	57 %
Kann ich nicht beurteilen	15	12 %	2	4 %	5	6 %	1	2 %	2	10 %	25	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338).

Tabelle 61: Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme der Aufstockungsmittel

	Absolut	In Prozent
Thematisch anderer Fokus unserer Partnerschaft	53	27 %
Keine direkte Verwendung der Mittel ersichtlich	93	48 %
Keine Relevanz in unserer Förderregion	21	11 %
Zu großer bürokratischer Aufwand	55	28 %
Kann ich nicht beurteilen	7	4 %

Quelle: Angabe der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die keine Aufstockungsmittel in Anspruch genommen haben (n=194). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 62: Themenbezogene Verwendung der Aufstockungsmittel

	Absolut	In Prozent
Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen (z.B. Spendenaktionen, Integrationsmaßnahmen)	44	37 %
Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Integration von Geflüchteten	87	73 %
Maßnahmen etc. der Wissensvermittlung und Aufklärung im Kontext des Krieges	49	41 %
Angebote der Beratung und Konfliktbearbeitung für geflüchtete Menschen bzw. Multiplikator*innen	38	32 %
Sonstige Bereiche im Bereich der Fluchthilfe	23	19 %
Kann ich nicht beurteilen	2	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die Aufstockungsmittel in Anspruch genommen haben (n = 119). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 63: Themengebiete der Bearbeitung von Verschwörungserzählungen in den Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Im Allgemeinen (z.B. als demokratiepolitische Herausforderung, als Teil des Rechtspopulismus)	251	74 %
Im Zusammenhang mit der Coronapandemie	202	60 %
Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine	58	17 %
Keine der angegebenen Themengebiete	45	13 %
Kann ich nicht beurteilen	14	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der angegebenen Themengebiete“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 64: Maßnahmen zur Begegnung von Verschwörungserzählungen

	Absolut	In Prozent
In Form von informativen Broschüren, Handreichungen o.ä.	60	18 %
Durch Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Gesprächsreihen	176	52 %
Mittels Workshops (z.B. zur Aufklärung der lokalen Bevölkerung)	141	42 %
Durch Schulungen, Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. für Multiplikator*innen zum Umgang mit Verschwörungserzählungen)	136	40 %
In Form von digitalen (ggf. überregionalen) Formaten der Aufklärung	105	31 %
Keine der angegebenen Formate	39	12 %
Kann ich nicht beurteilen	16	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (N=338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der angegebenen Formate“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 65: Verfahren zur Analyse der Ausgangslage (Problem- und Ressourcenanalyse)

	Absolut	In Prozent
Es wurde eine Analyse der Ausgangslage über den (informellen) fachlichen Austausch hinaus vorgenommen.	238	79 %
Die Analyse der Ausgangslage bestand lediglich aus informellem (fachlichem) Austausch.	29	10 %
Es wurde keine Analyse der Ausgangslage vorgenommen.	33	11 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

